(Beginn: 14.13 Uhr - Ende: 19.55 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 26. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister und alle Mitglieder des Rates.

Nach den Ereignissen des gestrigen Abends in Berlin fällt es uns sicher allen schwer, zum Sitzungsalltag überzugehen. Die erschütternden Bilder vom Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche lösen auch in unserer Stadt Entsetzen und tiefe Trauer aus. Wir müssen wenige Tage vor dem Weihnachtsfest erleben, dass viele unschuldige Menschen durch eine grausame und barbarische Tat aus dem Leben gerissen werden.

Unser ganzes Mitgefühl gilt den Familien und den Angehörigen der Opfer. Wir denken natürlich auch an die vielen, vielen Verletzten und hoffen, dass sie bald wieder ganz gesund werden und diese schlimmen Erlebnisse überwinden können.

Meine Damen und Herren, auch wenn die Ermittlungen noch laufen, deutet schon vieles darauf hin, dass es sich bei dieser Amokfahrt um einen Terroranschlag handelt. Es ist das Ziel dieses Terrors, unsere Gesellschaft in Angst und Schrecken zu versetzen und uns zu spalten. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Wir zeigen Solidarität mit den Opfern und setzen uns auch weiterhin mit aller Kraft für Menschlichkeit und ein friedliches Miteinander ein.

Ganz Köln trauert mit den Menschen in Berlin.

Auf Anordnung des Innenministeriums haben wir, wie alle Behörden in NRW, die Fahnen in Köln auf Halbmast gehisst.

Zudem liegt im Rathaus ein Kondolenzbuch auf, in dem jede und jeder ihr und sein individuelles Mitgefühl zum Ausdruck bringen kann.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, dass wir als Rat unser Mitgefühl und unsere Solidarität gemeinsam mit einer Schweigeminute zum Ausdruck bringen, und darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Vielen Dank.

Keiner wird das, was gestern in Berlin passiert ist, vergessen. Die Angst wird uns erst einmal begleiten. Aber wir sollten uns auch nicht einschüchtern lassen.

Ich habe mit dem Polizeipräsidenten Mathies natürlich darüber gesprochen. Heute Morgen hat auch eine Besprechung der Sicherheitsbehörden im Polizeipräsidium stattgefunden, an der Frau Dr. Klein als derzeit zuständige Ordnungsdezernentin und der Leiter des Ordnungsamtes teilgenommen haben.

Ich habe mit Herrn Polizeipräsidenten Mathies verabredet, Sie heute in einigen Stichpunkten über die Sicherheitslage in Köln zu informieren.

Meine Damen und Herren, aus Sicht der Kölner Polizei stellt sich die Situation wie folgt dar: Alle Einsatzkräfte der Polizei Köln sind nach Bekanntwerden eines möglichen Anschlags in Berlin sofort informiert und sensibilisiert worden.

Die Präsenz der Polizei Köln auf den Weihnachtsmärkten ist ja dieses Jahr ohnehin deutlich höher, wie Sie wahrscheinlich alle festgestellt haben, als in den vergangenen Jahren.

Die Polizei Köln priorisiert aktuell alle Aufgaben der Alltagsorganisation und wird verfügbare Polizistinnen und Polizisten zum Schutz der Weihnachtsmärkte freistellen. Die Polizei wird im Innenstadtbereich Personen und Fahrzeuge kontrollieren und in Verdachtsfällen konsequent einschreiten. An ausgewählten Stellen werden Polizeibeamte auch mit besonderer Ausstattung zu erkennen sein. Die Polizei Köln beobachtet die Sicherheitslage sehr genau und wird sofort reagieren, falls die Sicherheitslage dies erfordert.

Weihnachtsmärkte können als weiche Ziele nicht mit letzter Sicherheit geschützt werden, ohne die Plätze, auf denen sie stattfinden, in Hochsicherheitszonen mit Zugangskontrollen, Durchsuchungen und Sperranlagen zu verwandeln.

Der Anschlag in Berlin zeigt eine Vorgehensweise für einen Angriff auf ein weiches Ziel. Bestmöglicher Schutz ist nur durch Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden und maximale Aufmerksamkeit zu erreichen. Deshalb ist es wichtig, dass die Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, die Polizei sehr früh über verdächtige Wahrnehmungen informieren.

Meine Damen und Herren, die Kölner Polizei schaut sich die Weihnachtsmärkte zusammen mit der Stadt nochmals genau an und entschei-

det, ob an einzelnen Stellen zusätzliche Vorkehrungen zu treffen sind. Die Polizei wird selbst über eine mögliche Ausweitung ihrer Maßnahmen berichten.

Ich möchte Sie auch noch darüber informieren, dass um 18 Uhr eine Schweigeminute auf den Weihnachtsmärkten vorgesehen ist. Wir werden unsere Sitzung hier pünktlich zu diesem Zeitpunkt unterbrechen.

Bevor wir nun die Tagesordnung festlegen, möchte ich auch noch einmal kurz innehalten und an unsere verehrte und hochgeschätzte Ratskollegin Birgit Gordes erinnern.

Wir alle wissen noch genau, wie wir die Nachricht von ihrem Tode in der letzten Sitzung erhalten haben.

Ihr Platz im Ratssaal bleibt heute frei.

Es fällt auch hier schwer, wieder zur Tagesordnung überzugehen. Aber wir müssen heute unsere Sitzung so abhalten, dass wir alle miteinander weiterarbeiten können. Deswegen bitte ich, mir nachzusehen, dass ich gleich in die Tagesordnung eintreten werde.

Entschuldigt ist Herr Rottmann.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn van Geffen, Herrn Erkelenz und Herrn Hammer.

Der Entwurf der Tagesordnung liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst kommen wir zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor.

Die AfD-Fraktion hat einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Wissenschaftliches Symposium zur Silvesternacht 2015“ eingereicht. Dieser Antrag trägt im Entwurf der Tagesordnung die Ziffer 1.1.

Ferner beantragt die Fraktion DIE LINKE. die Durchführung einer Aktuellen Stunde zu dem Thema „Welche Chancen stecken in dem Namen ‚MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln‘ für die Stadt Köln?“ Dieser Antrag trägt im Entwurf der Tagesordnung die Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen.

Eine solche Einigung konnte bisher nicht erzielt werden.

(Roger Beckamp [AfD]: Darf ich etwas dazu sagen?)

- Ja, gerne, Herr Beckamp.

<**Roger Beckamp** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit Blick auf unseren Antrag, sich in der Aktuellen Stunde mit den Ereignissen des Silvesterabends 2015/16 und einer Untersuchung dazu zu beschäftigen, gab es leider wieder irgendwelche Ränkespielchen, sodass kurz vor Toresschluss gestern Abend von Herrn Weisenstein von der LINKEN noch ein anderer Antrag mit einem eher abwegigen, albernen Thema eingereicht wurde.

Insofern ist es durchaus zynisch. Aber wir sind guter Dinge, dass wir unseren Antrag beim nächsten Mal als Aktuelle Stunde einbringen können. Heute wollen wir davon absehen und ziehen ihn zurück. Wir bauen auf eine demokratische Geste der anderen Fraktionen, dass beim nächsten Mal dieses Thema dran ist. - Vielen Dank.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich beabsichtige, gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen zu lassen, welche Aktuelle Stunde - -

(Zurufe: Der Antrag der AfD ist offiziell zurückgezogen worden!)

- Aber nur unter einer Bedingung. - So habe ich Sie verstanden. Nein?

(Roger Beckamp [AfD]: Ich baue darauf, es eine demokratische Geste der anderen Fraktionen gibt und beim nächsten Mal dieses Thema dran ist!)

Ich betrachte den Antrag als zurückgezogen.

Damit haben wir eine Aktuelle Stunde.

Zu den Zu- und Absetzungen: Unter TOP 4.3 bis TOP 4.6 finden Sie die kurzfristig eingegangenen Anfragen der Fraktionen und Gruppen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung der Punkte 10.53 und 10.54 vor. Anträge der Fraktionen zur Um-

besetzung in Ausschüssen sind noch unter den Tagesordnungspunkten 17.4 bis TOP 17.7 eingegangen. Im nichtöffentlichen Teil sollen die Punkte 24.2, 24.8 und 24.9 zugesetzt werden. Abgesetzt wurden im öffentlichen Teil die Tagesordnungspunkte 6.1.3, 10.15, 10.41 und 10.48.

Nun komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Der Antrag der Ratsgruppe GUT zum Thema „Bauwagenplatz ‚Wem gehört die Welt'" liegt unter Tagesordnungspunkt 3.1.3 vor. Ich schlage Ihnen vor, ihn auf die Tagesordnung zu nehmen, aber unter TOP 10.37 zu beraten. Das ist mit den Antragstellern abgestimmt.

Ich frage Sie, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. - DIE LINKE hat eine Mitteilung zu machen. Bitte sehr.

<**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir ziehen unseren Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zurück.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Annahme von Schenkungen für das Museum Ludwig
hier: Schenkungen von Werken der Künstler Gerhard Richter und David Hockney
3936/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Dann bedanke ich mich bei den Kölner Kunstsammlern Herrn Herbert Meyer-Ellinger und Herrn Christoph Vohwinckel für diese Schenkung.

(Beifall)

Ich rufe auf:

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Optimierung und Neustrukturierung der städtischen Wirtschaftsförderung"
AN/2082/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Piraten
AN/2153/2016

Dazu ist ganz aktuell ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe Piraten eingegangen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist er schon umgedruckt? - Bernd Petelkau [CDU]: Er ist doch noch gar nicht umgedruckt!)

- Ich habe ihn gerade in diesem Moment bekommen.

Meine Damen und Herren, bitte gestatten Sie mir einige wenige Sätze dazu. Ich finde es gut, dass die Entscheidung der Kollegin Berg, vorzeitig aus dem Amt auszuscheiden, zum Anlass genommen wird, noch einmal über die Optimierung der Wirtschaftsförderung nachzudenken, und zwar ergebnisoffen.

Natürlich bringt es einen Erkenntnisgewinn, einen Städtevergleich anzustellen. Aber letztendlich ist es so, dass jede Stadt ihre ganz eigenen Gründe hat, sich für die eine oder andere Organisationsform zu entscheiden. Sie kennen alle den Grundsatz „structure follows strategy". Diesen Grundsatz werden wir auch immer wieder bedenken, wenn es um den Aufbau von Organisationen geht.

Das heißt für uns, folgende Fragen zu beantworten: Welche strategische Priorität haben wir? Was ist uns die Wirtschaftsförderung wert? Und welche Organisationsform wird klug und zielführend sein?

Es wird auch wichtig sein, einzubeziehen, welche Erwartungen Akteure der Wirtschaft in Köln haben. Wichtig sind hier zum Beispiel - das ist jetzt keine vollständige Aufzählung; ich möchte das ausdrücklich sagen - die IHK und die Handwerkskammer, aber auch Akteure aus der auf-

strebenden Gesundheitswirtschaft und viele andere mehr.

Als Chefin der Verwaltung möchte ich auch darauf hinweisen, dass das Zeitziel dieses Antrags auch unter Berücksichtigung der Dauer des Vergabeverfahrens gehandelt werden muss.

Ich würde jetzt gerne den Antragstellern das Wort geben. - Herr Petelkau, bitte.

<**Bernd Petelkau** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftsförderung ist einer der wesentlichen Punkte, die wir benötigen, um diese Stadt auch weiter gut ins 21. Jahrhundert zu führen.

Wir wollen mit dieser Initiative einerseits bestehende Strukturen überprüfen; denn es gibt immer Potenzial für Verbesserungen. Wir haben in vielen anderen Städten in den letzten Jahren gesehen, dass andere Organisationsmodelle in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Städten sehr erfolgreich unterwegs waren. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass wir im Wettlauf um den besten Standort ganz weit vorne in der Ersten Liga mitspielen.

Meine Damen und Herren, dafür ist es zwingend erforderlich, dass wir schauen, wie wir diesen strukturellen Prozess jetzt nach dem Wechsel von Frau Berg in den Ruhestand umsetzen und diese neue Organisationsstruktur sehr schnell auf den Weg bringen.

Hier geht es im Wesentlichen darum, dass einfach noch einmal die verschiedenen Formen dargelegt werden, mit denen wir die Chance haben, nicht nur die Akquise neuer Unternehmen für unsere Stadt vorzunehmen, sondern auch bestehende Unternehmen zu halten und den Wachstumsprozess auf Kölner Grund und Boden entsprechend positiv zu begleiten.

Hierzu gibt es eine Reihe von Expertise, die wir gerne einbeziehen würden, egal ob es aus dem Bereich des Handwerks oder aus dem Bereich der IHK ist. Alles das soll mit einfließen, damit Köln auch weiter am Expansionsprozess der Wirtschaft in Deutschland und Europa überdurchschnittlich teilhaben kann.

Das ist wichtig, weil wir mehr Einnahmen aus den wirtschaftlichen Tätigkeiten benötigen, um auch andere - kulturelle, soziale - Aufgaben davon bezahlen zu können.

Wir wollen hier einen zügigen Aufschlag setzen.

Es geht bei unserem Antrag auch nicht darum - ich habe den Änderungsantrag der SPD gerade erst gesehen -, jetzt auf städtischer Ebene Strukturen festzulegen. Vielmehr soll zunächst einmal ganz konkret untersucht werden, wie die Struktur der Wirtschaftsförderung selber zukünftig aussehen soll. Das klassische Modell, das wir haben, nämlich die Ausgestaltung als Amt, soll verglichen werden mit GmbH- oder anderen Strukturen, gegebenenfalls unter Beteiligung Dritter. Das sind die Alternativen, die jetzt gewogen werden müssen.

Am Ende werden wir hoffentlich relativ zügig zu einer Entscheidung kommen - mit dem Ziel, dass Köln weiter an erster Stelle der Wirtschaft steht und dass wir uns hier positiv entwickeln können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Frank das Wort.

<**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! CDU und Grüne haben bekanntermaßen eine Kooperationsvereinbarung getroffen. In dieser Kooperationsvereinbarung steht auch das Ziel der Optimierung der städtischen Wirtschaftsförderung. Wer das nachlesen möchte, kann das im Netz weiterhin tun. Insofern ist unser Antrag keine Überraschung.

Zwar mag der Zeitpunkt vielleicht eine Überraschung sein. Aber das ergibt sich daraus, dass die amtierende Beigeordnete für Wirtschaft und Liegenschaften sich entschlossen hat, in den Ruhestand zu gehen. Dann ist es natürlich richtig, dass man nicht zuwartet, sondern auch handelt. Vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag zu verstehen.

Dieser Antrag bezieht sich darauf, die bestehenden Strukturen der städtischen Wirtschaftsförderung zu durchleuchten und auch Vergleiche anzustellen, wie sich andere Städte in der Bundesrepublik aufstellen. Wir sind der Meinung, dass ein Über-den-Tellerrand-Schauen uns gut zu Gesicht steht und wichtig ist; denn nicht zu Unrecht wird Köln - sowohl der Rat als auch die Verwaltung - oft kritisiert, man wäre sich selbst genug und würde die entsprechende Mentalität pflegen. Genau diese Mentalität sollten wir hier nicht an den Tag legen.

Aus den Branchen und den Reihen der Wirtschaftsakteure wird ja schon seit geraumer Zeit Kritik hinsichtlich der Prozesse geäußert. Insofern müssen wir uns fragen: Gibt es eine optimierte Handhabung dahin gehend, wie Firmen, vor allem auch junge Gründer und Start-ups, durch den Dschungel der Verwaltung geführt werden, um notwendige Genehmigungen zu erhalten? Kann man sie entsprechend unterstützen? Wie sind die Ansiedlungsprozesse organisiert? Welche Abläufe bestehen, um sich auf einem städtischen Grundstück ansiedeln zu können? Es ist ein ganzer Fragenkomplex. Wenn man mit Wirtschaftsakteuren spricht, wird immer wieder darauf hingewiesen, dass es dort Nachholbedarf und Verbesserungsbedarf gebe. Dies muss man in jedem Fall untersuchen, denke ich.

Neben der Beschleunigung von Verwaltungsprozessen ist natürlich auch eine deutlichere Adressbildung der städtischen Wirtschaftsförderung notwendig. Frau Oberbürgermeisterin hat vor einiger Zeit davon gesprochen, dass zum Beispiel so etwas wie ein Haus der Wirtschaft dafür der richtige Weg sein soll. Auch dem muss man nachgehen, weil die städtische Wirtschaftsförderung tatsächlich auch für den Kunden deutlicher wahrnehmbar sein muss.

Die letzten Anstrengungen in diesem Bereich sind vor etwa 14 Jahren gemacht worden. Damals sollte der Unternehmensservice besser aufgestellt werden - seinerzeit unter den neudeutschen Begriffen One-Face-to-the-Customer und One-Stop-Agency. Manche erinnern sich noch.

Meines Erachtens ist es an der Zeit, auch zu schauen, ob diese Prozesse tatsächlich zu Verbesserungen geführt haben.

Vor diesem Hintergrund entwickeln sich dann auch Fragestellungen dahin gehend, wie die Wirtschaftsförderung strukturiert sein soll. Da ist das Denken in Dezernatskästchen sicherlich zu schmal. Zwar konnte ich den Antrag der SPD noch nicht genau lesen. Aber der erste Satz beschäftigt sich offenbar mit der Frage der Dezernatsstruktur. Das ist hier erst einmal untergeordnet, glaube ich, weil es letztendlich darauf ankommt, wie stark die operativen Strukturen sind, wie stark die Ämter und Dienststellen aufgestellt sind und wie stark auch die Persönlichkeiten sind, von denen sie repräsentiert werden und die die entsprechenden Prozesse anstoßen.

Ein zweiter Gesichtspunkt ist sicherlich die Frage, wie integriert die Verwaltung arbeitet. Wir haben nicht zuletzt in den letzten Jahren festgestellt, dass es zwischen dem Stadtplanungsdezernat, das sehr wichtige Funktionen hat, und dem Wirtschaftsdezernat zu oft geknirscht hat. Das ging letztendlich zulasten der Wirtschaftskunden. Dies muss sich unseres Erachtens auch ändern.

Insofern gibt es bei einer Analyse genug zu tun. Diese Analyse ist ergebnisoffen. Anders als zum Beispiel der Deutsche Gewerkschaftsbund, bei dem zumindest der Spitzenfunktionär bereits alles besser weiß, gehen wir ergebnisoffen daran, um dann eine optimale Struktur zu finden. Natürlich müssen auch die zuständigen Gremien und der Rat darüber diskutieren und letztendlich auch darüber entscheiden.

Das ist die Intention des Antrags. Dieser Intention kann sich eigentlich niemand verwehren, glaube ich. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Geffen, bitte.

(Zurufe: Erst die Antragsteller!)

- Entschuldigung. Natürlich. Bitte.

<**Reinhard Houben** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Petelkau, so ist es ja nicht gewesen. Ich würde eher sagen, dass Schwarz-Grün in dieser Diskussion dann noch im letzten Moment die Kurve gekriegt hat; denn den ersten Meldungen war ja zu entnehmen, dass man sagt: Wir müssen uns jetzt erst einmal Gedanken darüber machen, wo wir das denn, was die Dezernate angeht, unterbringen können und welche personalpolitischen Optionen sich daraus vielleicht ergeben.

Ich habe zumindest den Eindruck, dass unsere neue Verkehrsdezernentin so viele Aufgaben hat, dass sie nur notfalls und kurzfristig mit zusätzlichen Aufgaben belastet werden sollte, und dass man möglichst schnell eine Lösung finden sollte. Deswegen konnten wir diesem Antrag nicht nur inhaltlich, sondern auch zeitlich gut zustimmen, weil wir ja bis Ende des ersten Quartals 2017 schon ein Ergebnis haben wollen - diese Zeiträume sind für die Stadt Köln durchaus sehr ambitioniert -, damit wir möglichst schon im April/Mai nächsten Jahres dann vielleicht Entscheidungen treffen können.

Das freut uns. Deswegen haben wir uns dann in dieser Mehrheit - soll ich es Reker- oder Jamaika-Mehrheit nennen? - gefunden.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Jamaika!)

- Ihnen gefällt Jamaika besser. Sie haben sowieso einen bei mir gut, Herr Detjen. Also Jamaika-Mehrheit! - Wir haben uns dazu durchgerungen, ohne große Probleme diesem Antrag beizutreten, weil wir glauben, dass wir der Wirtschaftsförderung mehr Spielraum geben sollten.

Und wir halten es für durchaus möglich - eine Stadt wie Stuttgart macht das zum Beispiel so -, dies auch in einer GmbH zu organisieren.

Einen gewissen Hinweis in dem Antrag sehen Sie ja auch darin, dass man den Tourismus vielleicht mit der Wirtschaftsförderung kombinieren könnte. Wir warten da aber die Ergebnisse ab und sind gespannt, zu welchen Vorschlägen wir am Ende kommen werden.

Eines ist aber klar, meine Damen und Herren: Wenn wir Wirtschaftsförderung erfolgreicher gestalten wollen - und das sollte unser Anspruch sein -, müssen wir auch bereit sein, mehr Geld dafür in die Hand zu nehmen.

Denn eines ist auch klar - da ich in der letzten Legislaturperiode fünf Jahre lang Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses war, kann ich das schon konstatieren -: Wir haben in diesem Bereich meiner Meinung nach in den letzten Jahren einfach zu wenig Geld ausgegeben - und vun nix kütt nix, meine Damen und Herren.

Wir sollten also im Nachlauf zur inhaltlichen Diskussion uns als Rat auch die Frage stellen: Wie viel sind wir denn bereit, für die Wirtschaftsförderung am Ende selbst auszugeben?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Oberbürgermeisterin, die Idee eines Hauses der Wirtschaft ist sehr charmant. Ich halte mich aber heute bewusst zurück, dazu bereits einen Vorschlag zu machen, weil dann unter Umständen genau dieser Standort schon kaputt ist. Aber auch das Haus der Wirtschaft würde die FDP mit großer Freude begleiten.

Nun komme ich zu dem Änderungsantrag, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Piraten gestellt hat. Herr Börschel, meine Damen und Herren, da ist schon ein gewisser Phantomschmerz zu spüren, weil durch diesen eingebrachten Antrag natürlich durchaus die Möglichkeit besteht, dass man im Bereich der Dezernate etwas weniger Spielraum zum Verteilen hat. Deswegen werden wir Ihrem Antrag hier nicht zustimmen können.

Erlauben Sie mir zum Schluss - die Oberbürgermeisterin hat es auch getan - einen Dank. Wie ich gerade schon erwähnt habe, war ich ja längere Zeit Wirtschaftsausschussvorsitzender. Ich bedanke mich bei Frau Berg für ihre Tätigkeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Geffen, bitte.

<**Jörg van Geffen** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die städtische Wirtschaftsförderung und auch das Verkehrsmanagement sind aktuell in Köln ganz herausragende Aufgabenbereiche, in denen wir vor großen Herausforderungen stehen. Unsere Stadt wächst. Das ist nichts Neues.

Wir brauchen neben der Schaffung von Wohnraum selbstverständlich auch ausreichend Arbeitsplätze für all die Menschen, die zu uns kommen.

Wir brauchen ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen sowie eine attraktive Infrastruktur für Unternehmen und einen starken Mittelstand.

Nicht zuletzt muss unsere Wirtschaft die Herausforderungen der Digitalisierung meistern und in eine besondere Stärke unseres Standorts verwandeln.

Wir müssen außerdem den bevorstehenden Verkehrskollaps in unserer Stadt verhindern. Wir brauchen einen Verkehr, der fließt, mehr Kapazitäten im ÖPNV, bessere Bedingungen für den Radverkehr und eine innovative Logistikstruktur.

Deshalb lautet unsere klare Botschaft an das Jamaika-Bündnis: Beide Bereiche müssen dringend gestärkt werden.

Die Zusammenlegung des gerade erst gegründeten Verkehrsdezernates mit dem Wirtschaftsdezernat bewirkt aber genau das Gegenteil. Deshalb sind wir Sozialdemokraten ganz klar gegen eine Zusammenlegung dieser Aufgaben.

Mit dieser Auffassung stehen wir auch nicht alleine da. Das öffentliche Echo auf Ihre Pläne ist doch verheerend.

Beide Bereiche, Verkehr und Wirtschaft, sollen auch zukünftig eine herausgehobene Stellung innerhalb der Verwaltung haben. Wirtschaftsförderung ist eben keine Aufgabe, die man mal so eben nebenbei erledigen kann, wenn dann noch ein wenig Zeit bis zum Feierabend übrig ist. Das ist eine Zumutung für Frau Blome, die mit ihren Aufgaben im Verkehrsdezernat mehr als ausgelastet sein wird.

Es ist auch alles andere als eine Wertschätzung für die Arbeit der bisherigen Wirtschaftsdezernentin Ute Berg und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates III. So, wie Sie, liebe Jamaika-Kollegen, die Diskussion gerade führen, demotivieren Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. CDU, Grüne und FDP richten damit ohne Not großen Schaden an.

By the way: Die Einrichtung eines eigenständigen Wirtschaftsdezernates wurde in der Amtszeit von Oberbürgermeister Fritz Schramma hier in diesem Rat mit breitester Mehrheit beschlossen. Begründet wurde diese Entscheidung damals unter anderem mit der besonderen Bedeutung der Wirtschaftsförderung.

Eine Frage an die jetzige Ratsmehrheit, insbesondere an die Fraktionen von CDU und FDP, die sich ja selbst gerne eine besondere Wirtschaftskompetenz zuschreiben: Sehen Sie die besondere Bedeutung der Wirtschaftsförderung heute nicht mehr gegeben?

Noch einmal: Beide Bereiche, Verkehr und Wirtschaft, haben zentrale Funktionen bei der Bewältigung der Herausforderungen, denen sich unsere Stadt heute und in den kommenden Jahren gegenübersieht.

Unter dieser Prämisse wollen wir die städtische Wirtschaftsförderung optimieren und stärken. Da sind wir uns einig.

Dafür müssen wir weder Zeit noch Geld für eine externe Untersuchung verschwenden. Es gibt bereits umfassende Untersuchungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Deutschen Städtetages, wie kommunale Wirtschaftsförderungen organisiert sein können.

Diese Erkenntnisse sollten wir nutzen, um die Kompetenzen und Ressourcen unserer Wirtschaftsförderung zu stärken und die Zusammenarbeit mit den anderen Ämtern der Stadtverwaltung zu verbessern, insbesondere mit der Bauverwaltung. Davon würden die Kölner Unternehmen wirklich profitieren.

Ich möchte außerdem auch bereits heute betonen: Einer möglichen Privatisierung der Wirtschaftsförderung stehen wir sehr kritisch gegenüber, liebe Freunde von Jamaika.

(Ulrich Breite [FDP]: Sag bloß!)

Bislang kenne ich kein einziges stichhaltiges Argument für die Gründung einer Gesellschaft oder eines ähnlichen Konstrukts. Welche Vorteile soll uns das bringen?

Wir werden deshalb sehr genau hinschauen, was ein externer Gutachter empfiehlt, sollten Sie sich nicht dazu durchringen können, unseren Antrag zu unterstützen - und das ist nach den Erfahrungen der letzten Ratssitzungen leider zu erwarten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

<**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag des Jamaika-Bündnisses ist kein Optimierungsantrag, wie Sie in der Überschrift vorgeben, sondern eine Minimierung städtischer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Die Antragsteller haben sich an einer Stelle verraten: „Interessierte Kreise“ sollen an der Optimierung beteiligt werden. Hier werden dann aber nur die Kapitalistenkreise genannt

(Lachen bei der CDU und der FDP)

und nicht die Gewerkschaften und die Arbeitnehmervertretungen. Das ist dann schon entlarvend, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der FDP: Jetzt haben Sie sich verraten, Herr Detjen!)

Jamaika will das Wirtschaftsdezernat privatisieren. Das packen Sie hier heute Abend in Weihnachtspapier. Neue Strukturen sollen geschaffen werden. Hört, hört!

Aber die alte Struktur, nämlich die Besetzung der Stelle einer Wirtschaftsdezernentin oder eines Wirtschaftsdezernenten, wird erst einmal auf die lange Bank geschoben. Ihre Minimierung des Dezernates III, Wirtschaft und Liegenschaften, wird dazu führen, dass wir im ganzen nächsten Jahr keinen Beigeordneten haben werden.

Weil Sie den DGB aus Ihrem Diskurs ausgrenzen, interessiert uns, DIE LINKE, dessen Standpunkt zu Ihrem Antrag besonders. Deswegen zitiere ich jetzt die Stellungnahme des DGB:

> Die Stadt müsse sich zwischen zwei grundsätzlichen Modellen entscheiden: Wirtschaftsförderung als integraler Bestandteil der Verwaltung oder im Rahmen einer ausgegliederten Gesellschaft. Für beide Modelle gebe es positive und negative Beispiele. „Für welches Modell sich der Rat ausspricht, ist letztlich eine politische Entscheidung. Als Gewerkschaft haben wir eine klare Priorität: Privat vor Staat ist für uns die schlechtere Lösung."

(Beifall bei der LINKEN)

So weit die Erklärung des DGB-Vorsitzenden Andreas Kossiski.

Wir als Linke teilen diese Position.

> (Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Habt ihr auch einmal eine eigene Meinung?)

Ich fände es klug, wenn die Sozialdemokraten auch so bodenständig wären.

Jamaika will den Kölner Kapitalisten das Wirtschaftsdezernat zum Fraß vorwerfen.

(Lachen bei der FDP)

Meine Damen und Herren bei der FDP, das wird aber der Wirtschaftsansiedlung, insbesondere von neuen und konkurrierenden Betrieben, schaden und nicht nutzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kölner Grünen, Ihre Bedenken gegen den Koalitionspartner FDP haben sich ja in Luft aufgelöst. Die FDP ist ja immer dabei. Ich werde gleich auch noch etwas zur FDP-Position sagen.

> (Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr könnt ja auch einmal vorbeikommen und mitmachen!)

Meine Damen und Herren von den Grünen, dass Sie so schnell wirtschaftsliberal werden, hätte ich mir dann aber doch nicht vorstellen können.

Meine Damen und Herren, was wollen Sie eigentlich - darüber haben Sie gar nicht gesprochen; im Antrag steht auch nichts dazu - mit dem Liegenschaftsamt machen? Wo soll das Liegenschaftsamt hinkommen? Darüber wird überhaupt nicht diskutiert, und in den Strukturen kommt es gar nicht vor.

(Christoph Klausing [CDU]: Privatisieren!)

- Meines Erachtens kann man die Liegenschaftsverwaltung nicht privatisieren. Das geht leider nicht, weil sie hoheitliche Aufgaben wahrnimmt.

Aber das ist doch genau das Entscheidende. Wenn Sie Wirtschaftspolitik machen wollen - und das ist ja die Erfahrung -, dann macht es Sinn, das mit der Liegenschaftsverwaltung zusammenzulegen. In genau dieses Problem werden Sie hineingeraten. Wenn man Unternehmen nach Köln ziehen will, ist es gut, wenn wir eine Beigeordnete oder einen Beigeordneten haben, die oder der auch direkt Einfluss auf die Liegenschaftsverwaltung nehmen kann.

Die Alternative ist - sie liegt relativ nahe; auf diese Möglichkeit werden Sie dann auch stoßen -, die Liegenschaftsverwaltung zur Kämmerei zu tun. Ich glaube, dass Frau Klug das könnte. Aber die Kämmerei hat natürlich eigene Interessen. Sie will natürlich Grundstücke wohlfeil in den Haushalt einstellen. Und daran können wir meines Erachtens überhaupt kein Interesse haben.

Meine Damen und Herren, deswegen müssen Sie auch die Frage der Liegenschaftsverwaltung noch einmal durchdenken. Diese Frage haben Sie nicht durchdacht. Sie gucken nur auf das Wirtschaftsamt und darauf - das hört man ja heraus -, wie die Unternehmen da besser beteiligt werden können.

Herrn Houben danke ich für seine offenen Worte. Er hat es doch ganz klar angesprochen und gesagt: Wir als FDP wollen eine GmbH; das soll so laufen.

Über die Frage, welchen Anteil die Industrie- und Handelskammer denn bei dieser GmbH hat - - Herr Houben, Sie schütteln den Kopf. Ja, darüber haben Sie noch nicht gesprochen. Aber darüber werden Sie noch sprechen. Da bin ich mir relativ sicher.

Meine Damen und Herren, der Jamaika-Antrag ist „Privat vor Staat". So kann man Probleme nicht lösen. Man muss sie anders lösen - nämlich, indem man eine starke Beigeordnete oder einen starken Beigeordneten hat, die oder der wirklich tough versucht, Wirtschaftspolitik in Köln zu machen, und zwar Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Das ist eine gemeinsame Aufgabe.

Und das kann man nur, wenn man das mit der Liegenschaftsverwaltung verbindet. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Hegenbarth das Wort. Bitte.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg, lieber Jörg: Wir haben ja ein durchaus freundschaftliches Verhältnis. Aber eines muss ich doch sagen: Mit diesem ideologischen Muff kann man die Probleme auch nicht lösen.

(Beifall bei den Piraten, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich in Kürze erläutern, warum wir als Piraten mit auf den Änderungsantrag der Sozialdemokraten draufgegangen sind. Wir finden die Ergänzungen dieses Antrags sinnvoll. Wir verstehen die Forderungen weniger als Änderungen, sondern viel mehr als Ergänzungen - aber mit dem wichtigen Unterschied, die städtische Wirtschaftsförderung eben nicht mit dem Verkehrsbereich zusammenzulegen. Dass die Wirtschaftsförderung gestärkt werden soll und es dazu eine Untersuchung geben soll, ist im Antrag von Schwarz-Grün bereits ein richtiger Ansatz. Allerdings muss klar sein, dass eine Zusammenlegung der beiden Dezernate nicht die richtige Weichenstellung sein kann.

Einige wundern sich vielleicht; aber Piraten können auch Wirtschaft.

(Heiterkeit)

- Ja, das wundert ein paar, glaube ich. - Wir stehen vor allem im Bereich der digitalen Wirtschaft und Arbeitswelt mitten in einer Zeit enormer Umbrüche. Diese Themen müssen in einem eigenständigen Dezernat angesiedelt werden und dürfen nicht in einem Superdezernat untergehen.

Lieber Jörg Frank, das ist eine Kritik, die ja nicht nur von den Gewerkschaften gekommen ist, sondern auch von Wirtschaftsvertretern.

Wir stehen in einem harten Wettkampf mit anderen Kommunen und Großstädten wie Berlin, München oder Hamburg. Da können wir uns keine Auszeit leisten.

Hier geht es einerseits um die Sicherung von Arbeitsplätzen und andererseits um Chancen für mehr innerhalb des digitalen Wandels. Da reicht eben nicht der selbstzufriedene Blick auf einen digitalen Hub für Köln. Warum sollen wir ein unnötiges Risiko eingehen? Medien, Games-Branche und viele mehr erwarten von uns uneingeschränkte Unterstützung und keine Unterbrechung oder Irritation - auch keine, die vielleicht nur einige Quartale dauert. Schon allein diese Botschaft in die digitale Wirtschaft, in die digitale Szene wäre keine gute.

Wir sehen das übrigens ähnlich wie die Handwerkskammer zu Köln, die das Thema Wirtschaftsförderung im Verantwortungsbereich der Oberbürgermeisterin sieht.

Es waren doch auch gerade Schwarze und Grüne, die uns ein eigenes Verkehrsdezernat versprochen haben und auch umgesetzt haben. Dem haben wir übrigens hier im Frühjahr dieses Jahres zugestimmt. Das war mutig und gut.

Mutige und schwierige Schritte werden überhaupt in der Kölner Verkehrspolitik beschlossen, aber auch kontrovers diskutiert; denn die Herausforderungen sind verdammt groß. Reaktionen auf das regelmäßige Verkehrschaos in und rund um Köln, Ausbau der Fahrradinfrastruktur, Aufhebung der Radewegebenutzungspflicht, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, immer mehr autofreie Sonntage in den Veedeln und Umgang mit der Feinstaubbelastung verbunden mit Diskussionen über Plaketten und Fahrverbote, aber auch kleinere Projekte wie das Pilotprojekt zum grünen Pfeil für Radfahrer oder auch der fahrscheinlose Tag, der immerhin durch uns Piraten initiiert wurde, und vieles mehr stehen an.

Abschließend: Eine überraschende Personalentscheidung wie der Rücktritt von Frau Berg, aber auch eine vielleicht etwas unbedachte Koalitionsvereinbarung hinsichtlich einer Zusammenführung dürfen nicht dazu führen, hier auf unabsehbare Zeit eine Schwächung des Verkehrsdezernats und der Wirtschaftsförderung zu bekommen. Insoweit bitten wir inständig darum, diesem Antrag zu folgen - für ein starkes Verkehrsdezernat und für eine starke Wirtschaftsförderung. - Danke.

(Beifall bei den Piraten und der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen in der ersten Runde? - Das ist nicht der Fall. Dann Herr Frank, bitte.

<**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Richtigstellung vornehmen. Herr van Geffen hat für die SPD davon gesprochen, dass 2003 der damalige Oberbürgermeister Fritz Schramma die Wirtschaftsförderung außerordentlich gestärkt habe, indem er dafür hier eine selbstständige Struktur eingebracht habe, die der Rat dann auch beschlossen habe.

Dem ist nicht so. Damals - das steht auch im Netz - war der Vorschlag von CDU und Grünen, der dann auch beschlossen worden ist, dass der Bereich Wirtschaftsförderung dem Dezernat II zugeordnet wird. Ursprünglich gab es nämlich elf Dezernate. Daraus wurden damals sukzessive sieben gemacht. Dieses Dezernat II war damals für Finanzen und Liegenschaften zuständig. So wurde dieses Dezernat dann geboren.

Die Struktur sieben Dezernate ist dann unter Rot-Grün aufrechterhalten worden und gilt auch heute noch. Diesen Hinweis wollte ich nur geben, damit hier keine Legendenbildung auftritt. Die Verschlankung der Verwaltungsspitze war schon damals bei Schwarz-Grün Thema und wurde auch von der SPD anschließend nicht grundsätzlich infrage gestellt.

Das sollte man vielleicht im Kopf behalten; denn alles andere ist dann doch eher Legende und Romantik.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

<**Martin Börschel** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Kollege Frank, „Sage, was du meinst, und meine, was du sagst“ ist ja ein allgemeiner Satz, der auch für Sie gelten muss. Es ist doch völlig richtig, dass es zu Zeiten von Oberbürgermeister Schramma SPD und Grüne waren, die beides in Einklang gemacht haben - eine Stärkung und herausgehobene Bearbeitung der Wirtschaftsförderung in städtischer Struktur unabhängig von der Frage, wie man den operativen Arm dieser Wirtschaftsförderung bearbeitet, und gleichzeitig das Halten der Zahl der Dezernate so, wie Sie es beschrieben haben. Beides geht also schon zusammen und schließt sich nicht aus, wie Sie hier glauben machen wollen.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, bitte.

<**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Ich mache es von meinem Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dazu nur eines sagen: Die Wirtschaftsförderung wird heute und auch in Zukunft einen ganz bedeutenden Platz haben, glaube ich; denn für mich ist das die Cashcow.

Man sollte in diesem Zusammenhang auch die Arbeitsplatzförderung sehen, die man nicht gleich mit der Wirtschaftsförderung zusammenlegen kann. Da gibt es also vieles zu betrachten.

Die Organisationsfragen will ich aber gar nicht ansprechen. Ich warne allerdings davor, im Glashaus mit Steinen zu werfen, wie die Grünen das tun, die zum Beispiel jetzt schon eine Ringstraße an der Messe ablehnen und damit möglicherweise Investoren und Messebesucher abschrecken. Das ist nicht okay. Wenn Sie diesen Antrag auf Wirtschaftsförderung stellen, dann müssen Sie auch da in den sauren Apfel beißen und mitmachen.

Nach meinem Dafürhalten geht es auch nicht, subventionierte Eigenbetriebe als Wirtschaftsfaktoren zu betrachten; denn das Geld, das Sie dort hineinstecken, könnten Sie sinnvoller für Wirtschaftsförderung nutzen. - Danke.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD und der Piraten abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD und die Piraten. Gegenstimmen? - Grüne, CDU, Linke, FDP, pro Köln, AfD und die Guten. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag von CDU, Grünen und FDP abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind die SPD, die Guten, DIE LINKE und pro Köln. Enthaltungen? - Die AfD, Herr Wortmann und die Piraten enthalten sich. Dann ist der Antrag so beschlossen.

Ich rufe auf:

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sportentwicklungsplanung - Kunstrasenplatzprogramm fortschreiben und beschleunigen“
AN/2084/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/2147/2016

Ich bitte Herrn Kron als Ersten um seinen Wortbeitrag.

<**Peter Kron** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Sportentwicklungsplanung“ steht oben über unserem Antrag, und zwar nicht zum ersten Mal; denn dieses wichtige Thema war schon im Sportausschuss häufiger in der Diskussion und führte auch vor Kurzem zu einem einstimmigen Beschluss, eine solche Planung zu beauftragen. Das war der Startschuss dafür, in einem dialogischen Verfahren mit den im Sport tätigen Vereinen und dem StadtSportBund so eine Planung zu Papier zu bringen, zu entwickeln und natürlich auch durchzuführen.

Schließlich geht es darum, dass wir für Sporttreibende in dieser Stadt gute Bedingungen haben, und zwar für alle Sporttreibenden, ob es Vereine, vereinsungebundener Sport, berufliche Sporttreibende, Schulen oder auch Breitensportler sind.

Wie wir alle wissen, wächst Köln stetig, sodass nicht nur dringend Schulen, Kitas und natürlich Wohnungen gebaut werden müssen, sondern auch der Bedarf an benötigen Sportfläche mitwachsen wird. Daher müssen wir mehr Flächen zur Verfügung stellen und die vorhandenen Flächen besser und stärker nutzbar machen.

Dazu gehören natürlich auch die Kunstrasenplätze.

Die Vereine, die diese Plätze nutzen, sind unisono zufrieden und happy. Bei Neueröffnungen und Einweihungen merkt man das immer wieder. Man sieht die glücklichen Gesichter der Vereinspräsidenten und -mitglieder, die jetzt einen solchen neuen Platz haben; denn man kann diese Plätze viel stärker auslasten, und die Pflege ist wesentlich einfacher als bei normalen Tennen- oder auch Rasenplätzen.

Im Jahr 2011 hatten wir im Sportausschuss eine Prioritätenliste beschlossen, um den Vereinen Planungssicherheit zu geben und auch deutlich zu machen, dass anhand bestimmter fachlicher Kriterien entschieden wird, wann ein solcher Platz wo gebaut wird. Dafür hatten wir für die Jahre 2013 bis inklusive 2017 pro Jahr 4,5 Millionen Euro bereitgestellt.

Die Sportverwaltung hat in den letzten Jahren hier sehr gute Arbeit geleistet und im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen bei diesen Kunstrasenplätzen eine hervorragende Bilanz erzielt. So konnten durch das erfolgreiche Programm in den letzten zehn Jahren insgesamt knapp 30 Plätze in Kunstrasenplätze umgewandelt werden. Knapp 20 weitere sind im Bau oder in der Planung.

Unser aller Ziel ist es, dass wir möglichst allen Vereinen einen solchen Platz zur Verfügung stellen. Damit die Sportverwaltung lückenlos an diesem Programm weiterarbeiten kann, braucht es eine Fortschreibung der Prioritätenliste. Mit einer Zustimmung hierzu würde die Sportverwaltung jetzt schon einmal damit beauftragt.

Was ist nun das Neue an unserem Antrag? Wie wir alle wissen, sind Kunstrasenplätze für alle Vereine, für alle Stadtteile und für alle Stadtbezirke ein Riesenpfund. Wir möchten weiterhin erreichen, dass die Verteilung der Kunstrasenplätze im Stadtgebiet gerecht erfolgt.

Bisher hatten wir schon Verteilungskriterien. Dabei ging es um die Anzahl im Bezirk, die Anzahl der Mitglieder, die Anzahl der Jugendmannschaften, den Zustand des Platzes, der umgewandelt wird, die Spielklasse des Vereins etc.

Als weiteres Kriterium haben wir jetzt eingebracht, dass die sozialräumlichen Kriterien auch beachtet werden sollen, damit Stadtteile und Viertel mit besonderem Handlungsbedarf stärker in den Fokus kommen.

Gerade im Zusammenspiel mit dem Integrierten Handlungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ können Maßnahmen aus verschiedenen Handlungsfeldern gut verzahnt werden, um vor Ort in den Sozialräumen sinnvolle Angebote zu schaffen. Es ist ja eine Binsenweisheit, dass der Sport die Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen, Jung und Alt, bietet und ein Integrationsfaktor ist, der ganz oben steht.

Ziel ist es also, dass jeder Verein einen solchen Platz bekommt. Da sind wir uns wohl alle hier im Rat einig; denn alle Fraktionen sagen immer: Jawohl, das ist unser Ziel.

Da der Weg bis zu einer solchen Vielzahl von Plätzen aber noch ein langer ist, schlagen wir vor, die Schlagzahl zu erhöhen. Das heißt, dass wir mehr bauen müssen.

Das bedeutet allerdings auch mehr Geld. Diese Idee haben wir im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2016/17 schon einmal vorgetragen.

Damals hatten wir den Antrag gestellt, für Kunstrasenplätze 1,8 Millionen Euro pro Jahr zuzusetzen. Dieser Antrag ist leider nicht beschlossen worden.

Eine weitere positive Folge der Schaffung von mehr Plätzen betrifft die Konkurrenzsituation. Von Vereinen wird immer wieder darüber geklagt, dass Mitglieder Vereine ohne Kunstrasenplatz verlassen und zu anderen Vereinen wechseln, die einen Kunstrasenplatz haben. Dem kann man so natürlich entgegenzuwirken; denn je mehr Plätze es gibt, desto milder wirkt diese Konkurrenz, und desto weniger kommt es zu dieser Abwanderung. Wenn eines Tages jeder Verein einen solchen Platz hat, ist dieses Thema ganz vom Tisch. Dann gibt es keine Abwanderung mehr. Bis dahin bedeutet eine Ausdehnung des Programms immerhin eine Abmilderung dieses Problems.

Wir möchten auch schon frühzeitig - deshalb kommen wir heute damit - dieses Thema ansprechen, weil wir bereits jetzt anregen wollen, das beim Haushalt 2018 zu berücksichtigen.

Zum Schluss möchte ich drei wichtige Punkte als Zusammenfassung nennen:

- Fortschreibung des Kunstrasenprogramms; die Einzelheiten sind natürlich im Fachausschuss zu diskutieren; das ist ja selbstverständlich

- sozial gerechte und fachlich richtige Verteilung auf die Stadtbezirke

- schnelleres Vorgehen; deshalb auch bereits heute, rechtzeitig vor den Haushaltsplanberatungen, die Idee und die Anregung, die Mittel doch merklich zu erhöhen

Jetzt haben wir einen Änderungsantrag von Jamaika vorliegen, der nicht ganz große Änderungen mit sich bringt, sage ich einmal. Das spricht aber für die Sache; denn jedenfalls die Fraktionen, die hier Anträge gestellt haben, sind sich in diesem Bereich wirklich einig, glaube ich.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann könnt ihr unserem Antrag ja zustimmen! - Bernd Petelkau [CDU]: Dann geht ihr mit drauf, und dann ist es gut!)

Das sieht man auch, wenn man beide Anträge liest. Unseren Antrag habe ich sehr intensiv gelesen und den Antrag von Jamaika jetzt auch. In unserem Antrag stehen ja drei Punkte.

Punkt 1: Die Fortführung des Programms kann bestimmt übernommen werden. Das schreiben Sie auch in Ihrem Antrag.

Punkt 2: Die Berücksichtigung der sozialen Situation in den Stadtbezirken packe ich mit unter Ihre Formulierung:

> Die Kriterien für diese Fortschreibung definiert der Sportausschuss.

Dort werden wir ja die Kriterien diskutieren. Da gehört das jedenfalls als ganz wichtiger Punkt mit hinein.

Punkt 3: Die Prüfung, unter welchen finanziellen und personellen Voraussetzungen wir dieses Programm fortführen können, damit die Mitgliederwanderung eingeschränkt wird, ist ebenfalls ein ganz wichtiger Punkt. Sonst hätten wir ihn auch nicht in unseren Antrag aufgenommen.

Ich bitte darum, diesen Punkt mit zu übernehmen. Dann können wir hier - und das wäre ein gutes Zeichen in Richtung der Sportlandschaft - in einer großen Mehrheit dieses wichtige Programm und diese wichtigen Punkte heute beschließen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Benthem, bitte.

<**Henk van Benthem** (CDU): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache das vom Platz aus - nicht, weil ich der Meinung bin, dass das Thema nicht wichtig ist, sondern, weil ich zeigen möchte, dass man auch einmal mit kurzen Wortmeldungen diese Ratssitzung straffen kann.

Ich beginne mit folgendem Hinweis an den Kollegen von der SPD: Das gehört gar nicht hier in den Rat. Das gehört in den Sportausschuss, wo wir es immer behandelt haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir stellen fest, dass auch hier der Wahlkampf stattgefunden hat - zumal wir uns im Sportausschuss sehr einig sind.

Unser Änderungsantrag von Jamaika, wie Sie immer so schön sagen, geht nur auf zwei Punkte hinaus.

Natürlich wollen wir die Prioritätenliste weiter fortsetzen. Natürlich wollen wir, dass die Vereine auf Kunstrasenplätzen spielen. Aber wir haben im letzten oder vorletzten Sportausschuss beschlossen, dass eine Sportentwicklungsplanung durchgeführt wird. Diese Sportentwicklungsplanung muss erst auf dem Tisch liegen. Dann können wir über die nächste Priorisierung reden.

Im Jahr 2017 werden drei Sportplätze gebaut. Mehr schaffen wir im Jahr sowieso nicht. Insofern kann ohnehin 2017 weiter gebaut werden. Da vergeben wir uns nichts. Was wir hier gerade machen, ist also völlig unnötig.

Wir müssen auch darüber nachdenken, dass die Kunstrasenplätze, die 2003/2004 gebaut worden sind, heute renoviert werden müssen. Das waren die Sportplätze mit der größten Frequenz. Sie sind jetzt so weit, dass ungefähr 300 000 Euro pro Sportplatz investiert werden müssen, damit sie nicht kaputtgehen.

Und wir von Jamaika - jetzt sage ich das auch einmal - möchten hier nicht das Gleiche haben wie nach der verfahrenen Verkehrspolitik der letzten 30 Jahre, die dazu geführt hat, dass wir heute mit dem Auto überall im Stau stehen. So etwas wäre nämlich auch die Folge, wenn wir die Sportplätze, die jetzt renoviert werden müssen, nicht in Angriff nehmen würden.

Ihr Antrag ist also gut gedacht, aber nicht gut gemacht. Unser Änderungsantrag spricht für sich selbst, glaube ich. Insofern dürfte auch die SPD dem, was wir gerade beschrieben haben, zustimmen. Ich bedanke mich jetzt schon für Ihre Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Thelen, bitte.

<**Elisabeth Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch ich will mich kurzfassen; denn tatsächlich hätte dieser Antrag in den Sportausschuss gehört. Dort werden wir das Thema natürlich auch weiter diskutieren.

Wir haben uns dennoch mit dem Antrag befasst und deswegen diesen Änderungsantrag formuliert, der unserer Meinung nach das Thema besser fasst; denn wir sind in der Tat dabei, die Sportentwicklungsplanung in Auftrag zu geben. Der Prozess hat begonnen. Ende 2018 werden wir hoffentlich nicht nur eine Bestandsanalyse der Sportanlagen in Köln vorliegen haben, sondern auch ein Ziel- und Maßnahmenprogramm auf der Basis der Betrachtung der Veränderung der Bevölkerungsstruktur, auf der Basis der Betrachtung von demografischen Faktoren und auf der Basis der Betrachtung von Faktoren der Stadtentwicklung.

Das Ganze wird uns dann befähigen, auch das Kunstrasenplatzprogramm fortzusetzen. Zwar ist der Wunsch nach Kunstrasen - das wissen viele hier sicher nicht - eines der Hauptthemen im Sportausschuss. Aber dennoch gehört es in eine geordnete Planung für die nächsten Jahre.

Deswegen haben wir das so formuliert. Diese Aufgabe soll in die Sportentwicklungsplanung aufgenommen werden. Wir wollen, dass dort auch der Sanierungsbedarf der länger bestehenden Plätze betrachtet wird. Wir wollen eine bedarfsgerechte Entwicklung und einen bedarfsgerechten Bau von Kunstrasenplätzen. Da erwarten wir uns entsprechende Hilfestellungen.

Es darf natürlich keine Pause entstehen. Nach Abarbeitung unserer vorliegenden Liste soll es reibungslos weitergehen. Deswegen beantragen wir zweitens, das Sportamt damit zu beauftragen, uns eine Liste mit sechs Plätzen für zwei weitere Jahre vorzuschlagen. Über die Kriterien und die Frage, ob wir die Kriterien verändern, soll unseres Erachtens der Sportausschuss beraten - nicht wir hier im Rat.

Peter Kron, wenn ich dich richtig verstanden habe, gibt es den Wunsch, über die ersten zwei Punkte eures Antrags, die ja in unserem Antrag aufgehen, hinaus den Punkt 3 anzuschließen. Vom Grundsatz her sind wir auch dafür, zu prüfen, ob eine Beschleunigung möglich ist. Allerdings müsste der zweite Satz eures Punktes 3 der guten Ordnung halber gestrichen werden; denn das ist eine Begründung, und wir beschließen hier keine Begründungen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen, bitte.

<**Gisela Stahlhofen** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße auch die Zuschauer auf der Tribüne herzlich willkommen; denn sie nut-

zen vielleicht auch Sportplätze, sodass dieser Punkt für sie durchaus wichtig ist.

Der Antrag der SPD ist im Punkt 1 sehr ambitioniert. Gerade ist der Doppelhaushalt mit heftiger Kritik der Bezirksregierung genehmigt worden; schon wollen Sie die Verwaltung auffordern, das Kunstrasenprogramm über 2017 hinaus, also über den Haushalt hinaus, fortzuführen.

Aber die drei haushaltstragenden Fraktionen schreiben in ihrem Antrag mit anderen Worten fast das Gleiche - nur mit Sonnenblume.

(Unruhe)

- Aber Sie unterhalten sich jetzt gerade und kriegen das nicht mit. Egal.

Im Grundsatz kann ich ja alle verstehen. Als Mutter von fußballspielenden Kindern war ich schon sehr genervt davon, all die erdfarbenen Trikots waschen zu müssen. Insofern hätte ich mir damals schon gewünscht, dass es Kunstrasenplätze gegeben hätte.

Es ist auf jeden Fall richtig, die bestehende Prioritätenliste fortzuschreiben und dem Sportausschuss und den Bezirken vorzulegen - vor allen Dingen auch den Bezirken; das ist schon eine wichtige Sache.

Da ist es mir auch fast egal, ob das nun für drei Jahre gemacht wird, wie die SPD schreibt, oder für zwei Jahre, wie von Jamaika geschrieben wird.

Allerdings begrüßt DIE LINKE am SPD-Antrag, dass auf eine gleichmäßige Verteilung der Ertüchtigung von Fußballfeldern geachtet werden soll - insbesondere, dass sogenannte sozialräumliche Kriterien zur Definition von Gleichmäßigkeit herangezogen werden sollen.

Dennoch haben sich weder die Antragsteller noch die Änderungsantragsteller Gedanken über die Rahmenbedingungen gemacht, zum Beispiel darüber, zu sanierende Lichtmasten im Gesamtkonzept grundsätzlich mit zu berücksichtigen. Meine Damen und Herren aus dem Sportausschuss, Sie können sich vielleicht noch daran erinnern, dass wir dazu auch schon eine heftige Debatte hatten.

Damit sich diese Maßnahmen auch im Integrierten Handlungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ niederschlagen können, ist eine große Kreativität der Verwaltung erforderlich. Wenn dieses integrierte Handlungskonzept wirklich ernst genommen wird, können die sogenannten EFRE-Mittel wahrhaftig sinnvoll zur Integration eingesetzt werden. Sport ist nämlich ein starkes Mittel der Integration. Das zeigen uns die Sportvereine täglich mit ihrer Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen, wie von der SPD beschrieben, die steigenden Bevölkerungszahlen und die steigende Bevölkerungsdichte berücksichtigen. Es gibt Veedel, in denen ein bisschen mehr an Sportflächen oder eine Verbesserung von Sportflächen ein tatsächlicher Gewinn für Kinder und Jugendliche ist.

Ich hoffe, dass Sie sich an Ihre hier vorgebrachten Argumente in Bezug auf die wachsende Stadt erinnern, wenn es einmal darum geht, auch zusätzliche Wasserfläche in einer wachsenden Stadt bereitzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

<**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir werden jetzt ja hier eine Einigung erzielen. Das war mir eigentlich auch klar. Aber ich weiß auch, dass die SPD das sehr schön in der Öffentlichkeit verkaufen wird, obwohl es eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, dass wir das Kunstrasenprogramm weiterführen werden.

Aber seien wir einmal ehrlich: Ein bisschen verwirrend ist es für mich schon, dass die SPD ihre Liebe zum Sport erst wiederfindet, wenn sie sich auf den Oppositionsbänken befindet.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Michael Frenzel [SPD]: Foul! - Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Geh Trikots waschen!)

Seien wir doch alle einmal ehrlich: Solche für den Kölner Sport positiven Botschaften in einem Ratsantrag der SPD hätten wir herzlich gern in der Zeit von 2005 bis 2015 hier im Rat gesehen, meine Damen und Herren, als Sie als Ratsmehrheit nämlich hier Verantwortung getragen haben.

(Beifall bei der FDP)

Mir kommt das - das ist ja nicht der erste Antrag der SPD zu Sportthemen - hier so vor, als sei die SPD ein Mann in der Midlife-Crisis, der meint, alles nachholen zu müssen, was er in den letzten

zehn Jahren verpasst hat. Ich muss es einfach einmal so sagen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Bei diesem Herren von der SPD ist das altbekannte Phänomen festzustellen, das vermeintlich Verpasste mit einer Sturm-und-Drang-Zeit zu kompensieren. Das zeigt dieser Antrag leider auch wieder.

(Beifall bei der FDP)

Darum haben wir vom Reker-Bündnis hier auch unseren Änderungsantrag gestellt, um den sportpolitischen Hormonausstoß der SPD in vernünftige Bahnen zu lenken.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Denn wer den politischen Veränderungsnachweis zum Doppelhaushalt 2016/2017 liest, erkennt sofort, dass wir als Reker-Bündnis die Sportstadt Köln stärken und nicht schwächen. Darum ist es doch eine reine Selbstverständlichkeit, dass bei dieser Haushaltsmehrheit das Kunstrasenprogramm für das Jahr 2017 weitergeführt wird.

Die SPD will im Rat von uns ein Bekenntnis zur Weiterführung dieses Programms. Nichts leichter als das! Mit unserem Änderungsantrag geben wir nämlich ein Bekenntnis dazu ab, meine Damen und Herren.

Dass es zwischen dem Reker-Bündnis und der SPD in dieser Frage eigentlich keinen Dissens gibt, haben wir ja festgestellt, weil wir zu einer Einigung kommen. Insofern frage ich mich, warum es diesen Antrag eigentlich gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Gemeinsam haben wir auch sehr einvernehmlich - darum kriegen wir das jetzt in Bezug auf den Antrag hier auch so hervorragend hin - eine Sportentwicklungsplanung für Köln beschlossen. Dazu gehört auch die Frage, wie wir das Kunstrasenprogramm für die Sportvereine weiterentwickeln können.

Diese Planung wollen wir aber, anders als die SPD, gerne abwarten. Das ist auch gut so. Darum haben wir in unserem Änderungsantrag auch explizit auf diese Sportentwicklungsplanung hingewiesen. Bis dahin soll der Status quo - das haben wir in unserem Antrag gesagt - beibehalten werden. Ich halte das für eine sehr weise Entscheidung, meine Damen und Herren.

Anders als die SPD - darum haben wir in Punkt 2 unseres Änderungsantrags auch den Sportausschuss aufgeführt - wollen wir keinen Vorgriff mit neuen Kriterien vornehmen. Wir wollen die Planung abwarten, im Sportausschuss beraten und dann sehen, dass wir das Beste daraus machen können.

Soziale Kriterien können sicherlich sehr wichtig sein. Aber wir müssen uns das genau anschauen; denn gerade bei den Jugendlichen im Fußball ist die räumliche Flexibilität immens. Sie trainieren manchmal ganz woanders. Und da brauchen wir doch die Sportplätze - nicht da, wo wir meinen, wir würden etwas Gutes tun, sondern da, wo wir wissen, dass die Kinder dort sind. Darum soll dieser Punkt erst dann besprochen werden, wenn wir so weit sind.

Ich glaube, dass wir das sehr gut gemacht haben. Darum bin ich guten Mutes, dass wir, wenn die SPD jetzt auch mitmacht, mit dem entsprechend geänderten Antrag eine sehr gute Diskussionsgrundlage für den Sportausschuss haben. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth wünscht vom Platz aus zu sprechen. Bitte.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Frau Oberbürgermeisterin, eine kurze Stellungnahme möchte ich schon abgeben.

Es hat ja auch etwas für sich, dass wir so viele Anfragen stellen. Denn wir haben bereits im April 2016 im Sportausschuss die Anfrage „Kostenfalle Kunstrasenplätze“ gestellt.

Deswegen werden wir dem Jamaika-Antrag heute auch zustimmen, weil er dieses Thema nämlich aufnimmt.

Trotzdem darf ich kurz die Antwort der Stadt vom April dieses Jahres vorlesen:

> Welche Vorkehrungen hat die Stadt getroffen, um für die Erneuerung und Entsorgung nach zehn bis fünfzehn Jahren Rücklagen zu bilden?
>
> Die Stadt hat keine Vorkehrungen für die Erneuerung und Entsorgung getroffen.

Insoweit ist die Notwendigkeit an dieser Stelle sehr groß. Deswegen unterstützen wir natürlich diesen Antrag von Jamaika.

(Beifall bei den Piraten>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, bitte.

<**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir teilen die allgemeine Begeisterung für Kunstrasenplätze nicht. Wir halten sie für eine unzulässige Versiegelung von Bodenflächen. Zusätzlich gibt es auch noch gesundheitliche Bedenken, Bedenken in Bezug auf den Wasserverbrauch etc. Vielleicht haben wir auch einfach nur die besseren Waschmaschinen. - Danke schön.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen in der ersten Runde? - Dann hat sich Herr Kron noch einmal gemeldet. Bitte.

<**Peter Kron** (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja interessant, festzustellen, dass in diesem Fall offenbar in allen Punkten Einigkeit besteht. Es soll weitergehen, es soll erhöht werden, es soll ausgedehnt werden, und auch über die Kriterien - Stichwort: soziale Veedel - soll gesprochen werden.

Dann verstehe ich natürlich nicht, warum es einen Änderungsantrag gibt, wenn sowieso dasselbe drinsteht. Denn in Ihrem Punkt 1 steht, dass es fortgeführt werden soll, genauso wie in unserem Punkt 1. Insofern kann man das einfach zusammen beschließen. Das, was Sie geschrieben haben, ist dasselbe wie das, was wir geschrieben haben.

Die Peinlichkeiten von Uli Breite, diese Klamotten über Hormone und Sonstiges, die er da von sich gegeben hat, sprechen für sich, glaube ich. Dazu kann man nur sagen: Thema verfehlt.

In der Tat werden wir im Sportausschuss die Vorlagen bekommen und Kriterien beschließen. Es ist wirklich wichtig, da das Integrierte Handlungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“ mit zu berücksichtigen. Das werden wir dann dort diskutieren. Dann kann man das ablehnen oder dem zustimmen. Aber das werden wir dort diskutieren. Das ist in der Tat auch der richtige Ort.

Elisabeth Thelen sagte, der letzte Satz - „Hiermit soll unter anderem auch erreicht werden, dass den beobachteten Effekten der Mitgliederwanderung zwischen den Vereinen entgegengewirkt wird“ - solle doch bitte nicht beschlossen werden. Damit wir hier wirklich eine große Mehrheit für dieses Anliegen bekommen, sind wir bereit, diesen Satz zu streichen. Natürlich wird weiterhin Konkurrenz da sein, und es wird weiterhin Mitgliederwanderungen geben. Wir wollen das auch weiterhin verhindern. Ob der Satz jetzt beschlossen wird oder nicht, ändert nichts daran. Dann streichen wir ihn.

Es geht mir darum - ich sage das noch einmal -, dass wir hier in dieser wichtigen Sportfrage eine große Mehrheit haben. Deshalb sagen wir einfach: Wir setzen uns mit auf Ihren Antrag drauf und beschließen die Punkte. Dann haben wir einen gemeinsamen Antrag, den wir gemeinsam beschließen können - mit unserem Punkt 3 ohne den letzten Satz.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz, bitte.

<**Niklas Kienitz** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kollegen! Eine Anmerkung - das ist in einer Rede ja schon erwähnt worden -: Wir erleben gerade eine Fachdebatte im Rat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, Sie haben ja schon in Ihrem Punkt 1 geschrieben: „Der Sportausschuss beauftragt die Verwaltung“ - und eben nicht der Rat. Das ist doch recht verräterisch, schon rein redaktionell. Es handelt sich um ja eigentlich um ein im Sportausschuss verortetes Thema. Dahin hätte es auch gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nur weil ihr hier im Dezember wahrscheinlich inhaltlich am Ende wart, habt ihr dann einen schönen Sportausschuss-Antrag in den Rat eingebracht.

Und jetzt haben wir so eine kleinteilige Debatte, die hier eigentlich gar keiner hören will.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kollege Kron, habe ich Sie jetzt richtig verstanden? Sie würden sich dem Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP anschließen, wenn wir Ihren Punkt 3, bei dem wir den letzten Satz

streichen, mit in unseren Änderungsantrag aufnehmen?

(Peter Kron [SPD]: Wir gehen mit auf den Antrag drauf und beschließen es gemeinsam! Das haben Sie richtig verstanden!)

- Gut. Danke schön.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann ist es so, wie jetzt gesagt!)

- Ja. Danke.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank noch einmal für die Klarstellung.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über den Ersetzungsantrag von CDU, Grünen und FDP mit Zusetzung von Punkt 3 Satz 1 des Ursprungsantrags der SPD als gemeinsamem Antrag abstimmen. Habe ich das jetzt richtig aufgenommen? - Ja. Gibt es Gegenstimmen? - Die Guten. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Bei der Festlegung der Tagesordnung haben wir eben besprochen, dass TOP 3.1.3 zusammen mit TOP 10.37 bei TOP 10.37 behandelt wird.

Dann rufe ich auf.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Schutz der Ordnungskräfte“
AN/1794/2016

Antwort der Verwaltung vom 19.12.2016
4198/2016

Gibt es Nachfragen? - Ich sehe keine.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Erweiterung des RheinEnergie-Sportparks in Köln-Sülz"
AN/1894/2016

Die SPD-Fraktion hat auf die Beantwortung dieser Anfrage verzichtet.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Einbrüche Schrebergartenanlage Boltensternstraße“
AN/2095/2016

Antwort der Verwaltung vom 19.12.2016
4236/2016

Gibt es Nachfragen? - Ich sehe keine.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Sicherheit von Frauen und Mädchen nicht nur in der Silvesternacht“
AN/2114/2016

Antwort der Verwaltung vom 20.12.2016
4251/2016

Gibt es Nachfragen? - Keine.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend „Nutzungsdauer und Haltbarkeit von Containern zur Flüchtlingsunterbringung“
AN/2117/2016

Antwort der Verwaltung vom 20.12.2016
4261/2016

Gibt es Nachfragen? - Bitte schön, Frau Tokyürek.

<**Güldane Tokyürek** (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir haben noch eine Frage. In der Antwort zu Punkt 3 steht, dass in Worringen keine zusätzlichen Containermodule aufgestellt werden, weil es eine Umschichtung gab. Können Sie etwas Näheres dazu sagen? Wie ist diese Umschichtung erfolgt?>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

<**Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau:** Entschuldigung; ich war gerade in einem anderen Gespräch. Ich bräuchte die Frage noch einmal.>

<**Güldane Tokyürek** (DIE LINKE): In Worringen sollen keine neuen Containermodule aufgestellt werden, weil eine Umschichtung erfolgt ist. In

welcher Form ist diese Umschichtung erfolgt? Wie wurden da Räume frei quasi?>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wollen Sie die Frage mitnehmen?

<**Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau:** Wir nehmen sie mit, ja, und beantworten sie schriftlich.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Kein Baubeginn Rondorf Nord-West ohne konkrete ÖPNV-Planung“
AN/2118/2016

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor. Die Anfrage ist sehr kurzfristig eingegangen, Herr Wortmann.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Abfallsatzung 2017
3399/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3418/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.4 Änderung der Marktsatzung vom 30.12.2008
3787/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 4. Änderung der Straßenreinigungssatzung und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
3780/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.2.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln
3782/2016

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
AN/2137/2016

Wortmeldungen? - Frau Stahlhofen.

(Zuruf)

- Ach so. Entschuldigung. Bitte sehr, Herr Struwe.

<**Rafael Struwe** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es auch sehr kurz. Es bezieht sich ein Stück weit auf den Änderungsantrag der LINKEN. Wir werden hier zustimmen - natürlich nicht mit Begeisterung. Aber die Erhöhung von 1,75 Prozent ist gut begründet und auch die erste seit zehn Jahren.

Der Änderungsantrag der LINKEN vermischt aus unserer Sicht ein bisschen etwas; denn die Gebührenerhöhung wird nicht durch die Reinigungskosten für den Rheinboulevard verursacht. Diese betragen - in Anführungsstrichen - „gerade einmal“ 170 000 Euro; „gerade einmal“ sage ich,

weil das auf den gesamten Gebührenhaushalt von 150 Millionen Euro keine ausschlaggebende Auswirkung hat.

Dennoch halten wir die von Ihnen hier angesprochene Idee für richtig, dass wir uns auch einmal ganz grundsätzlich der Diskussion stellen, wie sich die Gebühren zusammensetzen. Das sollten wir aber aus unserer Sicht nicht punktuell an diesem Beispiel tun, sondern uns im Rahmen der anstehenden Vertragsverhandlungen mit der AWB auf einer grundsätzlichen und strukturellen Ebene damit auseinandersetzen.

Insofern werden wir Ihren Änderungsantrag ablehnen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen, bitte.

<**Gisela Stahlhofen** (DIE LINKE): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Liebe Gebührenzahler! Eigentlich wollte ich erst einmal unseren Antrag vorstellen. Aber jetzt ist er hier schon einmal abgelehnt worden. Das ist auch eine Stellungnahme.

Diese Gebührenerhöhungen - ob 5 Prozent oder 1,75 Prozent für die Straßenreinigung; hier geht es um die Erhöhung der Abfallgebühren und der Straßenreinigungsgebühren - können wir in der Form nicht hinnehmen. Würde es sich an dieser Stelle um tarifliche Steigerungen handeln, wäre das überhaupt kein Problem. Aber wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass von jedem aus den Gebühren eingenommenen Euro tatsächlich nur 46 Cent in diese Dienstleistungen fließen.

Alles andere fließt in andere Bereiche. Gucken Sie einfach einmal in den Haushalt, um zu sehen, wo es denn überall bleibt. Darüber finanzieren oder subventionieren wir andere Bereiche. Und das kann es nicht sein. Im Grundsatz heißt es, dass Gebühren erhoben werden, um konkrete Dienstleistungen mit Entgelt zu versehen. Da steht nichts von Quersubventionierung. Aber das machen wir an dieser Stelle.

Ich habe mich hier - das ist natürlich mein Lieblingsthema - am Rheinboulevard abgearbeitet. Man findet da tatsächlich etliche Parallelen; denn - jetzt muss ich ein bisschen ausholen - im Rat haben wir 2015 für die Reinigung und Abfallbeseitigung nur den reduzierten Satz von 598 000 Euro beschlossen und in den Haushalt eingestellt - da gehört er auch hin -, und zwar mit der Maßgabe, die Kosten für die Zukunft zu reduzieren. Dass diese Reduzierung statt durch Kostenvermeidung durch Gebührensubventionierung erfolgen soll, war allerdings seinerzeit nicht Bestandteil des Beschlusses.

Sie erinnern sich, dass seinerzeit von der Verwaltung 860 000 Euro gefordert wurden und dieser Betrag sowohl von der Öffentlichkeit als auch von der Politik als viel zu hoch beurteilt wurde.

Sie gingen damals davon aus, dass es sogar billiger würde, wenn die bewilligten 598 000 Euro in den Haushalt kämen. Herr Börschel sagte damals - ich zitiere -:

> Die bisher angesetzten Kosten sind schlicht und einfach zu hoch; das muss nicht sein.

Herr Kollege Brust behauptete sogar, dass nie geplant war, wirklich 860 000 Euro an Reinigungskosten auszugeben, und sagte wörtlich:

> Wir Grünen gehen davon aus, dass wir deutlich unter 600 000 Euro liegen werden, …

Nun gehen wir einmal hin und schauen uns die neuen Berechnungen genauer an. Die Reinigung des Rheinboulevards ist jetzt also 65 000 Euro teurer, als im Rat je beschlossen worden ist. Allerdings wird sie mit 170 000 Euro aus den Müllgebühren refinanziert, sodass die haushaltswirksame Belastung um 100 000 Euro geringer ist.

Herr Brust, wenn Sie mit Ihrer Fraktion dem heute zustimmen, dann war es doch von Anfang an Ihr Plan, den Haushalt über Gebührenzahlungen zu entlasten.

Von allen Fraktionen ist in den letzten Jahren mangelnde Transparenz bezüglich der Reinigungskosten angemahnt worden. Und jetzt wollen die gleichen Fraktionen eine in den Gebühren versteckte Subvention beschließen. Wer von Ihnen stellt sich denn hin und erklärt einer Frau Müller aus Finkenberg oder einem Herrn Schmitz aus Chorweiler, dass die Wohnnebenkosten ansteigen, damit der Rheinboulevard sauber ist?

Eines muss man auch noch feststellen: dass es sich bei diesem Boulevard um ein Betonbauwerk handelt, das als Grünfläche deklariert wird, damit die Reinigungsgebühren juristisch sauber in die Gebühren fließen können.

Aber nicht alles, was legal ist, ist auch sozial. Eigentlich müssten Sie mir jetzt zustimmen, dass diese Kosten in den Haushalt gehören und nicht

durch die Hintertür von den Gebührenzahlerinnen einfach so hingenommen werden müssen.

Ich wollte Sie einfach noch einmal daran erinnern, dass Sie das, was Sie vor anderthalb Jahren öffentlichkeitswirksam beschlossen haben, heute anders sehen möchten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Welcker, bitte.

<**Katharina Welcker** (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich möchte nur ganz kurz darauf erwidern.

Liebe Frau Stahlhofen oder liebe Linke, Sie bringen hier eine ganze Menge Dinge durcheinander. Richtig ist, dass der Rheinboulevard gereinigt werden muss. Richtig ist, dass man sich darüber streiten kann, wie hoch die Reinigungskosten sein müssen. Richtig ist auch, dass hier ein Teil davon mit in die Hausmüllgebühren einfließt; das ist absolut richtig. Aber richtig ist auch, dass das bei 1 Million Einwohnern dieser Stadt genau 17 Cent pro Einwohner und Jahr ausmacht. Insofern kann ich die soziale Ungerechtigkeit, die daraus entstehen soll, nicht ganz nachvollziehen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Das muss man einfach einmal so sehen. Sie bringen Fakten; ich bringe Fakten. Jeder kann sich dann seine Meinung dazu bilden.

Aber richtig ist auch: Wir zahlen aus den Gebühren neben diesen 170 000 Euro auch noch eine ganze Menge anderer Kosten, die wahrscheinlich auch nicht so der Hausmüllentsorgung dienen, wie Sie das definieren, deren Gebührenfinanzierung aber rechtlich zulässig ist. Hier reden wir über Beträge, die sehr viel größer sind als das, was der Rheinboulevard ausmacht, und die wir über die Jahre hinweg dort angesammelt haben.

Das haben wir als CDU-Fraktion immer bemängelt. Sie werden sich sicherlich daran erinnern, dass wir bei jeder Haushaltsdebatte und bei jeder Erhöhung der Gebühren für Hausmüll gesagt haben: Das kann nicht sein; wir wollen erst einmal wissen, wofür man diese Gebühren eigentlich zahlt.

Jetzt haben wir diese Zahlen vorliegen. Gleichzeitig haben wir auch das Vertragswerk mit der AWB in den nächsten Jahren neu zu konfigurieren. Und genau da ist der Ansatzpunkt. Es ist jetzt nicht damit getan, dass wir den einzelnen Bürgern 17 Cent im Jahr rückerstatten, indem wir dieses Geld aus dem städtischen Haushalt nehmen. Vielmehr ist die grundsätzliche Frage zu stellen: Wie wollen wir in Zukunft damit umgehen?

Diese Frage kann nicht anhand Ihres Antrags geklärt werden, sondern muss ganz grundsätzlich über die nächsten Jahre in der Haushaltsdebatte geklärt werden. Da gehört sie hin. Sie können sicher sein, dass wir sie da auch stellen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Brust.

<**Gerhard Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Nur ganz kurz, weil Frau Stahlhofen mich persönlich angesprochen hat: Frau Stahlhofen, Sie haben behauptet, wir hätten im letzten Jahr schon gewusst, dass wir das in die Müllgebühren einrechnen können. Wir haben das im letzten Jahr in der Tat bei der Verwaltung nachgefragt, weil wir das richtig gefunden hätten. Aber damals ist uns gesagt worden: Das geht nicht.

Deswegen war meine damalige Aussage, dass wir mit 650 000 Euro hinkommen werden, ohne die Einbeziehung der Müllgebühren gemeint.

Tatsächlich habe ich mit meiner damaligen Aussage, dass wir diese 600 000 Euro nicht brauchen werden, recht gehabt. Im letzten Umweltausschuss ist dargestellt worden, dass die Reinigungskosten in diesem Jahr wahrscheinlich bei 250 000 Euro liegen, also weit unterhalb der 600 000 Euro, die der Rat damals freigegeben hat. Und diese 250 000 Euro beinhalten eben keine Subventionen aus den Gebühren.

Daher war unsere Aussage damals völlig richtig, dass man, wenn man spitz abrechnet, wahrscheinlich mit viel weniger Geld auskommt, als damals im ersten AWB-Kostenvoranschlag vorgesehen war. Dieser Kostenvoranschlag war aber nur deswegen so hoch, weil die AWB keine Erfahrungen mit der Reinigung hatte und nicht wusste, was auf sie zukommt. Da hat sie ihre Schätzung halt ans obere Ende gelegt. Aber klar

war, dass tatsächlich nie geplant war, dieses Geld abfließen zu lassen.

Was die Zukunft angeht, hat Frau Welcker ja schon gesagt, dass wir im nächsten Jahr einen neuen Vertrag zwischen AWB und Stadt ausarbeiten werden. Dann muss man auch generell überlegen, was man alles in die Abfallgebühren einrechnet. Bisher haben wir alles, was rechtlich möglich war, eingerechnet, zum Beispiel auch Littering, also das Reinigen der Grünflächen.

Wenn Sie jetzt sagen, beim Rheinboulevard dürften wir das nicht, dann müssen Sie so konsequent sein, auch alle anderen Kosten, die wir in die Abfallgebühren einrechnen, herauszurechnen. Und dann kommen Sie auf Summen von mehreren 10 Millionen Euro. Dann müssen Sie die Biotonnen, die Sperrmüllabfuhr und alles andere extra abrechnen. Das können auch Sie als Linke nicht ernsthaft wollen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Lin ken, die Guten und die Piraten. Enthaltungen? - Herr Wortmann enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in ihrer Ursprungsfassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE und pro Köln stimmen dagegen. Enthaltungen? - Die Piraten enthalten sich. Dann ist der Vorlage so zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

6.2.3 Gebührenfestsetzung für die Inanspruchnahme der Standplätze auf den Kölner Wochenmärkten
3779/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt

6.3.1 Hochwasserschutzzonenverordnung Ortslage Deutz bis Stammheim
1454/2016

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.3.2 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (KSO)
3152/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2156/2016

Ich bitte Herrn Krupp als ersten Redner an das Rednerpult.

<**Gerrit Krupp** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Seit Wochen beschäftigt uns das Thema „Novellierung der Kölner Stadtordnung“. Die Verwaltung hat eine umfangreiche Vorlage vorgelegt, die durchaus zahlreiche Verschärfungen der Stadtordnung vorsieht, aber auch - und das ist jedenfalls zu begrüßen - eine Ziffer 2 beinhaltet, die lautet, ergänzend zu dieser Novellierung der Stadtordnung und damit der repressiven Maßnahmen, die man treffen kann, auf jeden Fall auch auf der Basis einer Ist-Analyse wirksame Konzepte für zusätzliche Hilfsangebote zu erarbeiten, sodass dieser repressive Ansatz nach der Verwaltungsvorlage mit einem durchaus präventiven und helfenden Ansatz verbunden würde.

Diese Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage hätte auf jeden Fall schon einmal unsere Zustimmung gefunden.

Nun haben wir aber die Ziffer 1 der Verwaltungsvorlage, also die eigentliche Änderung der Stadtordnung, an vielen Stellen durchaus kritisch gesehen.

Da geht es um Fragen wie: Wie geht man gegen Bettelei vor? Wann ist Betteln aggressiv und wann nicht? Da wird sicherlich jeder andere Grenzen haben. Was ist da eigentlich der Knackpunkt? Denn aggressives Betteln im engeren Sinne wäre schon unter Nötigung subsumiert.

Es geht auch um Fragen wie: Braucht es ein Verstärkerverbot? Ist es nicht sinnvoller, dass man die absolute Lautstärke misst? Die Verwaltung kündigt ja an, den Ordnungsdienst mit entsprechenden Lärmmessgeräten auszustatten.

Das alles sind Punkte, die wir durchaus kritisch diskutiert haben und zu denen die SPD sich auch mit einem entsprechenden Änderungsantrag frühzeitig positioniert hat.

Nun ist es so gekommen, wie es gekommen ist. Im AVR ist dieser Änderungsantrag nicht beschlossen worden. Dort hat die Jamaika-Mehrheit ihren Änderungsantrag beschlossen, der in manchen Punkten zwar durchaus mit unseren Positionen übereinstimmt, in vielen anderen Punkten aber nicht.

Vor allen Dingen weist er einen ganz entscheidenden Punkt auf, den wir im AVR und auch heute natürlich nicht mittragen können, nämlich die Streichung der gerade zitierten Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage, also die Ergänzung der repressiven Maßnahmen, die mit der Novellierung der Stadtordnung im Raum stehen, durch präventive Maßnahmen und die Entwicklung eines entsprechenden Konzepts. Die Jamaika-Mehrheit wollte diese Ziffer 2, die das vorsieht, also streichen.

Da war für uns der Punkt erreicht; denn das können wir auf keinen Fall mittragen. Im Übrigen hatte man im AVR durchaus den Eindruck, dass das von Jamaika - anders ist es auch kaum erklärlich - als Sollbruchstelle gedacht war, damit die SPD dort nicht mitgehen kann. Denn gerade von den Grünen hätte ich erwartet, dass sie diese wirklich sinnvolle Ziffer 2, die ja durch die eigene Oberbürgermeisterin eingebracht wurde, auf jeden Fall mit beschließen würden. Umso verdutzter waren wir darüber, dass das nicht der Fall war.

Nun haben wir das zur Kenntnis genommen, haben uns ein Herz gefasst und haben gesagt: Wir strecken die Hand aus und stellen hier im Rat einen weiteren Änderungsantrag.

Dieser Änderungsantrag liegt Ihnen vor. Vielleicht reibt sich manch einer bei Jamaika die Augen. In der Tat nimmt dieser Änderungsantrag der SPD den Beschluss des AVR, den Jamaika angestrebt und auch gefasst hat, auf und bringt ihn hier noch einmal ein - aber mit einem ganz entscheidenden Unterschied: Das, was in der Verwaltungsvorlage als Ziffer 2 firmierte - das Vorsehen präventiver Hilfe und die Entwicklung eines Konzepts, das begleitend zur Verschärfung der Stadtordnung auch helfende Maßnahmen vorsieht -, firmiert in diesem Änderungsantrag als Ziffer 3 und wird dem Beschluss, den der AVR mit Jamaika-Mehrheit gefasst hat, beigefügt.

Ich kann Ihnen guten Gewissens sagen: Wir sind immer noch nicht mit allem einverstanden, was im AVR in Bezug auf die Ziffer 1 und die Änderung der Stadtordnung beschlossen wurde. Wir würden manches anders machen. Aber wir fänden es durchaus wichtig, so etwas wie die Änderung der Kölner Stadtordnung auf eine breite Mehrheit zu stellen. Deswegen könnten wir, was die eigentliche Änderung der Stadtordnung angeht, den Beschluss aus dem AVR mittragen.

Keinesfalls können wir das aber beschließen, ohne dass es mit begleitenden Konzepten und Maßnahmen der Prävention versehen ist; keinesfalls können wir das ohne die Ziffer 2 als Begleitung beschließen. Das geht für uns Hand in Hand; das ist unzertrennlich.

Wir sehen auch überhaupt keine Argumente dafür, das nicht zu beschließen. Es müsste eigentlich das Anliegen aller hier im Rat sein. Deswegen haben wir heute diesen Änderungsantrag gestellt. Er enthält den Jamaika-Beschluss aus dem AVR plus die Präventionsprogramme, die es zwingend braucht.

Ich appelliere an Sie, dass wir das heute gemeinsam so beschließen und damit die Änderung der Stadtordnung auf eine breite Mehrheit stellen. Repression muss auch sein. Sie muss aber mit Prävention Hand in Hand gehen. Das steht Köln gut an. Insofern bitte ich Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster, bitte.

<**Dr. Ralph Elster** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das war wieder eine längere Debatte, die eigentlich in den Fachausschuss gehört hätte. Dort haben wir sie auch schon geführt, und zwar genau so, wie Herr Krupp das gerade dargestellt hat.

Die von Ihnen jetzt eingebrachte Ziffer 3 haben wir bewusst aus der Vorlage gestrichen, weil sie nämlich nicht in die Kölner Stadtordnung gehört. Die Kölner Stadtordnung regelt ordnungspolitische Dinge. Dort gehören ordnungspolitische Dinge hinein. Diese Regelungen hat der Stadtdirektor natürlich vorgelegt.

Das, was in der alten Ziffer 2 der Vorlage zum Thema Prävention steht, ist natürlich völlig richtig. Aber das gehört fachlich und thematisch in ein ganz anderes Dezernat. Dafür sind unsere Sozialpolitiker verantwortlich.

Deswegen schlagen wir vor, diese Ziffer auch hier aus Ihrem Änderungsantrag wieder ersatzlos zu streichen und in den Sozialausschuss zu verweisen; denn dort kann man die Debatte führen. Dort muss die Debatte auch geführt werden. Der Sozialdezernent ist sicherlich dankbar, wenn die Frage niedrigschwelliger Angebote von ihm im Ausschuss gemeinsam mit den Fachpolitikerinnen und -politikern diskutiert werden kann.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat die Oberbürgermeisterin doch auch in ihre Vorlage hineingeschrieben! Das sind doch zwei Seiten derselben Medaille!)

- Herr Börschel, ansonsten könnte man doch mit Fug und Recht behaupten, dass auch das Weiterbildungskonzept für die Ordnungsamtskräfte, die Wartung und Pflege der Fahrzeuge des Ordnungsamts etc. pp. in die Kölner Stadtordnung hinein müssten. Alle diese Dinge müssen natürlich irgendwo geregelt werden - aber, bitte schön, doch da, wo der entsprechende Fachausschuss tagt.

Hier geht es jetzt um die Kölner Stadtordnung. Diese werden wir so beschließen, wie wir sie im AVR beschlossen haben - mit den Änderungen, die dort eingebracht worden sind.

Deshalb können wir auf Ihren Änderungsantrag jetzt leider nicht eingehen. Aber wir verweisen das zur Debatte in den Sozialausschuss, also dahin, wo es hingehört. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Richter, bitte.

<**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Im letzten Oktober hat der ehemalige Herr Stadtdirektor Kahlen eine Aktualisierung der Kölner Stadtordnung eingebracht. Für uns Grüne war sie mehreren Punkten nicht zustimmungsfähig.

Die vorgeschlagenen Regelungen zu Straßenmusik und Straßenkunst, die De-facto-Abschaffung des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum oder der nicht gestattete Aufenthalt auf Bolzplätzen nach 22 Uhr widersprachen und widersprechen unseren Vorstellungen von einer freien, lebendigen Stadt.

Alles das finden Sie im Änderungsantrag von Grünen, CDU und FDP entsprechend geändert: kein Verbot von Straßenmusik und Straßenkunst, kein Verbot von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum, kein Verbot von Aufenthalt auf den Bolzplätzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die Einschätzung der Kollegen der LINKEN, dass eine reaktionäre Stadtordnung ohne Einbezug der Betroffenen beschlossen wurde, oder der von den Kollegen der SPD in ihrer Pressemitteilung mit scharfen Worten erhobene Vorwurf, dass eine Stadtordnung auf Kosten der Schwächsten beschlossen wurde, geht in der Rhetorik und im Inhalt, wie Sie genau wissen, am Thema vorbei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Was heißt „Einbezug der Betroffenen“? Was ändert sich für die Betroffenen in der Straßenkunst und in der Straßenmusik konkret? Ganze zwei Sachen: erstens keine Lautsprecher mehr im Domumfeld und zweitens eine Distanzänderung auf 300 Meter bei einer neuen Bespielung. Ja, das sind markante Änderungen, bei denen die Betroffenen direkt einbezogen werden müssen. Alles andere ist praktisch gleich geblieben.

Auch die Botschaft, dass niedrigschwellige Hilfsangebote nicht mitgedacht werden, ist eine verquere Darstellung der Realität. Richtig ist, dass wir seit vielen Jahren gute Hilfsangebote in der Stadt haben. Beispielhaft nenne ich nur: Anlaufstation am Hauptbahnhof für Obdachlose, Notschlafplätze, Winterhilfe, betreutes Wohnen, Beschäftigungshilfe, Obdachlosen-Frühstück - und, und, und.

Wenn diese wichtigen Punkte weiterentwickelt werden sollen, gehört das in den Sozialausschuss und nicht als kleiner Appendix an eine neue Kölner Stadtordnung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Leider streuen Sie mit diesen Falschinformationen und der postfaktischen Argumentation auch einen bestimmten Blickwinkel in die Bürgerschaft. Das kann auch viel Spaltung bedeuten - und eben nicht einen klaren Blick auf die realen Verhältnisse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ein weiterer Punkt, den Kollege Elster eben übersprungen hat, ist die Auswertung der neuen Stadtordnung im Jahre 2018. Natürlich muss man gucken, inwieweit sich die Neuregelungen - dabei handelt es sich teilweise um Verschärfungen und teilweise um Klarstellungen - bewährt oder auch nicht bewährt haben. Deswegen wird die Verwaltung auch beauftragt oder gebeten, in 2018 hier einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Noch einmal: Den im Antrag der SPD neu eingebrachten Punkt 3, die Wiederaufnahme des ehemaligen Punktes 2, verweisen wir in den Sozialausschuss, sodass wir hier auf breiter Basis diese neue Stadtordnung beschließen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

<**Güldane Tokyürek** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und der Piraten wurde in der letzten AVR-Sitzung abgelehnt.

Kurz zu unserem Antrag: Dieser sah vor, dass einzelne Regeln der jetzigen Stadtordnung evaluiert und auf ihre Wirksamkeit und gegebenenfalls auf unerwünschte Nebeneffekte hin überprüft werden sollten. In den Prozess der Evaluation sollten auch Betroffene mit einbezogen werden. Bevor dann eine überarbeitete Beschlussvorlage in die politischen Gremien eingespeist wird, sollte die Verwaltung den Dialog mit den Betroffenen - zum Beispiel Straßenkünstlern, Bettlern, sozialen Trägern in der Obdachlosenhilfe und Sportvereinen - suchen.

(Beifall bei der LINKEN, den Piraten und der Guten Wählergruppe Köln)

Meine Damen und Herren, warum sage ich Ihnen das? Weil die erste Kölner Stadtordnung noch im Dialog mit den Betroffenen entstanden ist.

Doch von einer Fortsetzung des Dialogs auf Augenhöhe hält Schwarz-Grün anscheinend gar nichts. Bürgerbeteiligung scheint nur für Mittel- und Oberschichten zu gelten, nicht aber für Arme und Ausgegrenzte.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Bettler und Obdachlose am Dom sind nunmehr die Leidtragenden der neuen Regelung. Jetzt ist Betteln unter Vortäuschung sozialer Notlagen verboten. Das suggeriert, Menschen würden nur zum Spaß betteln.

Es wurde auch die Chance verpasst, das Betteln mit Hunden vernünftig zu regeln. Jetzt ist es zwar nicht mehr generell verboten, was gut ist, aber nur, wenn tierseuchenrechtliche Nachweise mitgeführt werden. Das geht an der Lebensrealität vieler Obdachloser komplett vorbei.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Verwaltung selbst hielt es für nötig, die neue Kölner Stadtordnung mit niedrigschwelligen Hilfsangeboten zu begleiten. Jetzt hört man von den Grünen und der CDU: Die Stadtordnung ist Ordnungspolitik; so etwas gehört da nicht hinein. - Ich frage mich: Wenn die Verwaltung selber diese Notwendigkeit sieht, warum sehen Sie sie denn nicht?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Diesen Punkt hat die Jamaika-Koalition ersatzlos gestrichen. Druck und Ausgrenzung sollen ein ordentliches Domumfeld herstellen. Soziale Hilfen dagegen sind anscheinend zu teuer.

Meine Damen und Herren, Sie sparen hier aber am falschen Ende.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir sparen überhaupt nicht!)

- Das tun Sie. - Um den Dom herum sind Luxushotels und bittere Armut nur wenige Meter voneinander entfernt. Jetzt soll eine neue Ordnung gegen die Armen durchgesetzt werden. Das sieht Köln nicht ähnlich. Leben und leben lassen entspricht eher dem Kölner Lebensgefühl als Repression und Vertreibung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme noch zu einem anderen wichtigen Punkt, den Sie dabei übersehen. Auch die praktische Durchsetzung wirft Fragen auf. Zum Beispiel wäre das Betteln unter Vortäuschung sozialer Notlagen künftig nicht mehr erlaubt. Ob so ein Sachverhalt vorliegt, kann das Ordnungsamt nicht in fünf Minuten kontrollieren. Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Es ist zu befürchten, dass dieser Gummiparagraf künftig jeden unliebsamen Bettler von der Domplatte vertreiben wird.

Straßenmusiker dürfen jetzt an jedem Stellplatz nur noch einmal täglich spielen. Der Aufwand, das zu kontrollieren, ist absurd hoch.

(Beifall bei der LINKEN)

Ob die Kölner Stadtordnung konsequent durchgesetzt werden kann, ist aber auch eine Frage des vorhandenen Personals. Es gibt hier kein Reglungsdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit. Das sehen Sie nicht.

Unser Antrag war, dass man sich, bevor man überhaupt neue Regelungen schafft, vorab zusammensetzt, um eine gute Beschlussvorlage zu erarbeiten - und nicht das, was Sie heute beschließen wollen.

Der Willkür werden Tür und Tor geöffnet. Vertrieben werden sollen alle die, die in ihrem Äußeren und in ihrem Verhalten nicht den Normen entsprechen. Die Silvesternacht wird instrumentalisiert zum weiteren Ausbau von Repressionen, der alles Andersartige ausmerzen will.

Hier werden leider symbolische Politik und PR-Arbeit betrieben, die den tatsächlichen Problemen nicht ins Auge sehen möchten.

(Beifall bei der LINKEN und den Piraten)

Trotz der furchtbaren Ereignisse in Berlin möchte ich noch Folgendes anmerken: Wir alle müssen uns eingestehen und akzeptieren, dass in einer offenen Gesellschaft, als die wir uns hoffentlich alle verstehen, Sicherheit nicht unumstößlich garantiert werden kann.

Statt Überwachung und Ausgrenzung zu betreiben, muss städtische Politik zu Verständigung und Integration beitragen und die Auswirkungen der sich vergrößernden Schere zwischen Arm und Reich vermindern. Das ist unsere Aufgabe. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Würde der Menschen ist zu achten, und zwar aller Menschen - und nicht nur derjenigen, die gut ins bürgerliche Bild passen.

Wir werden auf jeden Fall der Stadtordnung nicht zustimmen. Wir entscheiden wie im AVR. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und den Piraten)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

<**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich versuche einmal, nach dieser Rede jetzt wieder die Tassen in den Schrank zu holen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Herr Kollege, das ist unerhört! Man muss ja nicht derselben Meinung sein! Aber das ist unerhört!)

- Entschuldigung. Nein, das finde ich nicht unerhört. Weil ich die Kollegin schätze, werde ich jetzt auch nicht auf bestimmte Formulierungen wie „ausmerzen“ eingehen, Herr Kollege. Denn eine solche Formulierung möchte ich hier eigentlich nicht hören. Bei der Problematik möchte ich das nicht hören.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Wenn das Ihre Form der Wertschätzung ist!)

Bei aller Liebe, Herr Kollege: Es geht bei der Stadtordnung, die wir verabschieden, auch nicht um Arm oder Reich. Die Stadtordnung gilt hoffentlich für alle. Da haben wir, glaube ich, ein anderes Denken.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Aber das ist doch ein inhaltlicher Dissens! Deswegen müssen Sie doch nicht unflätig werden!)

Herr Kollege, was ist das eigentlich für eine Denke, dass Sie sich, wenn wir hier Regeln für unsere Stadtgesellschaft aufstellen, anscheinend dafür schämen und sagen, wir müssten etwas für Arme regeln? Wenn wir sagen, dass etwas geht oder nicht geht, dann gilt das für Arm und Reich. So sehe ich die Stadtordnung - und nicht als eine Drangsalierung der Ärmsten dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Hier wird unterstellt, wir würden mit dieser Stadtordnung, die wir ja wirklich nur in kleinen Dingen ändern, das kölsche Leben und unseren Umgang damit plötzlich so verändern, dass man sagen könnte, das sei reaktionär. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das glaubt keiner draußen in Köln. Das glaubt draußen in Köln wirklich keiner.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich wollen wir Hilfsangebote haben. Köln ist eine soziale Stadt. Wir helfen diesen Menschen. Wir haben auch viele, die sich darum kümmern. Das ist die eine Seite. Deshalb wollen wir das auch gerne im Sozialausschuss diskutieren.

Aber wenn wir Regeln aufstellen, dann gehören sie in diese Stadtordnung. Dann müssen wir uns auch nicht für das schämen, was wir in dieser Form machen. Die Menschen wollen auch, dass wir klare Regeln aufstellen, was geht und was nicht geht.

Die meisten Paragrafen und Regeln beziehen sich überhaupt nicht auf das Betteln. Das ist ein Bereich, den wir in Köln schon immer geklärt haben. Und wir haben eine Problematik mit aggressivem Betteln.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Immer wieder! Jedes Mal!)

- Sie können ja anderer Meinung sein, Herr Detjen. Das lasse ich ja gelten.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Immer wieder werden die Bettler in diesem Zusammenhang angeführt!)

Ich glaube aber, dass es hier eine Mehrheit gibt, die sagt: Wir möchten für unsere städtische Gesellschaft klare Regeln aufstellen. - Das machen wir mit dieser Stadtordnung.

Ich weise den hier erhobenen Vorwurf, an dieser Stelle gehe es um einen Kampf von Arm gegen Reich oder sonst irgendetwas, strikt zurück. Für uns bleibt es bei dem rechtsstaatlichen Prinzip, dass diese Regeln in der Stadtordnung für alle gelten sollen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es hat sich Herr Bezirksbürgermeister Hupke zu Wort gemeldet. Gibt es vorher noch Wortmeldungen aus dem Rat? - Herr Hegenbarth, bitte.

<**Thomas Hegenbarth** (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ist sie nun, die verschärfte Stadtordnung - oder „Law and Order op Kölsch“, wie ich bereits in der September-Sitzung bei der Aktuellen Stunde über das gleiche Thema einmal gesagt habe. Mittlerweile ist das ja schon ein Running Gag.

Was kommt denn nun wegen der neuen Stadtordnung alles auf uns zu? Ist die neue Stadtordnung a) echter Beitrag zum Bürokratieabbau oder doch nur lächerliche Maßregelung? Ist sie b) sinnvolle Ergänzung oder doch nur Vertreibung von Obdachlosen und Straßenkünstlern? Gelingt durch sie c) Prävention und Sicherheit, oder ist sie letztendlich ein weiteres Placebo?

Als echten Beitrag zu Bürokratieabbau hat sie 2014 bei der Einführung unser Ex-Stadtdirektor angekündigt. Aber kann die neue Stadtordnung das wirklich? Die alberne Wegbier- und Seifenblasenverbotsdiskussion ist ja nur ein Teil. Wenn man genauer hinsieht, stellt man fest, dass den Kölnerinnen und Kölnern einmal unmissverständlich klargemacht wird - um im Sprachgebrauch von Herrn Breite zu bleiben -, was denn hier alles geregelt wird.

Geregelt wird nämlich, dass man nicht an Hauswände zu pinkeln hat - § 11 -, dass Müll nicht auf die Straße gehört - § 3; das sind alles Selbstverständlichkeiten; Ihnen muss man das anscheinend noch einmal sagen -, dass Hausnummern eine Mindestgröße von 8,5 Zentimetern in arabischen Ziffern haben müssen, dass das Befahren von Bolz- und Spielplätzen mit verbrennungsmotorbetriebenen Kfz verboten ist - § 25; also kann ich mit meinem Elektroauto wohl darauf herumfahren -, dass Einweggrillgeräte genauso verboten sind wie flüssige Grillanzünder - § 26 -, dass auch Spucken nicht erlaubt ist - § 3 -, dass das Ausspucken vom Kaugummis nach diesem Paragrafen zu unterlassen ist und bei Zuwiderhandlung mit Ordnungsgeld belegt wird - genauso wie Störungen in Verbindung mit Alkohol- und Drogenkonsum, deren konsequente Verfolgung - Achtung: Ironie! - bei Junggesellenverabschiedungen oder Kegelklubs in der Altstadt oder auf den Ringen wir alle schon beobachtet haben.

So weit zum unterhaltsamen oder weniger unterhaltsamen Op-Kölsch-Part der Stadtordnung! Hier werden in weiten Teilen selbstverständliche Umgangsformen und deren Einhaltung aufgezählt, die in ihrer belehrenden Obrigkeitsart und inkonsequenten Ahndung einfach nur lächerlich wirken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ist sie denn nicht auch viel mehr Law and Order vor allem gegen Obdachlose, Bettlerinnen und

Bettler sowie Straßenkünstler? Genau das ist der weniger lustige Part dieser Stadtordnung. Störendes Verhalten in der Öffentlichkeit ist genauso nicht erlaubt wie Betteln unter Vortäuschen sozialer Notlagen. Was bedeutet das, und wer kontrolliert denn jetzt die soziale Notlage oder die Bedürftigkeit eines Menschen? Muss er Kontoauszüge dabei haben, oder werden demnächst seine Taschen durchsucht? Denn grundsätzlich ist Betteln in Deutschland erlaubt - mit Ausnahme von aggressivem Betteln oder Betteln unter Vorspiegeln falscher Tatsachen wie Blindheit oder Ähnlichem. Es gibt übrigens viele, die behaupten, dass man auch bei Erhalt von Transferleistungen zu wenig habe, was dann Grund zum Betteln oder Flaschensammeln sei.

Im gleichen Paragrafen ist Betteln in Begleitung eines Hundes nur dann erlaubt, wenn ein tierseuchenrechtlicher Nachweis erbracht ist. Das heißt, dass das dann nur für Obdachlose und nicht für alle Hundebesitzer gilt, oder wie? Begleithunde dienen als seelische Stütze und persönliche Sicherheit. In Anbetracht der jüngsten Übergriffe gegen Obdachlose in Köln ist diese Regelung ein weiterer Beitrag dazu, Obdachlose der eigenen Schutzlosigkeit auszusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sollen Verstärker für Straßenkünstler verboten werden, obwohl diese im Einsatz mit unterschiedlichen Instrumenten auch leiser sein können. Abstände werden erweitert, die Stunde wird aufgeteilt, es wird festgelegt, wer wann wie lange spielen darf, usw.

Warum hat es keinen Dialog mit Betroffenen gegeben? Und davon gibt es hier in Köln viele, die in Obdachloseninitiativen, als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oder Straßenkünstlerinnen und Straßenkünstler organisiert sind.

Das, was eigentlich erreicht werden soll, ist wieder einmal ein tiefer Griff in die Trickkiste der Placebos - angefangen vom Ausbau der Videoüberwachung über die Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft - Stichwort: Kooperationsvereinbarung KIVEG -, wo unbürokratisch Genehmigungserfordernisse, Ordnungsverfügungen, personelles Know-how und technische Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden sollen. Das Ganze endet dann eben auch in dieser Stadtordnung.

Dieses umfangreiche Maßnahmenpaket wird vieles ändern - nur nicht die Sicherheitslage in Köln. Okay; so ein Silvester wie 2015 werden wir nicht mehr bekommen - aber dafür einen schönen Polizeiball, der mit Laserlicht und von der internationalen Presse ausgeleuchtet wird.

Um zur Stadtordnung zurückzukommen: Wofür ist sie eigentlich gedacht? Noch einmal möchte ich unseren Ex-Stadtdirektor Guido Kahlen zitieren: als echter Beitrag zum Bürokratieabbau. Dafür war sie da - und nicht als Placeboersatz für mehr Sicherheit in Köln. Deutlich sinnvoller wäre es gewesen, die komplette Stadtordnung in Gänze zu hinterfragen und auf den Prüfstand zu stellen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In der ersten Runde hat jetzt noch Herr Hupke das Wort.

<**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates! Ich werde nicht inhaltlich darauf eingehen. Wie der Kollege Elster gesagt hat, ist das in den Fachausschüssen gelaufen.

Ich denke aber, dass es erlaubt ist, darauf hinzuweisen, dass diese Ordnung auch in der Bezirksvertretung Innenstadt diskutiert worden ist, und zwar ziemlich lange und intensiv. Von dem, was dann diskutiert worden ist, sowohl in der BV als auch im Fachausschuss als auch in der Presse, spielen sich ja gut 80 oder 90 Prozent in der Innenstadt ab.

Ich wollte eigentlich meine Wortmeldung zurückziehen. Aber dann fühlte ich mich doch persönlich angesprochen - und damit auch mein Gremium. Wenn hier von „ausmerzen“ gesprochen wird, dann ist das sprachlich daneben, finde ich. Das sollten wir in diesem Hause nicht machen. Das sollten wir einfach so nicht machen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Zweitens. Wir laufen ja in der Innenstadt viel zu Fuß herum, fahren mit dem Fahrrad und auch mit der KVB. Insofern bekommen wir die Probleme natürlich sehr nah mit. Wir haben auch das Verständnis von Politik, dass wir, wenn es sehr knifflig wird, die Position des neutralen Dritten einnehmen müssen, dann auch das Korrektiv sein müssen und dabei auch alle Menschen sehen müssen, die in dieser Stadt sind.

An dieser Stelle warne ich ganz bewusst vor Sozialromantik, wie sie von meinem Vorredner dargestellt worden ist. Ich wiederhole, dass ich mich nicht inhaltlich dazu äußere. Aber nicht alle Verhältnisse, die da zutage treten, sind solche, wo ganz nette, liebe Menschen, die sich etwas verdienen wollen, uns das Leben in der Innenstadt bereichern. So ist es nicht. Da habe ich auch persönlich einiges anders erlebt.

Fahren Sie einmal nach Paris. Wenn Sie dort als Maler an der Basilika Sacré-Cœur de Montmarte Bilder verkaufen wollen, werden Sie einmal sehen, wie schnell da einer vom Ordnungsamt kommt und fragt: Haben Sie eine Erlaubnis? - Das habe ich mitbekommen. Und das fand ich gut. Das fand ich gut, weil es geregelt ist. Und hier wird es jetzt auch geregelt.

Sie glauben gar nicht, wie viele E-Mails ich persönlich auf meinem Bezirksbürgermeister-Computer bekommen habe. Sie waren aber alle sehr sachlich und haben genau darauf hingewiesen.

Das ist auch mein humanistisches Weltbild. Ohne mich da jetzt anzubiedern, denke ich, dass Kapitalisten oder Geschäftsleute auch Menschen sind, die nicht nur ein Recht auf Gesundheit haben, sondern auch ein Recht darauf, ihre Tätigkeit auszuüben. Und wenn das andere doch zu massiv wird, dann muss man sich darum kümmern.

Hier ist das Ganze nun jedenfalls in eine Fassung gegossen, mit der wir jetzt einmal leben sollten. Wir sollten auch fair miteinander verkehren. Ich denke, dass das zum Frieden in dieser Stadt und insbesondere in der Innenstadt beitragen wird.

Letzter Satz: Ganz wichtig ist - das ist meine große Bitte an Sie alle hier im Rat, an die Verwaltung, an die Oberbürgermeisterin sowieso und auch an den Stadtdirektor -, dass wir dafür das entsprechende Personal brauchen, das höflich, aber bestimmt auf die Einhaltung achtet - mit liebevoller Strenge, wie eine Ärztin vom Gesundheitsamt mir einmal gesagt hat. Dann ist das ein Gewinn für die Innenstadt. - Vielen Dank dafür, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Krupp, bitte.

<**Gerrit Krupp** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus, um die zweite Runde nicht zu lange zu gestalten.

Ganz grundsätzlich möchte ich noch einmal sagen, dass die SPD mit diesem Änderungsantrag hier wirklich die Hand gereicht hat. Es gab auch in der Fassung des AVR durchaus Dinge, die uns so nicht gefallen, zum Beispiel, dass nur der Dom in Betracht gezogen wird. Es gibt auch Stätten wie etwa die AntoniterCityKirche in der Schildergasse, die mindestens genauso stark von Musikbelästigung betroffen ist.

Über alles das hätten wir hinweggesehen. Dann hätten wir hier gemeinsam einen Antrag beschließen können, nämlich die Fassung von Jamaika aus dem AVR, wenn, ja wenn auch der Grundsatzbeschluss, dass ein Konzept zur sozialen Begleitung des Ganzen erarbeitet werden soll, hineinkommt. Mehr als ein solcher Grundsatzbeschluss soll es nicht sein.

Ein solcher Grundsatzbeschluss gehört aber eben nicht in den Ausschuss. Vielmehr ist er essenziell mit dieser Stadtordnung verbunden. Es stände diesem Rat gut an, hier ein Zeichen zu setzen, dass er nicht nur auf Repression setzt, sondern auch auf Prävention, und einen solchen Grundsatzbeschluss zu fassen. Den Rest kann man in der Tat in den zuständigen Ausschüssen klären; denn das ist dann eine Frage der Fachlichkeit. Dieser Grundsatzbeschluss ist es allerdings nicht.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir ja nicht mehr wollen, als die Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage hier zu beschließen. Diese Verwaltungsvorlage hat die Oberbürgermeisterin unterzeichnet und hier eingebracht, und zwar Ihre Oberbürgermeisterin. In diesem Fall lobe ich sie. Das ist vernünftig. Genau so muss es verbunden werden. Das ist genau das richtige Zeichen.

Und Sie machen hier nichts anderes, als dieser Verwaltungsvorlage und der von Ihnen unterstützten Oberbürgermeisterin in die Parade zu fahren. Und warum? Mit dem fadenscheinigen Argument, sie würde den Fachleuten in Ihrer Fraktion in die Parade fahren. Nein, das tut sie nicht. Wir sind hier alle versammelt, auch die Fachleute. Ich glaube nicht, dass die Fachleute aus der Sozialpartie etwas dagegen haben, einen solchen Grundsatzbeschluss zu fassen, wenn sie denn dann in den Ausschüssen die Punkte im Einzelnen beraten könnten - und das könnten sie.

Um es kurz zu machen: Dieser Verweisungsantrag ist nichts anderes als Sand in die Augen. Sie könnten das selbstverständlich hier beschließen. Sie wollen es nur nicht. Und dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In der zweiten Runde hat jetzt Herr Richter das Wort.

<**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Um es noch einmal klar und einfach darzustellen, ohne es zu überhöhen, lieber Herr Kollege Krupp: Der Punkt 2 bzw. 3 suggeriert, dass eine Ist-Erhebung darüber stattfinden soll, ob überhaupt etwas an Hilfsangeboten vorhanden ist und wie das aussieht und aufgebaut wird.

Unser Vorschlag ist, diesen Punkt in den Sozialausschuss zu verweisen, in dem die Fachleute sind, um zu bewerten, was seit vielen Jahren an Hilfsangeboten vorhanden ist und was noch ausgebaut werden muss oder auch nicht. Das gehört in den Sozialausschuss hinein.

Hier reden wir, wie Sie auch selbst sagen, über die Kölner Stadtordnung und deren Regelungen.

Deswegen mache ich noch einmal das Angebot - das ist eine gute Brücke, glaube ich -, dass wir die Stadtordnung so wie jetzt mehrmals beschrieben beschließen und die Überprüfung und gegebenenfalls Weiterentwicklung der vorhandenen Hilfsangebote, die sehr großflächig sind, den Fachleuten übertragen und auch zur Diskussion stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Dr. Elster.

<**Dr. Ralph Elster** (CDU): Ein einziger Satz: Meine Damen und Herren, wir brauchen hier keinen Grundsatzbeschluss zu Streetwork und allen diesen anderen Maßnahmen zu fassen. Diese Grundsatzbeschlüsse sind schon vor Jahrzehnten gefasst worden. Das wird auch seit Jahrzehnten praktiziert.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Dann ist ja alles gut!)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann erlauben Sie mir bitte einige wenige Sätze dazu. Ich habe mich ja bisher in die Debatte um die von Herrn Kahlen entwickelte Stadtordnung nicht eingemischt. Aber ich denke, dass sie wirklich nötig ist. Ich habe zwar schon sehr früh gelernt, dass schlechtes Benehmen grundsätzlich nicht justiziabel ist. Aber es gibt ja Fälle, in denen einige wenige die große Mehrheit rücksichtslos stören. Ich bin der Auffassung, dass es da einen Regelungstatbestand geben muss. Sonst kann man nämlich gar nichts dagegen machen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Deswegen ist es schon richtig, dass hier noch einmal darüber nachgedacht worden ist, wie man das ändern kann.

Jetzt ist die Debatte ja teilweise surreal gewesen, manchmal auch scheinheilig. Ich habe diese Verwaltungsvorlage gezeichnet, der Sie ja ansehen können, dass sie eben nicht durch diese ganzen Ausschüsse gegangen ist, in denen man über die Angebote sehr genau Bescheid weiß - die es gibt. Natürlich gibt es Angebote für Obdachlose, Streetwork, Winterhilfe usw. Das ist alles richtig. Aber genau das ist ja nicht geschehen.

Deswegen war ich der Meinung, dass es wichtig ist, dass hier noch einmal alle Angebote zusammengefasst werden und dass man sich in einer Ist-Analyse anschaut, was unter den veränderten Rahmenbedingungen notwendig ist.

Das geht aus der Verwaltungsvorlage - gucken Sie sich das erste Blatt einmal genau an - hervor.

Mir ist es auch wichtig, dass die Ausschüsse noch einmal beteiligt werden.

Ich glaube, so weit sind Sie auch gar nicht auseinander.

Aber ich habe dieses Vorgehen in der Vorlage vorgesehen. Deswegen werde ich gleich auch der Vorlage so, wie ich sie eingebracht habe, zustimmen - oder nicht so, wie ich sie eingebracht habe, sondern in der geänderten Fassung des SPD-Änderungsantrags. Das müsste ja dann so sein.

Jetzt lasse ich abstimmen. Die Wortmeldungen waren ja damit abgeschlossen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Zuerst über den Antrag auf Verweisung des SPD-Änderungsantrags in den Sozialausschuss!)

- Man kann keinen Änderungsantrag isoliert verweisen. Dann müssten wir den ganzen Vorgang verweisen. - Jetzt gibt eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann.

<**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Keine Wortmeldung. Ich möchte nur darum bitten, über die Punkte des Änderungsantrags der SPD bzw. über den Punkt 3 des SPD-Antrags separat abstimmen zu lassen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber eigentlich ist es ja auch so; denn außer dem Punkt 3 stimmt der Änderungsantrag der SPD ja genau mit der Fassung des AVR überein.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, genau! Das ist unsere goldene Brücke! - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum geht es denn nicht, so etwas zu verweisen?)

- Das sagt unsere Geschäftsordnung so. Da sind die Geschäftsordnungsexperten gefragt.

Dann schlage ich einmal Folgendes vor: Vielleicht kann man nur den Punkt 2 aus der Vorlage in den Sozialausschuss verweisen - nicht das andere; das andere bleibt so.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, genau darum geht es!)

Dann verweisen wir das in den Sozialausschuss.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: In drei Ausschüsse!)

- Und in den Jugendhilfeausschuss und in den Gesundheitsausschuss. Klar; die drei Ausschüsse werden dann beteiligt.

Das war das, was ich wollte. Dann sind wir im Grunde, glaube ich, alle gar nicht weit auseinander.

(Martin Börschel [SPD]: Das steht nur nicht in Ihrer Vorlage! Die Vorlage sagt, man solle es jetzt machen!)

- Darin steht:

Ergänzend beauftragt der Rat die Verwaltung (Soziales, Jugend, Gesundheit), auf der Basis …

Das steht sogar drin - Soziales, Jugend und Gesundheit. Alle drei stehen drin.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, aber auf Basis eines Auftrags, den wir hier formulieren wollen, oder eben nicht! - Gegenrufe)

Wir stimmen jetzt darüber ab, glaube ich.

Als Erstes lasse ich dann über Antrag auf Verweisung von Punkt 2 der Vorlage in die Ausschüsse abstimmen.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- Nein, Herr Dr. Elster, Punkt 2 der Vorlage. Ich spreche immer von der Vorlage.

(Martin Börschel [SPD]: Unseres Änderungsantrags!)

- Aber erst muss ich doch über die Verweisung abstimmen lassen, oder? Muss ich nach der Geschäftsordnung nicht erst über den Verweisungsantrag abstimmen lassen?

(Martin Börschel [SPD]: Ja, aber über den entsprechenden Punkt unseres Antrags! Unser Antrag kann ja die Vorlage ändern!)

- Wir prüfen es jetzt. Dafür unterbreche ich die Sitzung für zwei Minuten.

(Unterbrechung von 16.28 bis 16.31 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Ich trete wieder in die Ratssitzung ein und lasse zum TOP 6.3.2 jetzt in drei Schritten abstimmen.

Zunächst lasse ich über folgenden Wortlaut abstimmen:

Ergänzend beauftragt der Rat die Verwaltung (Soziales, Jugend, Gesundheit), auf der Basis einer Ist-Analyse wirksame Konzepte für zusätzlich erforderliche begleitende niedrigschwellige Hilfsangebote zu entwickeln.

Es geht also um Verweisung in die Ausschüsse Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss und Gesundheitsausschuss. Wer wünscht dem zuzu-

stimmen? - Das sind Grüne, Gute, CDU, FDP, Herr Wortmann, AfD und pro Köln. Gegenstimmen? - Der SPD, der LINKEN und der Piraten. So beschlossen.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der hat sich doch erledigt!)

- Nein. - Wer dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der den Punkt, den ich eben vorgelesen habe, als Punkt 3 enthält, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Grüne, CDU, Linke, FDP, pro Köln, Herr Wortmann und AfD. Dann ist der Antrag abgelehnt.

(Zuruf)

- Ich habe mit der SPD-Fraktion gestimmt.

(Beifall bei der SPD)

- Ja, es entspricht meiner eigenen Vorlage.

Dann lasse ich über die Vorlage in der Fassung des AVR abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Letztlich ist es das gleiche Ergebnis, glaube ich; aber gut.

Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich den TOP 10.14 auf.

(Heiterkeit)

- Nein. Ich bin ich viel zu weit - aber wie; in Riesenschritten. Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Ich habe die Rednerliste von TOP 10.14 hier liegen gehabt.

Wir kommen zu:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2016 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017
4129/2016

Gibt es Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 7? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

8.1 Förderung der Gemeinwesenarbeit in Quartieren mit besonderem Handlungsbedarf
3869/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln und AfD. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist dem so zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

8.2 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0606 - Hilfe für junge Menschen und ihre Familien; Haushaltsjahr 2016
3462/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

8.3 Nachträgliche Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2015
3951/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu - das ging ja doch schnell -:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für das Schuljahr 2017/2018 sowie drei Folgeschuljahre für alle städtischen Schulen
3313/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Verfahren zur Umsetzung der im Haushalt 2016/17 vorgesehenen Erhöhung der Personalkostenzuschüsse an die

Träger der Schulsozialarbeit an Grundschulen
3398/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 GAG Bürgschaftsrahmen Butzweilerhof
3517/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Ergänzender Beschluss zum Baubeschluss für die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn in Rodenkirchen, hier: Straßenbauliche Begleit- und Folgemaßnahmen, Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei Finanzstelle 6601-1201-2-1031, Bonner Straße (Nord-Süd-Stadtbahn, 3. BA)
3530/2016

Wortmeldungen? - Herr Wortmann.

<**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche einmal, an dieses komplexe Thema einigermaßen kurz und bündig heranzugehen. Ich möchte nur Folgendes sagen: Hinter der Beschlusslage, die hier letztendlich abgestimmt werden soll, steht eigentlich nicht die Mehrheit der Leute in Köln, zumindest nicht im Kölner Süden.

Der Ausbau dieser Strecke, insbesondere zum Endpunkt Arnoldshöhe, hilft dem eigentlichen Ziel - auch im Hinblick auf die Mittel, die investiert werden - nicht weiter; denn eine Verkehrsberuhigung schaffen Sie nicht mit dem Ausbau der Bonner Straße, weil das Problem im äußeren südlichen Bereich beginnt, in dem jetzt schon über 20 000 Menschen wohnen - und in den nächsten Jahren, wenn Nord-West kommt, mehr als 25 000.

Deshalb hat übrigens auch die BV 2 abermals den Bau der Parkpalette abgelehnt; denn auch die Parkpalette hilft Ihnen überhaupt nicht dabei, diesen Verkehr, und zwar den zuströmenden Verkehr, zu entzerren.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist aber eine andere Vorlage!)

- Das weiß ich. Ich versuche nur, ein bisschen auszuholen, um das zu begründen. - Die Dringlichkeit dieser Vorlage basiert auf einem Präjudiz, das ich nicht bestätigen kann, weil ich keinen Spruch des Oberverwaltungsgerichtes kenne, in dem zumindest die Klagen gegen die Baumfällungen bisher ablehnend beschieden worden wären.

Die unendliche Legende der Fördermittel, die Sie erzählen, kann ich auch nicht bestätigen, insbesondere weil das 8. ÖPNV-Änderungsgesetz nun eine deutliche Erhöhung der Mittel, nämlich um bis zu 20 Prozent, festlegt. Das gilt sowohl für den NRW-Anteil als auch für eine Dynamisierung von bis zu 20 Prozent über 2019 hinaus.

Deswegen kann ich nur Folgendes anregen: Bevor wir jetzt noch ein halbes Jahr warten und die Baumfällungen noch einmal hinten anstellen, sollten Sie erst einmal mit den Experten sprechen, die die Bürgerinitiativen zu sehr konstruktiven Workshops - an einem habe ich teilgenommen - eingeladen haben.

Es liegen auch Alternativvorschläge vor. Bisher hat sich weder die Verwaltung noch die KVB veranlasst gesehen, überhaupt einmal mit den Leuten über diese konkreten Vorschläge zu sprechen. Das ist einfach eine Missachtung von Bürgerinitiativen. Darauf will ich hinaus.

Deswegen sage ich Ihnen: Gehen Sie auf die Leute zu. - Wir werden natürlich heute dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen. - Danke.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Frau Heuser, bitte.

<**Marion Heuser** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Herr Wortmann, es ist einfach nicht wahr, dass die Bürger in diesen ganzen Planungsprozess nicht eingebunden gewesen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Als ich in der Bezirksvertretung Rodenkirchen war, habe ich das selbst mitbekommen. Ich habe daran teilgenommen. Auch Bürgerinitiativen haben daran teilgenommen.

Ich frage mich immer: Wieso kommt das alles so spät, wenn die ganzen Planungen feststehen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)>

<**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Darf ich darauf antworten? - Die Antwort habe ich schon im Juni dieses Jahres bei dem ersten Workshop gegeben. Bürgerinitiativen reagieren nicht auf Ihren Formalismus. Sie reagieren dann, wenn es wehtut. Das müssen Sie einfach hinnehmen.

Und vor allen Dingen: Wenn Sie diesen Leuten neben dem Planungsbeschluss eine Alternative oder zwei Alternativen geboten hätten, wäre die Diskussion wahrscheinlich anders gelaufen. Möglicherweise sähe die Trasse dann auch anders aus.

Sie weigern sich beharrlich - wie Betonköpfe -, überhaupt mit den Leuten ein konstruktives Gespräch zu führen.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch!)

- Das ist so. Frau Heuser, die Bezirksvertretung Rodenkirchen ist nicht die Plattform dafür. Da spielen ganz andere Bereiche eine Rolle. Die BV 2 kann vorentscheiden. Sie empfiehlt auch. Aber noch einmal: Wenn sie zweimal die Parkpalette ablehnt, dann ist doch schon etwas faul an der Kiste.

Es wird nie über die Weiterführung der Trasse bis Rondorf gesprochen. Der Verkehr erstickt nämlich in Rondorf. Wenn er an der Arnoldshöhe angekommen ist, läuft alles. Das ist das Problem. Und darüber reden die Leute.

Frau Roß-Belkner hat mit ihren Kollegen am 5. Dezember dieses Jahres in Rondorf eine Veranstaltung durchgeführt, an der 400 Bürger teilgenommen haben. Da gab es knüppeldick eins auf die Hose, sowohl für Herrn Höhn von der KVB als auch für Herrn Harzendorf. Die Herren können Ihnen das schildern. Das kann man gar nicht mehr positiv darstellen.

Ich appelliere also an Sie: Bewegen Sie sich in eine andere Richtung. - Wir warten natürlich gerne einen Klagebescheid ab. - Danke.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 10.4? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD und Herr Wortmann stimmen dagegen. Darum habe ich extra gewartet, bis Sie sich gesetzt haben, Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Generalinstandsetzung Frankfurter Str. in Porz-Wahn
hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen
3551/2016

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Generalsanierung der Waldsiedlung
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei Finanzstelle 6601-1201-3-1039, Generalsanierung Waldsiedlung
3553/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Umgestaltung der Barbarastraße
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei Finanzstelle 6601-1201-2-1018, Barbarastraße, Umgestaltung
3620/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Aufnahme einer neuen Schule in der Verbund Kölner Europäischer Grundschulen
3822/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2014 für die Bühnen der Stadt Köln
3156/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Herr Wortmann und die Piraten enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2017
3212/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“ Planungsbeschluss
3382/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Errichtung einer Ganztagserweiterung für das Hölderlin-Gymnasium, Graf-Adolf-Str. 59, 51065 Köln-Mülheim Baubeschluss
3499/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Zügigkeitserweiterung für das Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln (Königin-Luise-Schule) auf dem Grundstück Palmstraße 1, 50672 Köln
1141/2016

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/2008/2016

Stellungnahme zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion
4115/2016

Es gibt eine Wortmeldung. Herr Sterck, bitte.

<**Ralph Sterck** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der Vorberatungen in den Ausschüssen ahne ich ja, dass wir mit unserem Änderungsantrag für die Ecke Alte Wallgasse/Palmstraße heute hier nicht durchkommen werden.

Ich wollte eigentlich nur meine Enttäuschung darüber zu Protokoll geben, weil wir natürlich gerade auch mit Blick auf das, was wir nachher beim Wohnungsbau beschließen werden, immer sagen, dass eindimensionale Planungen - eine Nutzung für ein Grundstück - falsch sind. Das steht jetzt auch wieder in den Änderungsanträgen von CDU, Grünen und FDP, aber auch von der SPD.

Hier haben wir bereits 2005 beantragt, dass diese Baulücke geschlossen wird. Damals hieß es: Um Gottes willen; die Grundschule dort ist für diesen Bereich der Innenstadt äußerst wichtig; da können wir nicht herangehen.

Heute sind wir elf Jahre älter. Die Grundschule gibt es mittlerweile nicht mehr. Jetzt soll aber wieder eine Baulücke da bleiben, weil es heißt, dass sich dort ein Spielplatz befindet, der nicht ersetzt werden könne oder der nicht anders in die Planung einbezogen werden könne.

Da bin ich etwas enttäuscht - auch über die Fantasie der Verwaltung. Ich glaube, dass wir eine Lösung gefunden hätten, den Spielplatz dort zu erhalten und trotzdem den Baublock zu schließen und auch noch Wohnungsbau zu schaffen. Das scheint hier keine Mehrheit zu finden.

Warten wir einmal die nächsten elf Jahre ab. Wenn sich unsere ganzen Wohnungsbauvorhaben entsprechend ändern, haben wir dann vielleicht wieder eine Chance, dieses Grundstück ordentlich zu bebauen.

Es ist schade, dass wir für unsere Anregung heute hier keine Mehrheit bekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 10.13? - Bitte sehr.

<**Horst Thelen** (Bündnis 90/Die Grünen): Nach meiner Kenntnis - auch ich bin des Lesens mächtig - stimmt das nicht, Ralph Sterck. Da wird alles an Lücken geschlossen, was baurechtlich möglich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Ralph Sterck [FDP]: Ich komme gleich herüber und erkläre das!)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 10.13? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse nun über die Vorlage abstimmen, und zwar in der Fassung BV 1, Anlage 7, bzw. Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP und von Herrn Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.14 Angleichung der Honorare für Dozierende bei der VHS Köln im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“
3821/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2009/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und der FDP-Fraktion
AN/2159/2016

Als Erster steht Herr Börschel auf der Rednerliste.

<**Martin Börschel** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf hier in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Finanzausschusses Folgendes sagen: Ich bin sehr froh darüber, dass es gestern im Finanzausschuss gelungen ist, nach einer längeren politischen Kontroverse über die angemessene Bezahlung der Dozierenden an der Volkshochschule Köln im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ zu einer Einigung zu kommen. Wir haben nämlich gestern im Finanzausschuss auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen, Linken und FDP einen entsprechenden Antrag beschlossen.

Dabei sind wir davon ausgegangen, dass mit dieser gestern im Finanzausschuss beschlossenen Version eine Problematik mit erledigt ist. Da das aber ausdrücklich nicht in dem Wortlaut des Beschlusses vorkommt, haben wir uns heute zu dem ungewöhnlichen Schritt entschieden, noch einen Änderungsantrag zur Fassung des Finanzausschusses zu stellen, der sich von der gestrigen Version einzig und allein in einem Gedanken unterscheidet, nämlich darin, die in arbeitnehmerähnlichem Status bei der Volkshochschulen Tätigen mit in die Zahlung einzubeziehen. Das sind einige wenige. Aber hier geht es um eine Frage der Gerechtigkeit.

Mit diesem heutigen gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Grünen, Linken und FDP würden wir auf der einen Seite diese politische Kontroverse beenden und auf der anderen Seite endlich in der Frage einer angemessenen Vergütung und auch der notwendigen Wertschätzung zu einem sehr breiten Signal des Rates kommen. Deswegen hoffe ich, dass ich Namen der Kolleginnen und Kollegen - die Fraktionen habe ich ja benannt - hier so sprechen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben, bitte.

<**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache das wie der Kollege Börschel auch vom Platz aus. - Das Verfahren ist genau so beschrieben worden, wie es - wann war das? Montag? Dienstag? -

(Martin Börschel [SPD]: Gestern, ja!)

im Finanzausschuss gewesen ist.

Als Vorsitzender des Schulausschusses möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Debatte darüber ja schon in längeren Sitzungen geführt

wurde. Dabei haben wir das Für und Wider - die Vorlagen der Verwaltung, die Ungerechtigkeiten, die sich auch im Vergleich der Dozentengehälter ergeben, die Erhöhung der Bundesregierung für das BAMF usw. - besprochen. Die Thematik war auch allen klar. Es ist wirklich eine tolle Sache, dass wir uns jetzt darauf geeinigt haben.

Ich möchte nur zwei Punkte betonen. Sie stehen hier auch mehr oder weniger drin.

Mit diesem Antrag gehen wir als Rat der Stadt Köln nicht nur bis zur Schmerzgrenze, sondern sogar, glaube ich, über die finanzielle Schmerzgrenze hinaus, weil wir gesagt haben: Das ist eine zentrale und wichtige Aufgabe, die hier erledigt wird.

Man darf ehrlicherweise auch darauf hinweisen - das würde sonst sicherlich die Frau Dezernentin machen -, dass wir hier über 547 000 Euro - da habe ich diejenigen mit arbeitnehmerähnlichem Status noch gar nicht mit eingerechnet - reden. Davon wird die Stadt Köln rund 300 000 Euro bezahlen. Das ist eine stolze Summe.

Wenn der Rat der Stadt Köln sich mit großer Mehrheit

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Einstimmig!)

- oder vielleicht sogar einstimmig - dafür entscheiden wird, setzt er damit auch ein Zeichen, wie viel uns die Gehälter der Dozenten unserer Volkshochschule im wahrsten Sinne des Wortes wert sind - und auch die Aufgaben, die sie dort wahrnehmen. Das würde ich gerne noch einmal betonen, weil das keine Kleinigkeit ist.

Wenn der Finanzausschuss hier mit positivem Beispiel vorangeht, ist das umso erfreulicher. Sonst ist es ja üblich, dass zum Beispiel der Schulausschuss oder der Jugendhilfeausschuss so etwas macht und der Finanzausschuss dann kämpft und folgt oder nicht folgt. Es ist sehr schön, dass das hier andersherum ist.

Ich darf aber auch den freundlichen Appell an alle im Landtag vertretenen Fraktionen weitergeben, dass es doch schön wäre, wenn sich ähnlich wie in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz auch die Fraktionen im Landtag oder die Landesregierung dazu bereitfinden könnten, einen größeren Teil der Dozentenhonorare zu übernehmen. Das ist auch kein Wahlkampf, sondern ein Wunsch, den wir ja sicherlich alle haben.

(Martin Börschel [SPD]: Dazu haben wir ja schon einen Ratsbeschluss!)

- Das möchte ich in diesem Zusammenhang nur betonen.

Das waren die beiden Punkte, die mir wichtig sind. Ich hoffe, dass die Zustimmung dadurch nicht kleiner, sondern größer geworden ist, und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Kockerbeck. Bitte sehr.

<**Heiner Kockerbeck** (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Den Worten von Herrn Schlieben kann ich mich zum guten Teil anschließen. Wir sind froh darüber, dass es nun, nachdem es lange Zeit geheißen hat, es sei kein Geld da, am Ende des Jahres zumindest eine Anhebung auf 35 Euro pro Stunde gibt.

Ich möchte nur betonen, dass für meine Fraktion damit noch nicht alles gut ist, was die Beschäftigungsverhältnisse an der VHS betrifft. Wir werden sicherlich in den kommenden Jahren oder auch schon im nächsten Jahr weiter über die Verhältnisse dort diskutieren; denn es gibt eine Reihe von Problemen.

Zum Beispiel ist das zentrale Strukturproblem der Volkshochschulen weiterhin nicht gelöst. Die Volkshochschule ist keine Institution mehr, an der Studienräte neben ihrer Berufstätigkeit gelegentlich abends einen Kurs geben. Es geht hier um rund 100 Vollzeitbeschäftigte.

Daher müssen wir darüber sprechen, wie diese Beschäftigten sozial abgesichert sind, wie es mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aussieht, wie es um die Alterssicherung steht usw. Hier können wir nicht bei der derzeitigen Regelung, dass eine solche zentrale kommunale Weiterbildungseinrichtung quasi mit 100 Scheinselbstständigen auf Honorarbasis betrieben wird, stehen bleiben, sondern müssen überlegen: Wie können wir die Beschäftigten dort umfassend sozial absichern? - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Laufenberg hat das Wort.

<**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss jetzt doch noch kurz auf meinen Vorredner von der LINKEN eingehen. Als FDP-Fraktion finden wir es gut, dass wir heute hier eine gemeinsame Lösung gefunden haben und die Dozierenden jetzt richtig vergüten. Es kann aber nicht sein, dass Sie uns jetzt schon mit auf den Weg geben, wir müssten uns im nächsten Jahr weiterhin mit den Gehältern und den Anpassungen für die VHS beschäftigen. Wir geben hier einen großen Vorschuss, wenn wir das heute beschließen, glaube ich. Darum haben wir in der Finanzpolitik sehr gerungen.

Was Herr Schlieben gesagt hat, ist vollkommen richtig. Eigentlich ist das die Verantwortung des Landes, die wir hier einfordern müssen. Das habe ich auch in den letzten Debatten deutlich gemacht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Natürlich beschäftigen wir uns weiter mit der VHS. Wir möchten sie weiter stützen, weiter aufrechterhalten und weiter ausbauen. Hier greift DIE LINKE aber zu weit vor. Irgendwann ist es auch einmal gut, sage ich einmal. Mit den 300 000 Euro, die wir heute als zusätzlichen städtischen Zuschuss beschließen, stellen wir hier wirklich die Anerkennung der Dozierenden dar.

Das werden wir auch weiter tun. Deswegen ist es gut, dass wir heute eine gemeinsame Lösung gefunden haben. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 10.14? - Frau Dr. Klein.

<**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz: Es war ja ein steiniger Weg zu diesem Ergebnis und zu dieser breiten Mehrheit. Es ging natürlich um sehr viel Geld, aber auch um berechtigte Anliegen. Das ist ein sehr wichtiges Signal für die VHS und die dort Lehrenden. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Grünen, Linken und FDP abstimmen. Ich gehe davon aus, dass sich der Änderungsantrag der SPD-Fraktion damit erledigt hat. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Wirtschaftsplan 2017
3419/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - P&R-Palette im Zuge der 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn hier: Erweiterter Planungsbeschluss sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - des Hj. 2016 bei Finanzstelle 6902-1202-2-5102, P&R-Anlage im Zuge der N/S-Stadtbahn, 3. BA
2384/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann und der AfD. Enthaltungen? - Enthaltungen von pro Köln. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 KölnBäder GmbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
1378/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - SPD und Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
2040/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - DIE LINKE und die SPD stimmen dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
2047/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - SPD und Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.21 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für die Herstellung und Nachrüstung stationärer Verschlusseinrichtungen/Querschotts an Hoch- und Grundwasser gefährdeten Tuneleinfahrten der Kölner Stadtbahnanlagen
2379/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Handlungskonzept Behindertenpolitik - „Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle“
hier: 2. Folgebericht - Bilanz 2012-2015 und Ausblick 2020
0990/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.23 Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren gGmbH sowie Zusetzung von Mitteln zur Förderung einer zusätzlichen Personalstelle für den Kölner Spielewerkstatt e. V. ab 2018
1969/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2146/2016

Wortmeldungen? - Herr Schößler.

<**Bezirksbürgermeister Bernd Schößler:** Danke sehr. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen im Rat, Sie werden sich wundern: Was macht denn der Bezirksbürgermeister von Nippes zu einem solchen Tagesordnungspunkt vor Ihrer Nase?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das frage ich mich auch!)

Die Antwort will ich Ihnen gleich auch gerne geben. Bei dieser Vorlage geht es um ein Grundstück auf dem Clouth-Gelände. Die Bezirksvertretung Nippes hat vor den Sommerferien den einstimmigen Beschluss gefasst, dass dort eine Jugendeinrichtung entstehen soll. Wir wussten, dass Nippes mit 4 000 Kindern - im Stadtteil Nippes wohlgemerkt - an zweiter Stelle hinter Mülheim liegt. Mülheim hat 5 500 Jugendliche im Alter von sechs bis 21 Jahren. Während in Nippes zurzeit eine Einrichtung mit offener Kinder- und Jugendarbeit existiert, gibt es in Mülheim - für ein paar Kinder mehr - fünf solche Einrichtungen.

Sie haben bei Ihrer Entscheidung möglicherweise nicht berücksichtigt, dass Nippes mit 11 914 Einwohnern pro Quadratkilometer an zweiter Stelle von allen 86 Stadtteilen liegt, was die Bevölkerungsdichte angeht. Das heißt, dass wir im Prinzip keine Freiflächen haben. - Herr Walter Gutzeit nickt. Er weiß das. Er wohnt ja da.

Rückblickend kann man sagen, dass Nippes der einzige Stadtteil bzw. Stadtbezirk ist, in dem in den letzten vier Jahren eine Jugendeinrichtung geschlossen werden musste und ein Jugendprojekt ebenfalls nicht weitergeführt worden ist.

Vielleicht haben Sie bei Ihrer Bedarfsanalyse auch gesehen, dass zwischen Nippes und Mülheim in der Rangfolge genau 56 Plätze liegen. Während Nippes in der Bewertung im Kinder- und Jugendförderplan an zwölfter Stelle lag, war Mülheim auf Platz 68.

Sie haben jetzt überlegt: Was machen wir denn jetzt anders? - Das ist zunächst einmal ein gutes Recht. Die Bezirksvertretung Nippes hat etwas beschlossen. Das sehen einige Mitglieder im Rat bzw. im Jugendhilfeausschuss anders. Das sei ihnen ja gegönnt.

Ich will mich auch expressis verbis aus der Diskussion, welcher Träger denn der beste ist, komplett heraushalten; denn wir haben mit allen drei Trägern - mit JUGZ, mit SKM und auch mit jfc - beste Erfahrungen in Nippes gemacht.

Wir unterstützen als Bezirksvertretung Nippes - übrigens schon länger, als ich Bezirksbürger-

meister bin - jedes Jahr die Jugendarbeit dieser Jugendeinrichtung mit über 50 Prozent unseres Etats an bezirksorientierten Mitteln.

Eines müssen Sie allerdings an dieser Stelle meiner Meinung nach anders machen. Wenn Sie zu einer anderen Beschlusslage kommen, halte ich es nämlich für richtig, fair und der Sache angemessen, wenn Sie diese Beschlusslage der Bezirksvertretung Nippes noch einmal vorlegen und sie um ein Votum bitten.

Sie wollen heute über etwas beschließen, was nicht Meinung der Bezirksvertretung Nippes ist. Das kann sein. Aber wenn wir Bürgerbeteiligung nach draußen tragen wollen und wenn wir Bezirksvertretungen ernst nehmen wollen, dann ist an dieser Stelle aus meiner Sicht kein Beschluss zu fassen.

Die Frau Oberbürgermeisterin war ja in Nippes und weiß, dass wir da sachgerecht diskutieren, dass wir ein friedfertiges Völkchen sind und dass wir keinem etwas Böses tun, sondern dass wir uns an der Sache orientieren.

Genau deshalb ist meine Aufforderung an den Rat, in dieser Weihnachtszeit zu sagen: Wir verzichten heute auf eine Beschlussfassung. Wir geben der Bezirksvertretung Nippes noch einmal, wie es sich gehört, die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. - Das würden wir gerne am 2. Februar 2017 machen.

Das Ganze soll ja erst 2018 passieren. Deshalb weiß ich nicht, warum diese große Eile bestehen soll. Es wäre ein Zeichen des Respekts vor den Bezirksvertretungen, wenn Sie heute auf eine Beschlussfassung verzichten würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen, bitte.

<**Andreas Pöttgen** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Überschrift der Vorlage heißt „Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren gGmbH …“. Der Beschluss, der heute gefasst werden soll, ist ein komplett anderer. Die einzige Konstante ist: Wir bauen ein Haus in Nippes auf dem Clouth-Gelände.

Wir möchten vorwegschicken, dass wir die Arbeit der Träger, die alle damit befasst sind und heute von der Beschlussfassung profitieren werden, sehr schätzen und dass unsere Entscheidung unbenommen davon ist, diesen Änderungsantrag heute noch einmal eingereicht zu haben.

Denn das Thema ist eines, das den Rat angeht. Die Frage ist nämlich: Wie wächst Köln? Köln wird in den nächsten Jahren größer. Das diskutieren wir an dieser Stelle regelmäßig. Köln muss auch in seiner sozialen Infrastruktur mitwachsen. Wir haben dieses Thema regelmäßig bei den Kindergärten, wir diskutieren es bei der Schule, und wir müssen es auch heute bei den Jugendeinrichtungen dieser Stadt diskutieren.

Wichtig ist für uns bei dieser Frage die Kontinuität von Stadtentwicklung. Frau Dezernentin Klein hat die Fläche auf dem Clouth-Gelände sehr früh gesichert. Heute sind wir an der Stelle, diese Jugendeinrichtung auch zu finalisieren. Sie wissen alle durch die verschiedenen Diskussionen, dass die Flächen rar sind.

Wir alle wünschen uns eine sozial integrierte Stadtentwicklung, die lebendige Viertel hervorruft, sodass wir am Ende ein lebenswertes Köln haben - und keine reinen Schlafkolonien.

Die Fachdebatte hatten wir im Jugendhilfeausschuss. Sie ist gerade durch Herrn Bezirksbürgermeister noch einmal angereichert worden. Deswegen möchte ich sie an dieser Stelle nicht weiterführen.

Unser Antrag lautet, dem Vorschlag der OB zu folgen und das Reker-Bündnis in seiner Positionierung heute zu stoppen. Seit Jahren ist in Nippes der Bedarf für einen sowieso schon unterversorgten Stadtteil festgestellt. Jetzt wächst Nippes auch noch. Trotzdem versagen Sie den Kindern dort heute eine eigene Jugendeinrichtung.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht!)

Natürlich werden Sie gleich sagen: Was da kommt, ist doch eine Jugendeinrichtung. - Aber eine offene Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit ist qualitativ etwas anderes als das, was Sie jetzt beschließen. Ich finde es eher peinlich, Ihnen das erklären zu müssen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Durch permanentes Wiederholen wird das doch nicht richtiger!)

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, deswegen beantragen wir heute, Ihren Vorschlag zu beschließen, und würden uns freuen, wenn Sie in diesem Sinne mit uns stimmen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben, bitte.

<**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Überschrift der Vorlage der Frau Oberbürgermeisterin heißt „Einrichtung einer Jugendeinrichtung im Clouth-Quartier in Köln-Nippes in Trägerschaft der Jugendzentren gGmbH sowie Zusetzung von Mitteln zur Förderung einer zusätzlichen Personalstelle für den Kölner Spielewerkstatt e. V. ab 2018“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Pöttgen hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die Fachdebatte dazu in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses geführt haben, aber auch in einigen Sitzungen davor. Außerdem haben die Sprecher und der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses in diversen Runden mit der Frau Dezernentin sehr positiv darüber gesprochen.

Herr Pöttgen hat auch richtigerweise darauf hingewiesen, dass sein Änderungsantrag - ich glaube, wortwörtlich in dieser Form - bereits im Jugendhilfeausschuss diskutiert wurde und auch die entsprechende Resonanz gefunden hat.

Nichtsdestotrotz kann man natürlich heute dieselbe Debatte noch einmal führen oder dieselben Argumente hier noch einmal austauschen; denn es mag ja vielleicht Fraktionen geben, die das noch nicht ausreichend und in aller Breite getan haben.

Für unsere Fraktion kann ich sagen, dass die Fraktion und insbesondere auch die Vertreter des Stadtbezirks Nippes in die ganzen Debatten sehr intensiv einbezogen waren und der Vorgehensweise auch entsprechend zustimmen. Für die anderen Fraktionen kann ich das nicht beurteilen. Aber ich kann ja aus meinen Fraktionssitzungen, bei denen ich prinzipiell anwesend bin, dann auch berichten.

(Bezirksbürgermeister Bernd Schößler: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?)

- Ja, natürlich.>

<**Bezirksbürgermeister Bernd Schößler:** Habe ich Sie richtig verstanden, dass ein einstimmiger Beschluss einer Bezirksvertretung, in diesem Falle der Bezirksvertretung Nippes, für Sie dadurch ersetzt wird, dass Sie mit Ihren Fraktionskollegen, die aus dem Stadtbezirk Nippes kommen, bilateral eine andere Lösung finden? Ist das Ihr Demokratieverständnis?>

<**Dr. Helge Schlieben** (CDU): Nein, weder, noch. Ich habe weder das gesagt, was Sie jetzt sagen, sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister. Ich habe gar nicht Bezug auf Ihren Beschluss genommen. Ich habe lediglich festgestellt, dass in der Debatte der letzten Wochen auch in der CDU-Fraktion die Vertreter aus Nippes, die an den Sitzungen teilgenommen haben, über den Prozess informiert waren. Ich habe gar nicht auf Ihren Beschluss Bezug genommen. Den habe ich gar nicht erwähnt. Der ist uns ja allen bekannt. Im Übrigen hat sich die Diskussion vom Sommer bis heute ja auch noch einmal weiterentwickelt.

Auf die Formalie, dass wir nach wie vor zu der Vorlage diskutieren und „nur“ - in Anführungszeichen - verschiedene Änderungsanträge vorliegen, möchte ich hier gar nicht eingehen. Es geht mir ja um die Sache.

Ich möchte feststellen, dass die Gespräche gezeigt haben - insbesondere wurde das bei der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses deutlich -, dass es hier mehrere qualitativ vergleichbare Vorschläge gibt, was man im Clouth-Gelände machen könnte. Die Debatte war nicht, welches Konzept gut ist und welches Konzept schlecht ist. Vielmehr wurde deutlich, dass alle Projekte, die uns vorgelegt wurden, eine hohe Qualität haben.

Dann sind bei den einzelnen Fraktionen einfach unterschiedliche Bewertungen und Entscheidungen erfolgt. Meine Fraktion hat nach Abwägung aller Fakten die Meinung vertreten - diese Meinung vertritt sie nach wie vor -, dass der Jugendfilmclub und die Spielewerkstatt in das Clouth-Gelände einziehen sollen und dass zusätzlich zwei Personalstellen - so steht das ja auch in der Vorlage; das ist gerade ein bisschen vergessen worden - eingerichtet werden sollen. Das ist für uns an dieser Stelle ein gutes Konzept.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe nicht gesagt - das haben wir auch in den Debatten vorher nicht gesagt -, dass die anderen Konzepte schlecht seien oder nicht sinn-

voll seien. Nach dem Austausch aller Einzelheiten sind wir aber zu dieser Auffassung gekommen. Die Presse hat uns dankenswerterweise da auch sehr intensiv begleitet. Ich möchte nicht alle Argumente und Kritikpunkte hier wiederholen. Wir müssen auch damit leben, dass man unter Umständen der Meinung ist, dass unsere Abwägung nicht die richtige sei. Wir sind aber zu einem anderen Schluss gekommen. Das hat sich auch bis heute nicht geändert.

Ich möchte nur betonen: Gerade die letzte Debatte fand ich auch sehr sachlich. Sie war in der Weise geprägt, dass man die unterschiedlichen Positionen ausgetauscht hat und dann zu einer unterschiedlichen Wertung gekommen ist.

Am Schluss darf ich vielleicht noch einmal daran erinnern, dass ja nicht nur die Politik diskutiert hat. Die Träger und die Jugendverbände waren in den Prozess der Meinungsfindung und der Abwägung ebenso mit einbezogen. Deshalb war es schon eine breite Diskussion.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bleiben bei der Position, die wir schon im Jugendhilfeausschuss formuliert haben und die dann auch Eingang in die Verwaltungsvorlage gefunden hat, die durch unseren Änderungsantrag und auch durch eine gute Ergänzung der Fraktion DIE LINKE noch erweitert wurde. Diese Position halten wir nach wie vor für richtig. Dafür werden wir uns auch heute mit unserem Abstimmungsverhalten aussprechen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

<**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Lieber Herr Pöttgen, wir haben die Debatte schon seit Juli dieses Jahres im JHA geführt. So viel zum Thema, wir sollten mal zu schnellen Entscheidungen kommen!

Lieber Herr Schößler, Frau Beigeordnete Dr. Klein hat uns gebeten, jetzt endlich eine Entscheidung zu treffen, damit der Investor, der grundsätzlich Interesse hat, dort etwas für Jugendliche zu bauen - wir sind uns ja alle einig, dass dort etwas

einmal das Signal bekommt, was denn auf dem Grundstück entstehen soll. Deshalb könnte die Schleife, die Sie erbitten, dazu führen, dass er nichts mehr für Jugendliche macht. Und das ist das, was wir für Nippes am aller-, allerwenigsten wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das Zauberwort, warum wir diesen Prozess heute abschließen werden, heißt, dass wir aufgrund von neuen Fakten zu neuen Erkenntnissen kommen, dass wir uns einfach weiterentwickeln. Und es ist, glaube ich, das gute Recht auch von Jugendpolitikern oder vielleicht gerade von Jugendpolitikern, dass sie sich weiterentwickeln und auch neuen Fakten öffnen, sodass neue Fakten zu einer anderen Priorisierung und einer anderen Priorität führen.

Bei der gestern im Finanzausschuss geführten Debatte hieß es auch, wir würden irgendwelche Willkürentscheidungen treffen. Den Begriff „Willkür“ verbitte ich mir hier auch aufs Schärfste.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Tatsache ist, dass wir hier auf der aktuellen und vom AK 80 festgestellten Grundlage vorgehen. Nicht jeder weiß, was der AK 80 ist. Das ist ein Arbeitskreis, in dem die Verwaltung und explizit die Träger gemeinsam die Jugendhilfebedarfsplanung erstellen. Dieser AK 80 ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Stadtteil Nippes eben nicht an erster, zweiter oder dritter Stelle steht, sondern nach Platz 10 - wahrscheinlich auf Platz 18 - kommt.

Die Planung, auf die Sie verweisen, hat damals vorgesehen, dass der Standort Boltensternstraße nicht saniert wird und dort keine Jugendarbeit mehr stattfindet. Der Standort Boltensternstraße wird aber weiter Jugendarbeit machen, weil das Naturfreundehaus dort saniert wird. Das ist erst einmal auch Fakt.

Auf das Clouth-Gelände selber geht die Spielewerkstatt. Die Spielewerkstatt ist ein anerkannter Träger der Jugendhilfe und macht zwei Nachmittage offene Kinder- und Jugendarbeit. Das sind einfach Fakten, die man nicht einfach leugnen kann.

Das Nächste ist, dass der jfc, den wir ja auf genau diesem Grundstück ansiedeln wollen, ebenfalls ein anerkannter Träger der Jugendhilfe ist.

Die Mär, die Sie hier erzählen, wir wollten dort nicht etwas für Jugendliche machen, ist also schlichtweg falsch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Debatte um wachsende Stadtteile. Gerade im letzten JHA haben wir uns mit der Jugendhilfeplanung befasst, die wir alle vier Jahre gesetzesmäßig aufsetzen müssen. Wir sind auch froh, dass wir sie bekommen. Es gibt Stadtteile, die stark wachsen. Nippes gehört auch dazu. Die am stärksten wachsenden Stadtteile, vor allem im Jugendbereich, liegen aber im Rechtsrheinischen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Nächste ist: Wo wohnen die meisten Kinder und Jugendlichen mit einem besonderen Jugendhilfebedarf? Sie wohnen im Rechtsrheinischen. Das kann man nicht leugnen. Die Karten dazu waren dort dunkelrot. Nippes war eher im Norden rot, aber nicht da, wo das Clouth-Quartier ist.

Das heißt: Wir machen im Clouth-Quartier etwas. Wir bieten dort etwas für Jugendliche an. Der jfc bekommt da eine neue Anlaufadresse, von der aus er auch weiter dezentral agieren kann. Dort passiert also viel.

Gleichzeitig sagen wir aber auch, dass wir die knappen Mittel, die wir haben, bedarfsgerecht einsetzen müssen. „Bedarfsgerecht“ heißt für uns: auf genauen Analysen basierend. Die Analyse erfolgt für uns im Rahmen der Jugendhilfebedarfsplanung. Das ist das Instrument, das wir dazu heranziehen müssen.

Das hat nichts mit Willkür oder Sonstigem zu tun, sondern ist eine ausgewogene, abgewogene, prozesshafte Weiterentwicklung. Das, was wir vor zehn Jahren vielleicht für richtig gehalten haben, kann 2016 so nicht mehr ganz richtig sein; denn der Bedarf ist einfach ein anderer. Ich bitte Sie sehr, das auch zu akzeptieren.

Die Mehrheit in der Bezirksvertretung hat diesen Prozess gedanklich mitmachen können. Wir haben mit unseren grünen Vertretern gesprochen. Sie haben es verstanden. Sie haben gesagt: Aha; das wussten wir nicht; das ist also eure fachliche Wertung. - Darauf haben sie dann verwiesen.

Sie haben mir auch noch einmal mitgegeben, dass Sie als Bezirksbürgermeister hier sind, aber nicht mit dem Votum der Bezirksvertretung. Das möchte ich auch noch einmal ganz klar sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie dürfen als privater Bezirksbürgermeister hier reden. Aber Sie haben nicht das Votum der Bezirksvertretung, hier aufzutreten. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Bezirksbürgermeister Bernd Schößler: Es gibt dazu einen Beschluss der Bezirksvertretung, der dokumentiert ist!)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

<**Heiner Kockerbeck** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zunächst möchten wir die Verwaltung um eine Stellungnahme zu der Frage bitten, ob die Umsetzung einer Jugendeinrichtung auf dem Clouth-Gelände unbotmäßig verzögert würde, wenn die Bezirksvertretung Nippes noch einmal die Gelegenheit bekäme, darüber zu beraten.

Wenn die Verwaltung sagt, dass das machbar wäre, würde meine Fraktion einem solchen Antrag zustimmen. Wir würden diesen Antrag auch stellen, wenn er dann noch nicht gestellt worden ist.

Selbstverständlich kann man zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen und Lösungen kommen.

Der Jugendfilmclub ist eine seit Jahrzehnten in der Stadt arbeitende Organisation. Er ist sehr renommiert und leistet sehr gute Arbeit. Der Jugendfilmclub braucht dringend ein neues Gebäude. Er ist schon sehr lange am Hansaring untergebracht, und das geht dort nicht mehr.

Wir unterstützen den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der vorsieht, auch dem Raumbedarf des Jugendfilmclubs - natürlich mit städtischer Unterstützung - gerecht zu werden.

Allerdings haben wir auch unsere Gründe, warum wir, wie das auch im Ausschuss vorgetragen wurde, für das sozial sehr inklusive Konzept der Jugendzentren Köln gGmbH votieren möchten und diese Organisation lieber als Träger haben möchten. Die JUGZ hat in ihrem Konzept eine offene Jugendeinrichtung mit Spezialisierung auf Medien dargelegt. Es geht hier aber um niederschwellige Angebote, die alle Jugendlichen ansprechen, auch solche aus sozial schwachen Haushalten, die vielleicht denken „Explizite Medienangebote sind nicht meine Sache; das ist

nicht meine Welt“ oder „Das traue ich mir nicht zu“ - oder wie auch immer das begründet wird.

Wir brauchen also eine Jugendeinrichtung mit medienpädagogischem Schwerpunkt. Die Jugendzentren Köln gGmbH hat einen solchen Schwerpunkt dargelegt. Aufgrund der sich rapide auseinanderentwickelnden Milieus und sozialen Schichten in unserer Stadt und der fortgreifenden sozialen Spaltung denken wir, dass dieses Konzept das bessere für das Clouth-Gelände in Nippes ist.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt frage ich nach weiteren Wortmeldungen in der ersten Runde. - Frau Laufenberg.

<**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte SPD, lieber Herr Pöttgen, ich bin ein bisschen überrascht, dass du gerade noch einmal dargestellt hast, hier sei ja nur die Überschrift der Beschlussvorlage wiederzufinden. Da muss ich ganz klar widersprechen. Das stimmt einfach nicht.

Meines Erachtens sagt euer Änderungsantrag auch sehr viel dazu aus, dass viele Teile in der Beschlussvorlage und auch in dem geänderten Beschluss aus dem JHA immer noch richtig sind. Die Spielewerkstatt ist vorgesehen. Eine Erhöhung der Mittel ist ebenfalls vorgesehen.

Ich finde es sehr traurig, dass es, wenn drei verschiedene Konzepte auf dem Tisch liegen, die beraten werden, wir alle sagen, dass es in allen Konzepten gute und negative Dinge gibt, und Politik sich für ein Konzept entscheidet, gerade von der SPD auch medial so dargestellt wird, als würde sich Jamaika hier gegen eine komplette Jugendeinrichtung stellen. Das ist faktisch einfach falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Der jfc - das haben meine Vorredner auch schon dargestellt - macht seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit hier in Köln. Wir haben im JHA und in kleinen Runden in Debatten darüber geredet, dass wir eine Medienspezifikation in Kinder- und Jugendbereichen haben möchten. Was macht der jfc? Er macht genau das. Da gibt es Jugendredaktionen für Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 25 Jahren, die dort Video, Radio, Kino und Webaktionen ausprobieren, erlernen und professionalisieren können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mehr Medienspezifikation kann ich gar nicht erwarten.

Sie beklagen jetzt das angeblich fehlende offene Jugendangebot, liebe SPD. Warum beklagen Sie das? Mit der Spielewerkstatt haben wir doch einen Träger gefunden, von dem selbstverständlich auch offene Jugendarbeit geleistet und geschaffen wird. Wir haben gesagt, dass zwei Tage natürlich in offener Form stattfinden.

Das heißt, dass wir jetzt ein Konzept für das Clouth-Gelände gefunden haben, das tragbar ist, das gut ist und das wirklich auch eine Ausstrahlung über Nippes hinaus haben kann. Das sollten wir hier anerkennen.

Lassen Sie mich auch noch einmal auf die Schleife mit der Bezirksvertretung eingehen. Wir waren in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses sehr überrascht darüber, dass Sie als Bezirksbürgermeister wohl morgens früh eine E-Mail geschrieben haben - nicht, weil Sie diese E-Mail geschrieben haben, und nicht, weil Sie sich wünschen, noch einmal zu debattieren, sondern, weil wir in den letzten fünf Monaten immer wieder darüber gesprochen haben. Dann hätte diese E-Mail doch früher kommen können.

Es ist richtig, dass Sie in Nippes einen einstimmigen Beschluss gefasst haben - diesen Beschluss akzeptieren wir auch - und wir erst danach in der Debatte Änderungen vorgenommen haben. Auch ich habe selbstverständlich mit unserem Bezirksvertreter bilateral darüber gesprochen. Er hat mir gesagt, dass er dieses Angebot gut findet und mittragen kann. Es ist für uns als Fraktion wichtig, dass wir uns immer rückkoppeln.

Wenn die Dezernentin gleich antworten wird - das hätte ich gerne vorher gehabt -, dass wir noch eine Schleife ziehen können - - Ich glaube, dass sie das nicht antworten wird. Das hoffe ich zumindest, Frau Dezernentin; denn Sie haben der Jamaika-Mehrheit in den letzten Monaten ganz klar dargestellt, dass wir dringend eine Entscheidung treffen müssen. Eigentlich sollte sie schon im November dieses Jahres getroffen werden. Das haben Sie uns ganz dringend ans Herz gelegt. Daraufhin haben wir uns alle in die Augen geschaut und gesagt: Wir sind definitiv im Dezember 2016 beschlussfähig und werden dem Investor dieses eindeutige Signal geben.

Deswegen gehe ich davon aus, dass auch heute gesagt wird: Wir können keine Schleife mehr

ziehen, sondern wir müssen heute Clouth beschließen.

Clouth ist etwas Gutes für Nippes, und zwar nicht nur für die Erwachsenen, sondern auch für Kinder und Jugendliche. Dieses Angebot werden wir schaffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass zum Abschluss der ersten Runde Frau Dr. Klein erst einmal Stellung nimmt. Danach gehen wir in die zweite Runde. Dazu liegen schon Wortmeldungen vor.

<**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht überraschen, dass ich als Fachdezernentin natürlich zur Fachvorlage stehe.

Frau Jahn, mir ist es auch wichtig, deutlich zu machen, dass die Ursprungsvorlage, die die Verwaltung präsentiert hat, fachlich gut aufgestellt war. Sie hat den Bedarf beschrieben. Sie hat einen Ort benannt. Sie hat die Finanzierung sichergestellt. Sie hat einen guten Träger gefunden - mit einem guten Konzept, das sich im Laufe der Zeit ja auch noch verbessert hat. Die Mehrheit entscheidet jetzt natürlich. Ich möchte nur, weil Sie es so geschildert haben, als sei das ein nicht fachlich fundierter Vorschlag gewesen, noch einmal deutlich machen: Wir halten ihn oder ich persönlich halte ihn für sehr fundiert.

Herr Kockerbeck, Ihre Frage, ob es unbotmäßig wäre, hier noch einmal eine weitere Schleife zu ziehen, ist sehr schwierig zu beantworten. Frau Laufenberg, in der Tat stammt die Ursprungsvorlage vom Juni dieses Jahres. Im Folgenden hat es sehr viele Gespräche gegeben - im politischen Raum und, und, und. Wir als Verwaltung haben immer gesagt: Wir halten den Investor hin.

Nun ist es ein Investor, der schon lange mit der Stadt Köln zusammenarbeitet. Er hat ein gewisses dickes Fell. Aber irgendwann wird er natürlich auch unruhig und fragt: Wie geht es jetzt hier weiter?

Deshalb haben wir in der Tat darauf gedrungen, dass jetzt entschieden wird. Sie müssen selbst entscheiden, ob Sie der BV noch einmal die Gelegenheit zur Beratung geben wollen. Ich kann Ihnen jetzt auch nicht sagen, wie sich der Investor verhält, wenn noch einmal geschoben wird. Möglicherweise müssen wir dann mit einer Dringlichkeitsentscheidung arbeiten. Das alles kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, weil ich auch nicht mit ihm telefoniert habe, um ihn zu fragen, wie das weiter aussieht. Da müssen Sie Ihre Entscheidung dann auch selbst entsprechend treffen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann gehen wir in die zweite Runde. Ich rufe zunächst Herrn Pöttgen auf.

<**Andreas Pöttgen** (CDU): Ich mache das vom Platz aus. - Frau Oberbürgermeisterin, ich habe mich gemeldet, als Frau Jahn sagte, man würde Fakten mit in die Debatte einbeziehen, die die Entwicklung in dieser Fragestellung möglich machen würden. Dann haben Sie eigentlich nur einen Fakt genannt, Frau Jahn, nämlich, dass Nippes auf Platz 18 sei. Nun waren Sie in den entsprechenden Runden nicht dabei. Die Verwaltung hat klargestellt, dass das ein Zwischenstand war.

Ich möchte die Frau Dezernentin auch bitten, das gleich noch einmal hier in der Runde zu sagen; denn ein Träger aus dem AK 80 sieht das anders.

Die Frage, wo Nippes in der Reihenfolge steht, ist auch beantwortet. Meines Wissens steht Nippes nämlich auf Platz 12. Sie sind jetzt die Nächsten, die dran sind, weil in allen anderen Stadtteilen vorher etwas gemacht wurde - natürlich nicht abschließend. Aber jetzt haben wir eine Fläche, wir haben Träger, und wir haben das Geld. Dann lasst uns doch bitte im nächsten Stadtteil etwas machen.

Außerdem haben Sie gesagt, das seien alles anerkannte freie Träger der Jugendhilfe. Das ist ein bisschen Augenwischerei. Das sind relativ viele Träger in dieser Stadt. Man kann nicht einfach so tun, als machten alle anerkannten freien Träger der Jugendhilfe dasselbe. Wie ich in meinem ersten Wortbeitrag gesagt habe, ist offene Kinder- und Jugendarbeit ein qualitativ anderer Ansatz als das Angebot der Spielewerkstatt. Die Spielewerkstatt macht ein Kursangebot, das wir sehr schätzen und gut finden. Christoph Horstkotte kennen wir auch lange. Aber das ist einfach etwas anderes. Und das spezielle Angebot einer offenen Kinder- und Jugendeinrichtung hat einen Selbstwert in einem erweiterten Bildungsver-

ständnis, was für alle Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt eine enorme Bedeutung hat, wenn man in dieser Stadt ankommen möchte.

Dann haben Sie auf unsere damalige Jugendhilfeplanung Bezug genommen. Da steht das Clouth-Gelände mit drin. Das haben Sie jetzt einfach unter den Tisch fallen lassen.

Noch ein Satz zu dir, Sylvia: Ich war entsetzt. Du hast nicht verstanden, was hier beschlossen werden soll. Denn das, was jetzt beschlossen wird, ist der Umzug des jfc - fertig. Du sagst: Es haben drei Konzepte auf dem Tisch gelegen; davon haben wir eins genommen. - Dem ist nicht so. Das vom jfc eingereichte Konzept, das in der Ausschreibung zwischendurch eingefordert wird, beschließt ihr heute nicht. Ihr beschließt einfach nur, dass der jfc für mehr Geld umzieht.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, mir liegt jetzt ein Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor. Herr Kockerbeck.

<**Heiner Kockerbeck** (DIE LINKE): Wir möchten beantragen, dass die Entscheidung heute zurückgestellt wird und die Bezirksvertretung Nippes die Möglichkeit erhält, auf ihrer nächsten Sitzung über dieses Thema zu beraten.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse direkt darüber abstimmen. Wer diesem Geschäftsordnungsantrag, das zu verweisen, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die Piraten und die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Dann ist er abgelehnt.

Als Nächster hat Herr Schößler das Wort.

<**Bezirksbürgermeister Bernd Schößler:** Herzlichen Dank für die Worterteilung. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskollegen! Das Schlimme ist, dass wir hier nicht inhaltlich diskutieren, sondern Verfahren diskutieren. Ich habe Ihnen eigentlich die Hand oder den Arm weit ausgestreckt, nämlich mit der Einladung: Beteiligen Sie doch bitte die Bezirksvertretung Nippes erneut an der Beschlussfassung; dann sind alle auf der sicheren Seite. - Es sind ja Argumente vorgetragen worden, die man der Bezirksvertretung Nippes durchaus vortragen könnte.

Was passiert stattdessen? Stattdessen werde ich persönlich von Ihnen angegangen. Sie sagen, ich sei als privater Bezirksbürgermeister hier. So etwas sieht die Gemeindeordnung dummerweise nicht vor. Ich vertrete hier einen einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung.

Sie und Frau Laufenberg berufen sich darauf - und Herr Dr. Schlieben auch ein bisschen -, Sie hätten unabhängig von dem einstimmigen Beschluss einer Bezirksvertretung mit einzelnen Vertretern gesprochen, und die sähen das mittlerweile ganz anders.

Übertragen Sie das doch einmal auf den Rat. Der Rat beschließt einstimmig, dass morgen dies, das und jenes gemacht wird. Danach sprechen Bezirksbürgermeister mit einzelnen Ratsmitgliedern und sagen: Nein, so haben wir das ja gar nicht gemeint; und außerdem sind wir jetzt schlauer geworden.

Gestehen Sie dieses Schlauer-Werden doch auch einer einfachen Bezirksvertretung zu. Sie tragen hier Argumente vor, die beinhalten, Sie seien auf der besseren Seite. Geben Sie doch auch der Bezirksvertretung Nippes im Rahmen einer wirklichen Zusammenarbeit von Rat, Bezirk und Ausschüssen die Möglichkeit, sich diese Stellungnahmen anzuhören. Dann ist sie vielleicht mit Ihrer Beschlussfassung zufrieden.

Ich habe mich extra aus der Diskussion um die Träger herausgehalten und gesagt, dass wir mit allen drei Trägern gute Erfahrungen gemacht haben.

Natürlich brauchen wir eine offene Kinder- und Jugendarbeit. Ob Sie diese beschlossen haben,

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben wir!)

möchte ich einmal dahinstellen. Ich habe sie im Beschluss nicht gefunden. Im Beschluss steht der Bau eines Hauses, aber kein inhaltliches Konzept. Das wird die Bezirksvertretung Nippes sicher anders sehen.

Ich möchte Sie aber bitten, in Zukunft von solchen Angriffen und Unterstellungen, es gebe private Bezirksbürgermeister, die hier ihre persönliche Meinung vertreten würden, abzusehen. Das ist einfach unterirdisch, Frau Jahn. Das gehört sich in diesem Hohen Hause in keinster Weise. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

<**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich darf dem Herrn Bezirksbürgermeister vielleicht einmal vorlesen, was wir im JHA beschlossen haben:

> Der Rat der Stadt Köln beschließt die Bezuschussung einer Personalstelle für die Erweiterung der Angebote der bildenden Kunst der Kölner Spielewerkstatt in Höhe von 65.500 Euro.
>
> Die Kölner Spielewerkstatt e. V. will mit ihrem Umzug in ihr 280 qm großes Kultur- und Begegnungszentrum in der Halle 17 auch an zwei Nachmittagen/Woche offene Kinder- und Jugendangebote auf dem Luftschiffplatz bzw. in den angrenzenden neuen Räumlichkeiten anbieten.

Damit ist völlig klar,

> (Bezirksbürgermeister Bernd Schößler: Lesen Sie bitte den nächsten Satz auch noch vor!)

dass auf dem Clouth-Gelände zwei Nachmittage pro Woche offene Kinder- und Jugendarbeit stattfindet.

Uns ist auch völlig klar: Wenn es mehr Bedarfe gibt, dann wird man das kommunizieren, und dann muss man neu nachdenken.

(Lachen bei der SPD)

So ist das auch hier. Und so arbeiten wir normalerweise immer. Wenn sich der Bedarf ändert, dann muss man auf geänderte Bedarfe reagieren. Das ist nicht lächerlich, sondern das ist normal.

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Bezirksbürgermeister Bernd Schößler: Aber im nächsten Satz steht, dass der Verein sich um die Finanzierung der Honorare und Sachmittel bemühen muss!)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe bisher niemandem das Wort erteilt und frage jetzt, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, DIE LINKE und die Piraten. Enthaltungen? - Enthaltungen von Herrn Wortmann und den Guten. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage - wie Jugendhilfeausschuss, Anlage 10 - abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Enthaltungen der LINKEN und der Piraten. Dann ist sie so beschlossen.

> (Andreas Pöttgen [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin, dürfen wir erfahren, wie Sie abgestimmt haben?)

- Ich habe mich enthalten.

> (Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Zu Ihrer eigenen Vorlage? Das ist interessant!)

- Ja. Bei der Diskussion, die Sie hier führen, muss ich wirklich sagen: Das ist sehr schwer nachzuvollziehen.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Sie haben die Vorlage unterschrieben!)

Ich bin zwar froh darüber, dass Herr Dr. Schlieben sehr gründlich erklärt hat, worum es geht. Aber das sind Diskussionen, die meines Erachtens in den Fachausschuss gehören.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt muss ich Sie leider damit belästigen, noch einmal die Tagesordnungspunkte 10.19 und 10.20 aufzurufen. Hier sollte abgestimmt werden wie im Finanzausschuss. Ich habe das aber nicht ausdrücklich gesagt. Ich bin davon ausgegangen, dass es wahrgenommen wird. Der Sicherheit halber möchte ich es aber noch einmal machen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
2040/2016

Wie Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - SPD und Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
2047/2016**

Wie Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - SPD und Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen - wie eben; aber jetzt haben wir es sicher in den Akten.

Tagesordnungspunkt

10.24 Seniorenkoordination im Stadtbezirk 3024/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Ich bitte, mit folgender Änderung darüber abzustimmen: Für die Beschlussfassung gibt es den Vorbehalt, dass alle Bezirksvertretungen zustimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das unter diesem Vorbehalt so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2015 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 3423/2016

Wortmeldungen? - Herr Kienitz.

<**Niklas Kienitz** (CDU): Nicht zum Tagesordnungspunkt 10.25. Ich möchte beantragen, die Sitzung für eine Viertelstunde zu unterbrechen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In diesem Moment? Oder um fünf vor sechs? Wäre das noch okay?

(Zurufe: Schweigeminute!)

<**Niklas Kienitz** (CDU): Der Hintergrund ist, dass es für den Tagesordnungspunkt 10.31 noch Abstimmungsbedarf zwischen den Fraktionen gibt. Wir versuchen da ja eine Einigung herbeizuführen. Diese ist aber während des Sitzungsbetriebs in der finalen Phase nicht herzustellen, glaube ich.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen gegen die Unterbrechung? - Die AfD und pro Köln stimmen dagegen.

Dann wird die Sitzung in diesem Moment unterbrochen. Wir treffen uns um 18.05 Uhr wieder.

(Unterbrechung von
17.39 bis 18.10 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde gerne wieder in die Ratssitzung eintreten und den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen. - Es gibt vorher einen Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Frank, bitte.

<**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Wir haben die Unterbrechung genutzt. Ziel war es ja, dass sich möglichst viele Fraktionen über den Tagesordnungspunkt „Mindeststandards bei der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten“ verständigen können. Dies ist jetzt gelungen, bedarf aber noch der Vorbereitung.

Deswegen möchte ich vorschlagen, den Tagesordnungspunkt 10.31 erst nach dem Tagesordnungspunkt 10.50 aufzurufen, um dadurch Zeit zu gewinnen - also 10.31 hinter 10.50.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.31 hinter 10.50. - Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann wird der Tagesordnungspunkt 10.31 erst nach dem Tagesordnungspunkt 10.50 aufgerufen. Ich hoffe, dass Sie dann nicht während der Sitzung alle laufen gehen, damit wir hier noch abstimmen können. - Okay.

Tagesordnungspunkt

10.25 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2015 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 3423/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.26 Konferenz interkulturelles Köln
2504/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.27 Erwerb von sechs Leichtbauhallen zur Flüchtlingsunterbringung auf dem Grundstück Hardtgenbuscher Kirchweg 104, 51107 Köln, zum 11.01.2017 gem. Totalübernehmervertrag vom 30.10.2015
416/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.28 Fortführung der Trägerschaft für die Regionalagentur Region Köln durch die Stadt Köln für den Zeitraum 01.01.-31.12.2018
3434/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.29 „Integrationsbudget“ - Verteilung der Finanzmittel in den Jahren 2016/2017
3686/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - pro Köln und AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.30 Verteilung der verbleibenden Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2016
3809/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - pro Köln und AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Behandlung von Tagesordnungspunkt 10.31 verschieben wir.

Tagesordnungspunkt

10.32 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ als Leitkonzept in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014-2020 und zur Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen
2899/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.33 2020: Köln l(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept
3068/20

Wortmeldungen? - Keine.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie AVR!)

Ich lasse abstimmen wie in der Fassung des AVR.

Gegenstimmen? - pro Köln und AfD.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Die mögen halt Köln nicht!)

Enthaltungen? - Keine. Dann ist das aber so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.34 Städtische Liegenschaft Maybachstr. 111 „Filmhaus Köln“, 50670 Köln
hier: Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten
3032/2016/1

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.35 Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“, Projekte des Mantelprojektes „Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung“ - Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung

3876/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.36 Einmaliger zweckgebundener Zuschuss von 85.000 Euro für außergewöhnliche Bauunterhaltungsmaßnahmen für den Vereinshaus Worringen e. V.
3944/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bei der Festlegung der Tagesordnung hatten wir beschlossen, den Tagesordnungspunkt 3.1.3 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 10.37 aufzurufen:

3.1.3 Antrag der Gruppe GUT betreffend „Bauwagenplatz ‚Wem gehört die Welt‘“
AN/2092/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2131/2016

10.37 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015

Änderungsantrag der Gruppe GUT
AN/2138/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2157/2016

Jetzt bitte ich zunächst um Wortmeldungen zu TOP 3.1.3. - Wir können es auch andersherum machen. Da habe ich die CDU auf der Rednerliste stehen. Wer möchte sprechen?

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich schlage vor, dass wir es nach Fraktionsstärke machen! Es gibt ja einen Änderungsantrag der Fraktion der SPD! - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja ein umfangreicher Änderungsantrag!)

- Ja. - Bitte.

<**Michael Frenzel** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn man in zwölf Jahren zurückblickt und Köln um 100 000 oder 200 000 Einwohner gewachsen ist, kann man sicher sagen: Eines der zentralen Themen dieser Ratsperiode war die Schaffung von neuem Wohnraum.

Dann werden wir an den Ergebnissen gemessen werden. Ich habe die Befürchtung, dass die Kölner 2029 nicht zufrieden sein werden. Wohnraum in Köln ist heute schon knapp. Das trifft Familien genauso wie Studenten und Alleinstehende.

Die SPD hat deshalb ihren Änderungsantrag eingebracht zur Vorlage der Verwaltung, mehr Bauland ausgewiesen, um Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen und die Lasten auf die Schultern aller Stadtbezirke zu legen.

Anfang 2013, also vor beinahe vier Jahren, haben wir die Verwaltung mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen beauftragt. Dieses sieht vor, dass wir uns verstärkt dem Geschosswohnungsbau zuwenden und in den Flächennutzungsplänen nach neuen Wohnbauflächen suchen.

Das hat die Verwaltung sehr ordentlich umgesetzt. Wir beraten jetzt über diese Vorlage. Ich finde es übrigens schön, dass sich darin auch Kreuzfeld findet, für dessen Entwicklung wir uns als SPD vor einem Jahr hier starkgemacht haben - ein neuer Stadtteil mit 3 000 Wohnungen.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])

Diesen Antrag hat Schwarz-Grün erst vom Rat in den Stadtentwicklungsausschuss geschoben, dann vom Stadtentwicklungsausschuss in die Bezirksvertretung geschoben und dann mit dem Hinweis auf das Stadtentwicklungskonzept Wohnen weitergeschoben.

Liebe Kollegen von den Grünen, Sie wollten das damals nicht beschließen. Das soll ja auch schon bei den Koalitionsverhandlungen ein Problem gewesen sein, wie ich damals der Presse entnommen habe. Ich freue mich darüber, dass Sie an diesem Punkt Einsicht gezeigt haben - wenn auch spät.

Das Problem ist: Wenn wir zu spät handeln, werden durch steigende Nachfrage und knappes Angebot Mieten und Baulandpreise explodieren. Die Ausweisung von neuem Bauland und ausreichendem Bauland ist deshalb auch eine soziale Frage.

Denn der Wohnungsbedarf bis zum Jahr 2029 - wenn man einmal genau nachrechnet, sieht man, dass das ja nur noch zwölf Jahre sind - beträgt 65 524 neue Wohnungen. Das sind 5 000

Wohnungen pro Jahr, die Politik und Verwaltung liefern müssen. Zum Vergleich: 2014 haben wir, wenn man die Abgänge mit einrechnet, gerade einmal 3 100 Wohnungen neu zur Verfügung gestellt - und darauf waren wir ja schon recht stolz.

Auch mit der heutigen Flächenerweiterung und einer äußerst optimistischen Annahme, was wir in Baulücken noch erreichen können, liegt der Wohnungsmangel im Jahr 2029 laut Berechnungen schon absehbar bei 17 000 Wohnungen.

Die Bezirksvertretungen - vielen Dank noch einmal dafür - haben bei den Beratungen der Vorlage viele Alternativen mit hineingenommen. Wir haben einiges davon auch noch einmal in unseren Änderungsantrag übernommen - unter anderem auch, dass zwei Flächen herausfallen, nämlich die Rennbahn-Bebauung und die Bebauung der Kleingärten an der Flora. Da sind wir dagegen. Aber die Bezirksvertretungen haben viele Alternativen aufgezeigt, die wir mit hineingenommen haben.

Anders hingegen CDU und Grüne: Sie streichen jetzt aus der Vorlage der Oberbürgermeisterin noch einmal 2 000 Wohnungen heraus. Oder anders gesagt: 2029 werden dann eben 19 000 Familien oder Alleinstehende keine Wohnung in Köln finden, weil wir eine entsprechende Wohnungsnot haben.

Wir kennen ja schon die sozial unausgewogene Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte. Das findet sich auch in der jetzigen Vorlage nach dem Änderungsantrag von CDU und Grünen wieder. Ich will nur ein paar Zahlen nennen, die ich einmal aus dem vorliegenden Vorschlag zum STEK Wohnen herausgesucht habe: Innenstadt über 4 000 Wohnungen, Rodenkirchen 3 000, Ehrenfeld 500, Nippes rund 1 000, Chorweiler 4 000, Porz 700, Kalk 1 500, Mülheim 2 500.

Da fehlt jetzt Lindenthal. Die Zahl kann ich Ihnen nennen. Es sind 15 Wohnungen, die nach Meinung der Kollegen von Schwarz-Grün für Lindenthal in den nächsten Jahren bis zum Jahr 2029 zumutbar sind.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann können wir ja statt des FC dort Wohnungen machen! - Weitere Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt werden Sie sagen, Lindenthal habe schon in den vergangenen Jahren viel geleistet. Das haben wir alles schon gehört. Das ist ja auch richtig. Ich möchte aber auch sagen: Lindenthal liegt mit 20 Prozent Erholungsflächenanteil an der Spitze aller Stadtbezirke und hat ungefähr doppelt so viel Erholungsfläche wie die drei rechtsrheinischen Stadtbezirke oder Chorweiler - -

(Zuruf von Teresa De Bellis-Olinger [CDU])

Und Lindenthal - das vielleicht noch zur Ergänzung, Frau De Bellis-Olinger - liegt im Mittelfeld, was die Einwohnerdichte angeht. Lindenthal liegt also nicht ganz vorne, sondern auf Platz 4. Insofern meine ich doch, dass da auf jeden Fall mehr möglich ist als 15 Wohnungen bis zum Jahr 2029.

(Beifall bei der SPD)

Sehr verehrte Kollegen, aus diesem Grund bitte ich um Verständnis dafür, dass wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen können, wenn er sich durchsetzen sollte.

Ich habe aber auch großes Verständnis für die Kollegen von der FDP, die nun sagen, der Spatz in der Hand sei ihnen lieber als die von Schwarz-Grün aufs Dach gejagte Taube.

Den Änderungsantrag der Gruppe GUT werden wir ebenfalls ablehnen. Er ist ja von der Flächenbilanz her noch etwas negativer als der schwarz-grüne bzw. Jamaika-Antrag.

Die SPD sieht aber auch den Bedarf an alternativen Wohnformen in der Stadt wie am Bauwagenplatz. Wir haben deshalb auch einen entsprechenden Änderungsantrag dazu eingebracht, um dem ebenfalls gerecht zu werden, aber auch, um aufzuzeigen, dass wir es für sinnvoll halten, diese Fläche möglichst bald dem Wohnungsbau zuzuführen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht für die CDU zu sprechen? - Herr Kienitz.

<**Niklas Kienitz** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Frenzel, ich möchte einleitend einmal feststellen: Jetzt führen wir hier im Rat wieder eine Fachdebatte, die wir schon in zwei Runden im Stadtentwicklungsausschuss geführt haben, wo wir uns sicherlich auch über die eine oder andere Einzelheit auseinandergesetzt haben. Wir kön-

nen die Fachdebatte hier gerne führen. Aber hauptsächlich führen Sie ja eine politische Debatte.

(Jörg van Geffen [SPD]: Eine politische Debatte?)

- Herr van Geffen, wir führen hier eine politische Debatte, weil Sie die Hand ausgeschlagen haben, die wir Ihnen in vielen Gesprächen zu reichen versucht haben, um einen Bogen zu schlagen. Sie machen eine „Bauen, Bauen, Bauen“-Politik mit in Beton gegossener Stadtentwicklung, die sich überhaupt nicht daran orientiert, was hier in dieser Stadt nötig ist. Sie sind eindimensional unterwegs, indem Sie im Grunde genommen Ihre Pläne abhaken und sagen: Wir brauchen soundso viele Tausend Wohneinheiten, und das erreichen wir mit den und den Flächen; Haken dran.

Wir hingegen gehen weiter, weil wir diese Stadt mehrdimensional entwickeln müssen. Sie blenden völlig aus, dass Infrastruktur nötig ist, um neue Stadtgebiete zu erschließen. Sie blenden völlig aus, dass es darauf ankommt, in einer Stadt zu wohnen, die Aufenthaltsqualität hat, die Freiräume hat und die darauf reagiert, wie sich unser Klima demnächst entwickelt. Darauf gehen Sie gar nicht ein, weil Sie nur alles in Beton gießen und Ihren Plan abhaken wollen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ausgangslage ist doch klar. In dieser Stadt gibt es Wachstum. Das macht unsere Stadt spannend. Die Leute wollen ja hierher kommen. Aber sie wollen sicherlich nicht hierher kommen, wenn sie gar nicht wissen, wie sie ihr neues Quartier erreichen können, wenn sie gar nicht wissen, ob sie ihre Kinder dort in die Kindertagesstätte bringen können, wenn sie gar nicht wissen, ob ihre Kinder dann auf die Grundschule und die weiterführende Schule gehen können.

Diese integrative Stadtentwicklung haben Sie gerade in Ihrem Wortbeitrag völlig ausgeblendet, weil Sie sich, wie gesagt, hier immer nur an Zahlen abarbeiten.

Es geht um Infrastruktur. Es geht um Innenverdichtung, ja. Es geht aber auch darum, dass wir mit den Bezirksvertretungen als denjenigen, die vor Ort die Kompetenz haben - das haben Sie ja erwähnt, Herr Frenzel -, zusammenarbeiten und unsere Stadt weiterentwickeln. Da waren die Hinweise der Bezirksvertretungen sehr hilfreich. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Was Sie ebenfalls vergessen haben, ist die regionale Dimension. Wir reden zwar heute über Wohneinheiten, die wir ausweisen wollen, über Wohneinheiten, die wir schaffen wollen. Es geht aber auch um eine regionale Dimension. Sie haben völlig ausgeblendet, dass wir hier auch die Hand in die Region reichen müssen, weil wir dieses Wachstum alleine überhaupt nicht stemmen können. Wir können dieses Wachstum nicht ohne die Region managen. Das gilt im Übrigen auch für das Thema Gewerbeflächen.

Sie stellen es so dar, als ob wir heute hier auf einen Knopf drücken könnten und dann am nächsten Tag 15 000 Wohneinheiten in Köln stehen hätten. Das ist doch nicht der Fall. Wir entwickeln diese Stadt ja stufenweise bzw. müssen da noch in langjährige B-Plan-Verfahren einsteigen. So einfach, wie Sie das hier darstellen, ist es eben nicht.

In der Tat hat der Stadtbezirk Lindenthal in der letzten Zeit ein Viertel des Wachstums dieser Stadt stemmen müssen. Wir machen hier ja auch, was Lindenthal betrifft, ein gestuftes Verfahren.

Und tun Sie einmal nicht so, als ob Sie mit den paar Hundert Einheiten - das sind ja nur 150 oder 250 Einheiten -, die im Grünzug West liegen, das Wachstum dieser Stadt retten würden, Herr Frenzel. Das ist auch ein bisschen zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade der Stadtbezirk Lindenthal hat eine Erholungspause verdient. Wir gehen ja mit 70 Hektar Fläche in die Zeit der Beratung - -

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Aber wann?)

- Wir gehen mit 70 Hektar in die Beratung über den Regionalplan. Dann haben wir die Perspektive, Mitte/Ende der 2020er-Jahre mit dieser Fläche hier hineinzukommen. Ich halte das auch für ein großes Angebot des Stadtbezirks Lindenthal, das man ja nicht ausschlagen sollte.

(Zurufe von der LINKEN - Gegenrufe von der CDU)

- Das Kooperative Baulandmodell greift auch in Lindenthal, Jörg Detjen. Das solltest du auch wissen. Das ist ja völlig klar.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ja, 1 Prozent! - Gegenruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, 30 Prozent!)

Ein Element unseres Änderungsantrags ist - das habe ich gerade schon gesagt - das Mitnehmen der Akteure vor Ort. Wir haben breite Beteiligungsverfahren vorgeschlagen. Wir schlagen Machbarkeitsstudien vor.

Sie gehen in Ihrem Änderungsantrag zu Kreuzfeld so weit, dass Sie jetzt schon anfangen, den Trinkbrunnen mit zu planen. So kleinteilig sind wir nicht unterwegs.

Im Übrigen ist unser Ansatz nicht, den Leuten vorzuschreiben, wie ihr Viertel auszusehen hat. Unser Ansatz ist, mit den Leuten zusammen zu erarbeiten, wie sich Köln entwickeln soll und wie ihre Quartiere sein sollen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn hat das Wort.

<**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den Vorlagen und Anträgen, die wir heute in dieser Ratssitzung beschließen, ist das eine der wichtigsten, glaube ich. Diese Vorlage wabert seit März 2015 in unterschiedlichen Gremien und ist durch alle Bezirksvertretungen gegangen.

Ich finde es etwas schade und erstaunlich - man könnte fast schon von einer Missachtung des Rates sprechen -, dass wir während dieser Sitzung noch einen Änderungsantrag der SPD bekommen haben, den ich, obwohl ich tief in dem Thema drin bin, kaum durchlesen konnte, weil er sehr kleinteilig ist. Er verlässt auch den Konsens, den wir lange zu erzielen versucht haben. Das bedaure ich sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die wachsende Stadt gestalten - das ist der Leitbegriff, unter dem diese Vorlage und die Änderungsanträge stehen. Wir haben den Vorteil, dass wir eine wachsende Stadt gestalten können. Das Gegenteil wäre nämlich, eine schrumpfende Stadt beleben zu müssen. In anderen Teilen des Landes sehen wir, wie schwierig das ist.

Köln ist eine lebendige, eine junge Stadt. Das wollen wir auch in Zukunft so halten. Die Prognosen stehen auf Wachstum. Danach wird es bis 2019 einen Bedarf von 30 000 zusätzlichen Wohnungen geben; bis 2029 werden wir noch einmal weitere 36 000 Wohnungen brauchen.

Ob sich diese Zahlen bewahrheiten werden oder ob wir sie nach oben oder nach unten korrigieren müssen, wissen wir heute nicht. Das ist Kugelleserei.

Aber wir alle haben die Verantwortung und das entsprechende Verantwortungsbewusstsein. Wir wissen, dass wir ganz viele Maßnahmen ergreifen müssen.

Sie sind alle in dem STEK Wohnen enthalten, das wir 2014 beschlossen haben, um dem Bedarf, den wir jetzt schon kennen, für diese Stadt nachzukommen; denn dem Bedarf zu entsprechen bedeutet auch, eine gemischte, eine lebendige, eine junge Stadt zu erhalten.

Den heutigen Beschluss habe ich im Stadtentwicklungsausschuss als historischen Beschluss bezeichnet, weil wir knapp 100 Flächen beschließen werden. Das bedeutet, dass die Verwaltung an 100 Flächen Hand anlegen kann. Dort können wir weiterplanen; dort können wir mit den Eigentümern in Verhandlungen treten; dort können wir Entwicklungshorizonte aufzeigen. Das bedeutet natürlich nicht, dass nächste Woche der Bagger rollt und wir die Wohnungen direkt bauen können, geschweige denn beziehen können.

Dieser Beschluss, den wir heute fassen, hat für die nächsten mindestens 20 Jahre eine Bedeutung. Deswegen war es das erklärte Ziel aller stadtentwicklungspolitischen Sprecher - ich möchte mich bei Niklas Kienitz, Michael Frenzel, Michael Weisenstein und Ralph Sterck dafür bedanken, dass wir das in vielen Gesprächen auch versucht haben -, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Schließlich gehört eine solche Beschlussvorlage, in der es um knapp 100 Flächen geht, zu einer der größten Herausforderung dieser Stadt. Wir wollten das als gemeinsames Ziel definieren und alle demokratischen Parteien dabei mitnehmen.

Dieses Ziel haben wir lange Zeit nicht aufgegeben. Zum Schluss haben wir es nicht geschafft. Das ist bedauerlich. Ich denke aber, dass die Entwicklung dieser Flächen trotzdem weiterhin gemeinsames Ziel aller Demokraten sein sollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

An der geografischen Sozialneiddebatte, die Michael Frenzel eben zu Lindenthal aufgemacht hat, spalten sich die Demokraten. Ich finde das sehr schade; denn es wurde vergessen, dass in Lindenthal 70 Hektar zur Verfügung gestellt werden. Der Dezernent, Herr Höing, hat auch noch einmal ausdrücklich gesagt, dass wir es aufgrund der Flächen, die wir jetzt zur Entwicklung in die Pipeline geben, gar nicht schaffen, in den nächsten paar Jahren auch noch diese 70 Hektar in Lindenthal wachzuküssen, sondern dass das seine Zeit dauern wird. Wir müssen da ein wenig abschichten, auch zeitlich abschichten. Das heißt: Wir können Lindenthal entwickeln.

In den letzten Jahren hat Lindenthal 25 Prozent des Kölner Wohnungsbaus getragen. Es ist ein relativ kleiner Stadtteil, es ist ein dicht bebauter Stadtteil, und es ist ein Stadtteil, der schon seinen Anteil zum Kölner Wohnungsbau geleistet hat und auch weiterhin leisten wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Was wir allerdings ablehnen, sind die Bebauung des Grünzugs West, die Bebauung des Inneren Grüngürtels und die Bebauung der Flächen an der Rennbahn.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Wahrheit einer wachsenden Stadt gehört nämlich auch, eine Balance zwischen bebautem Raum und Freiraum zu erhalten. Diese Balance ist unheimlich wichtig und darf nicht aufgegeben werden.

Mit dem im Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Änderungsantrag halten wir diese Balance zwischen Freiräumen und bebauten Flächen aufrecht. Dazu gehören die von mir eben genannten Flächen, die für das Klima und auch für die Freiraumentwicklung dieser Stadt extrem wichtig sind.

Ich möchte aber auch noch einmal auf den Antrag von Herrn Zimmermann eingehen. Natürlich sind wir für alternative Lebensformen. Wir sind für Menschen, die in Bauwagengruppen leben. Wir sind für Menschen, die in Mehrgenerationenhäusern leben. Wir sind auch dafür, dass Menschen sich in Wohngruppen zusammentun. Das ist ja alles kein Problem. Dafür wollen wir auch etwas tun.

Wir müssen diesen Menschen aber auch die Möglichkeit geben, eine alternative Fläche für sich und ihre alternative Wohnform zu akzeptieren. Das heißt natürlich: Zuerst wird mit den Bauwäglerinnen und -wäglern gesprochen und mit ihnen gemeinsam etwas gefunden, und danach wird gebaut - und nicht in der Reihenfolge, dass sozusagen mit dem Bagger ein gemeinsamer Weg gefunden wird. Das haben wir wahrlich nicht vor.

(Zuruf von der Zuschauertribüne: Nichts ist passiert! Es wird nicht mit uns geredet! Es passiert überhaupt nichts!)

- Wir haben ja auch noch nichts beschlossen, meine Herren da oben. Insofern: Eins nach dem anderen!

(Zurufe von der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte, die Zwischenrufe von der Tribüne zu unterlassen. Sie sind nicht gestattet.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Auf einen weiteren Punkt werden wir auch noch einmal ein Augenmerk legen. Wir werden heute nämlich den Mut haben, ein neues Stadtquartier in Angriff zu nehmen. Das könnte in Kreuzfeld sein. Da werden wir jetzt alle Analysen und sozialräumlichen Bewertungen in Angriff nehmen.

Mit dem Stadtentwicklungsausschuss haben wir uns einige gemischte Quartiere und einige neue Stadtquartiere in anderen Städten angeschaut. Meistens waren wir begeistert davon. Alle diese Quartiere haben sich im Übrigen durch verschiedene Funktionen ausgezeichnet - gemischtes Wohnen, Arbeiten, Bildung, Kultur und Einkaufen -, und zwar gepaart mit einem guten ÖPNV-Anschluss.

Wenn wir Kreuzfeld entwickeln, müssen wir dort auch ein Quartier entwickeln, das sowohl viele verschiedene Funktionen als auch einen guten ÖPNV-Anschluss hat. Dieses Quartier muss sich dann in eine umliegende Stadt einfügen.

Insofern ist das, was die SPD heute vorschlägt - nämlich einfach loszulegen und zu bauen, ohne sich das Umfeld anzuschauen -, der falsche Weg; denn wir müssen zuerst schauen, welche Strukturen da vorhanden sind, wie man auch Blumenberg aufwerten kann und wie man aus der bestehenden Struktur in diesem Stadtgebiet oder am Stadtrand etwas Neues entwickeln

kann. Schließlich wollen wir die Fehler der 70er- und 80er-Jahre dort nicht mehr machen.

In den zahlreichen Gesprächen, die wir mit unseren Bezirksvertretungen geführt haben, haben viele gesagt - das war auch interessant -: Wir haben gar nichts gegen Wohnen; aber wir brauchen einen besseren ÖPNV.

Der ÖPNV ist das Nadelöhr dieser Stadt. Wir müssen in eine Gleichzeitigkeit zwischen Wohnungsbau und ÖPNV-Bau kommen; denn beides ist für diese Stadt wichtig, und wir werden beides nur gemeinsam hinbekommen.

Das Gleiche gilt für die sozialen Infrastrukturen. Auch da müssen wir weiter planen und auch Kitas bauen.

In der Vorlage waren Kitas aufgeführt. Bei den Kitas ist mir aufgefallen, dass wir immer noch in der Denke „eine Fläche, eine Funktion“ sind. Aber über Kitas kann man auch zum Beispiel wohnen.

Dort, wo es möglich ist, eine kompakte Stadt zu bauen, müssen wir auch eine kompakte Stadt bauen. Denn die Logik „eine Fläche, eine Funktion“ funktioniert in Köln nicht mehr. Sie funktioniert in keiner wachsenden Stadt mehr.

Das Gleiche gilt für den Einzelhandel. Das Gleiche gilt für die Schulen.

Ja, wir werden in Köln enger. Es wird die Balance zwischen Enge und Weite zu halten sein. Das ist auch gut so.

Mit allen Demokraten zusammen möchte ich weiter daran arbeiten, dass diese Stadt gestaltet wird, und zwar in ihrem Wachstum.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Weisenstein das Wort.

<**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen dringend viele preiswerte Wohnungen in Köln. Wir dürfen aber nicht zuerst Wohnungen vernichten, um danach an der gleichen Stelle neue Wohnungen zu schaffen.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Daher haben wir, DIE LINKE, das Stadtentwicklungskonzept Wohnen sehr konstruktiv begleitet und bei fast jeder Fläche dafür plädiert, dass sie drinbleiben muss, damit preisgünstiger Wohnraum entstehen kann.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Für uns gibt es bei dieser Vorlage zwei Ausnahmen - einmal die Kolbhalle in Ehrenfeld und einmal den Bauwagenplatz am Krefelder Wall -,

(Beifall bei der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

weil da heute Leute leben und es widersinnig ist, zuerst Wohnraum zu zerstören, um anschließend wieder Wohnraum zu bauen.

(Beifall bei der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Köln viele preiswerte Wohnungen. Das ist völlig klar. Wir brauchen aber auch die Möglichkeit, dass wir alternative Projekte, wo Leute nicht „nur“ - in Anführungszeichen - wohnen, sondern auch Kultur schaffen oder arbeiten, an einem zentralen Punkt dieser Großstadt haben können. Das muss in einer Großstadt drin sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich jetzt aber zu der großen Masse der Flächen kommen. Das Jamaika-Bündnis hat aus den vorgesehenen Flächen viel zu viele herausgenommen.

Die Kollegen haben es teilweise schon gesagt, und ich will jetzt auch das Lindenthal-Bashing nicht auf die Spitze treiben; aber es ist schon sehr merkwürdig, dass in Lindenthal zunächst lediglich 15 Wohnungen gebaut werden sollen und vielleicht nach 2030, wenn der Regionalplan tatsächlich geändert ist, was überhaupt nicht in unserer Macht liegt, dann auf 70 Hektar Wohnungen gebaut werden sollen.

Es ist wirklich unglaublich frech, jetzt zu vermelden, das sei ein Beitrag für die Wohnungspolitik in Köln. Das ist Sankt Florian in Lindenthal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier ist aber nicht nur Lindenthal zu nennen. Meiner Meinung nach sind auch Flächen herausgenommen worden, obwohl das überhaupt nicht nötig wäre, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Man hat Flächen an der Rennbahn in

Weidenpesch und in Nippes zur Arrondierung des Grüngürtels herausgenommen.

Ich weiß; das ist ein unbeliebtes Thema. Aber an dieser Stelle tun wir der Verwaltung völlig unrecht, wenn wir sagen, sie wolle da alles zubauen und mache da alles schlechter. In Wirklichkeit müssen Sie sich die Situation einmal anschauen. Im Bebauungsplanverfahren hätten wir noch reichlich Luft, um die Arrondierung des Inneren Grüngürtels so zu gestalten, dass wir viel öffentliches Grün für die Bevölkerung schaffen.

Das Gleiche gilt im Prinzip auch für die Rennbahn an der Niehler Straße, die heute genauso verrammelt ist wie die Kleingärten an der Inneren Kanalstraße.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Im Bebauungsplanverfahren gäbe es Möglichkeiten, das vernünftig zu gestalten. Da vertun wir uns einfach eine Chance. Das ist nicht nötig. Da hat die Verwaltung gut vorgearbeitet. Ich hätte gerne mit der Verwaltung darüber diskutiert, wie man das gut machen kann.

Eine Sache muss ich schon noch ansprechen; denn das hat mir wirklich im Herzen wehgetan, Herr Sterck. Seit Jahren fahren - das hört sich jetzt ein bisschen absurd an - DIE LINKE und die FDP hier doch eine Linie, indem wir sagen, dass wir viel Wohnraum schaffen müssen. Wir von der LINKEN sagen natürlich, dass das viel preiswerter Wohnraum sein muss. Aber Sie sagen auch, dass man sich alle Flächen vernünftig anschauen muss und dann sagen muss: Das und das und das machen wir. - Hier tragen Sie ohne Not mit, dass gestrichen wird und gestrichen wird und gestrichen wird. Darauf muss ich noch einmal hinweisen. Das hat mich bei dieser ganzen Auseinandersetzung doch sehr enttäuscht.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt noch einige Sätze zu dem Bauen in Zukunft überhaupt sagen. Wir haben uns im Zuge dieser Diskussion um die Flächenentwicklung in Köln mit sehr vielen verschiedenen Experten unterhalten. Alle Experten, ob sie nun vom Umweltbundesamt oder vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung sind, haben gesagt: Liebe Leute, ihr müsst dicht bauen; ihr müsst viel bauen; ihr müsst hoch bauen. Aber ihr dürft keine Einfamilienhäuser bauen. Denn das ist das Gift, das uns das bundesweite 30-Hektar-Ziel zerschlägt. Dann werden wir es nämlich nicht erreichen, dass täglich nicht mehr als 30 Hektar Land bundesweit versiegelt werden.

Liebe CDU, deswegen möchte ich Sie bitten: Hören Sie mit Ihrer Einfamilienhaus-Politik auf. Das bringt uns ökologisch und sozial überhaupt nicht voran.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Insgesamt müssen wir - damit will ich dann auch fast schließen, aber eben auch nur fast - bei jeder Bebauung, die wir uns anschauen, bestimmte Kriterien anlegen. Wir müssen uns bei jedem einzelnen Bebauungsplan verschiedene Fragen stellen. Diese Fragen lauten:

Erstens. Wie dicht können wir bauen?

Zweitens. Wie viel öffentliches Grün können wir den Menschen angedeihen lassen?

Drittens. Was ist zu tun, damit in den Wohnungen, die wir bauen, tatsächlich auch die Leute wohnen können, die in Köln von mittleren und kleinen Einkommen leben?

Das sind die drei zentralen Fragen, die wir uns bei jeder Bebauung stellen müssen.

Jetzt bin ich fast am Ende meines Redebeitrags. Gestatten Sie mir aber noch eine Anmerkung zur SPD. Diese Änderungsanträge der SPD - da hat Frau Jahn nicht ganz unrecht - sind jetzt für den Rat relativ schwierig und relativ kleinteilig. Nichtsdestotrotz: Die Ratssitzung läuft ja schon lange. Da kann man das eine oder andere durchgehen und sich überlegen.

Deswegen möchte ich darum bitten, bei dem Änderungsantrag der SPD zu TOP 10.37 über den Punkt IV getrennt abzustimmen. Ich will jetzt nicht über jeden Punkt einzeln abstimmen; dann säßen wir übermorgen noch hier. Ich würde nur gerne den Punkt IV - da geht es nämlich noch einmal darum, sich anzugucken, was im Stadtbezirk Nippes tatsächlich möglich ist und was nötig ist - herausnehmen. Ansonsten würden wir dem Antrag der SPD so zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Weisenstein.

Bevor ich Herrn Sterck aufrufe, habe ich Ihnen mitzuteilen, dass der Hauptbahnhof sowie die

Haltestellen Dom/Hbf und Breslauer Platz/Hbf aufgrund einer Bombendrohung gesperrt sind und bereits geräumt sind. Die Polizei hat jetzt Kräfte herausgeschickt, um das Areal zu durchsuchen. Das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, weil ich nicht weiß, wie konzentriert Sie der Sitzung folgen und ob Sie trotzdem hin und wieder auf den Ticker gucken. Ich denke, dass Sie das wissen müssen.

Ich bitte jetzt Herrn Sterck um seinen Wortbeitrag.

<**Ralph Sterck** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank dafür, dass Sie uns vor meinem Redebeitrag noch einmal ein bisschen geerdet haben, Frau Oberbürgermeisterin. Damit haben wir noch einmal vor Augen, was die wirklich wichtigen Themen in diesem Land sind. Aber - das haben Sie am Anfang der Sitzung auch gesagt - wir haben hier auch unseren Part zu erfüllen.

Auf meinem Tisch liegt ein dicker gelber Ordner. Darin ist alles abgeheftet, was zu dieser Wohnungsbauvorlage gehört, was wir in den letzten Monaten beraten haben. Sie hat eine lange Vorgeschichte. Eigentlich war die Vorlage ja schon einmal vor der OB-Wahl fertig. Dann ist sie - vielleicht auch mit Recht - etwas zurückgehalten worden, um dieses Thema nicht im Wahlkampf zu zerreden. Im März dieses Jahres ist sie dann entsprechend eingebracht worden.

Es war richtig, sie dann auch in die Bezirke zu geben, was ja ursprünglich gar nicht vorgesehen war, und den Bezirken aufzugeben, dass sie Deckungsvorschläge machen müssen, damit wir nicht ein reines Streichkonzert haben. Es ist natürlich immer leicht, zu sagen: Das wollen wir nicht, und das wollen wir nicht. - Deshalb haben wir den Bezirken gesagt: Ihr müsst Deckungsvorschläge machen.

Das hat hervorragend geklappt. Es sind viele neue Dinge gekommen, zum Beispiel auch der eben schon einmal angesprochene Vorschlag der Erweiterung Lövenich-West, wo mittel- bis langfristig 70 Hektar neu erschlossen werden können.

Lieber Michael Frenzel, daher passt euer Vorwurf auch nicht. Natürlich ist klar, welche Strategie die SPD fährt. Das war selten klarer als heute in dieser Sitzung. Es wird nämlich ein Haar in der Suppe gesucht. Dieses Haar heißt jetzt Lindenthal, weil dort eine angebliche Unausgewogenheit herbeizitiert wird - die es aber nicht gibt, weil kein anderer Bezirk so viele Vorschläge für so viel Wohnungsbau gemacht hat wie Lindenthal. Hier werden 70 Hektar - das ist fast so viel wie Widdersdorf-Süd - erschlossen.

Daher muss ich sagen, dass ich von der Haltung der SPD enttäuscht bin. Kirsten Jahn hat ja dargestellt, dass wir versucht haben, gerade bei solchen Projekten, die über viele Ratsperioden und wahrscheinlich über viele Koalitionen in diesem Rat hinweg laufen, alle mitzunehmen. Dass sich die SPD dann mit diesem vorgeschobenen Vorwand aus dem Staub macht, finde ich sehr enttäuschend.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das hast du unter vier Augen aber anders gesagt, Herr Kollege!)

Ich bin froh, dass es dieses Streichkonzert nicht gegeben hat, sondern dass wir es wirklich geschafft haben, hier einen kraftvollen Vorschlag für 100 zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau zu machen.

Ja, Michael Weisenstein, man kann sich immer noch ein bisschen mehr vorstellen. Aber uns war es sehr wichtig, hier gemeinsam vorzugehen, um zu vermeiden, dass nach der nächsten Kommunalwahl die Flächen wieder aussortiert werden. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, in dieses Bündnis hineinzugehen.

Für uns Freie Demokraten war es wichtig, dass wir hier drei Ziele erfüllt bekommen, die für uns auch die zentralen Punkte in dem Änderungsantrag sind.

Das Erste ist das Baulückenprogramm. Von uns ist 2014 beantragt worden - das ist hier leider abgelehnt worden -, dass wir dieses Potenzial - die Verwaltung spricht von 15 000 Wohnungen, die in Baulücken in Köln noch errichtet werden können - ausschöpfen.

Das Zweite ist die Erschließung der Flächen, die der Masterplan vorschlägt, zum Beispiel der Bahnbrache hinter dem MediaPark.

Michael Weisenstein, dazu gehört auch die Fläche des Bauwagenplatzes an der Inneren Kanalstraße. Und da habe ich Ihre Argumentation nicht ganz verstanden. Es geht ja um Nachverdichtung. Sie sitzen doch im GAG-Aufsichtsrat. Die GAG hat halbe Stadtteile abgerissen und neu gebaut, weil das zu einer höheren Qualität und zu einer höheren Ausnutzung der Flächen führt. In Ostheim, in Vingst, in Kalk sind ganze Sied-

lungen abgerissen worden, und zwar mit Ihrer Stimme, Herr Weisenstein.

(Beifall bei der FDP)

Sie persönlich haben dafürgestimmt. Und jetzt sagen Sie: Wir können einige, die heute dort angesiedelt sind, nicht umsiedeln, weil sie schon da wohnen. - Das ist eine Argumentation, die ich nun wirklich überhaupt nicht nachvollziehen kann.

Das Dritte ist Kreuzfeld. Wir haben den Mut, hier einen neuen Stadtteil im Kölner Norden zu erschließen.

(Beifall bei der FDP und von Michael Frenzel [SPD])

Da muss ich Ihnen auch widersprechen, Herr Weisenstein. Vor Ihrer Wohnungsbaupolitik haben die Leute im Kölner Norden Angst. Wir haben im Kölner Norden ja schlechte Beispiele, die wir nicht wiederholen wollen. Natürlich müssen wir in einem Stadtteil wie Kreuzfeld eine Mischung aus Geschosswohnungsbau und Einfamilienhausbau hinbekommen; denn sonst funktioniert es da nicht. Das müssen wir mischen.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Ralph Elster [CDU])

Deswegen müssen wir in Köln auch Einfamilienhäuser bauen, um gewisse Einkommensgruppen hier zu halten.

Insgesamt muss ich sagen, dass die Krokodilstränen der SPD nicht berechtigt sind, Frau Oberbürgermeisterin. Lieber Michael Frenzel, Baulückenprogramm, MediaPark, Kreuzfeld - bei allem hat die SPD 2013/2014 dagegengestimmt. Dass Sie sich jetzt hier als Retter des Wohnungsbaus aufspielen, tut mir dann doch ein bisschen weh.

Es liegt viel Arbeit vor uns - lieber Herr Höing, vor Ihnen und Ihrem Team, vor dem Stadtentwicklungsausschuss, vor den Bezirken und vor den politischen Vertretern hier. Ich freue mich aber auf diese Arbeit der kommenden Jahre; denn eine wachsende Stadt zu haben und das Wachstum einer Stadt gestalten zu können, ist wirklich ein Luxusproblem, das wir hier in Köln haben. Viele andere Städte würden sich die Finger danach lecken. Wir können hier die wachsende Stadt Köln gestalten und dabei einige Sachen, die in der Vergangenheit vielleicht nicht optimal gelaufen sind, anders machen. Darauf freue ich mich, Herr Höing - mit Ihnen, mit der Verwaltung und mit den Kollegen im Stadtentwicklungsausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Beckamp das Wort.

<**Roger Beckamp** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, ich kann es kurz vom Platz aus machen. - Ich möchte nur in das Tremolo von Herrn Sterck einstimmen. Das unterstützen wir voll und ganz.

Mit Blick auf die Krefelder Straße möchten wir zu bedenken geben, dass diejenigen, die dort eine Ausnahme machen möchten - also Linke, SPD und Gute Wählergruppe, glaube ich -, sich einmal vor Augen halten sollten, wer dann vielleicht nicht die bezahlbare Wohnung bekommt - nämlich die Bäckereiverkäuferin, die Alleinerziehende und viele andere, die eben keinen Zugang zu billigem Wohnraum haben. Dass gerade Leute, die einfach irgendwelche Flächen besetzen, dann aus irgendwelchen sozialromantischen Gesichtspunkten bevorzugt werden, halten wir für fatal. Genau das ist ein Problem, Herr Weisenstein, wenn Sie so etwas noch befördern wollen. Insofern halte ich es mit der FDP aus der Vorrede von Frau Laufenberg: Irgendwann ist es auch einmal gut. Keine Sonderrechte! - Insofern: Danke.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der Zuschauertribüne: Pfui!)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bedanke mich bei Herrn Zimmermann dafür, dass er so viel Geduld gehabt hat, weil ich ja zunächst eigentlich den Antrag unter TOP 3.1.3 aufgerufen hatte. Herr Zimmermann, bitte.

<**Thor-Geir Zimmermann** (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin leider etwas erkältet. Daher bin ich auch nicht ganz so gut und toll vorbereitet, wie ich mir das eigentlich für heute gewünscht habe.

Zur Flächenbilanz: Herr Frenzel, ich finde es bedauerlich, dass Sie sagen: Die Flächenbilanz ist schlecht, weil die Flächen in Lindenthal fehlen. - : Das ist typisch. Wir hatten diesen Punkt auch schon einmal im Stadtentwicklungsausschuss. Sie sprechen nämlich nur von den Wohnungsbauflächen. Die ganzen Grünflächen, aber auch Gewerbeflächen etc. erwähnen Sie nicht.

(Michael Frenzel [SPD]: Das ist eine Wohnungsbauvorlage!)

- Ja. Aber das hängt doch auch stark mit den Grünflächen zusammen. - Sie sagen als SPD ja auch relativ deutlich, dass zumindest bei Ihnen Wohnen vor Grün steht. Bei uns ist das anders.

Ich möchte hier auch an die Anlage 13 erinnern. Das ist nur ein dünnes Papier in dem ganzen Konvolut - nur eine Seite, die damals Frau Klug gezeichnet hatte, glaube ich. Dort wird darauf hingewiesen, dass höchstwahrscheinlich einige Flächen nicht realisiert werden können, da sie einer späteren ausführlichen Umweltprüfung nicht standhalten können. Bislang hat man auf diese Prüfung verzichtet, weil sie wohl schlicht nicht finanzierbar ist. In der Zukunft steht diese Prüfung aber natürlich noch an.

Wo bleibt das Grün? Wir halten das Herangehen an Grünflächen für problematisch. Es geht ja nicht nur um die Flächen wie zum Beispiel an der Pferderennbahn, die jetzt dankenswerter herausgenommen wurden. Vielmehr gibt es noch eine ganze Reihe anderer Flächen. Einige haben wir auch in unserem Antrag erwähnt. Wir halten es für die aller-, aller-, allerletzte Möglichkeit, das zu machen.

Wir sehen es auch nicht so wie Herr Soénius, der regelmäßig im Stadtentwicklungsausschuss erklärt, wir müssten unbedingt alle Gewerbeflächen schützen. Gewerbe braucht längst nicht mehr so viel Platz wie noch zu Zeiten der industriellen Revolution oder im 20. Jahrhundert. Es muss auch angedacht werden, an diese Flächen heranzugehen, zum Beispiel an die Fläche am Schlachthof in Ehrenfeld. Mir ist vollkommen schleierhaft, warum wir nicht schon viel intensiver darüber nachdenken, dort auch Wohnbebauung zu realisieren. Zumindest soll da jetzt ja ein kleiner Teil für Wohnbebauung zur Verfügung gestellt werden.

Zu der Nachverdichtung und dem Baulückenprogramm: Bislang wurde das Baulückenprogramm von zuletzt, glaube ich, einem einzigen Mitarbeiter betreut. Jetzt werden es ein paar Mitarbeiter mehr - offensichtlich auch dank Ihrer Initiative, Herr Sterck. Sie wollen da allerdings keine allzu großen Hoffnungen wecken, wie Sie im Stadtentwicklungsausschuss gesagt haben; nach dem Motto: Wer jetzt nicht bauen will, wird es auch in Zukunft nicht tun; denn bessere Finanzierungsmöglichkeiten wird er nicht bekommen, und höhere Preise als jetzt kann er auch nicht erzielen.

Das ist aber für uns kein Grund, da jetzt aufzugeben. Im Gegenteil! Wir brauchen dieses Team. Wir brauchen Leute, die an diese Eigentümer herantreten und herausfinden, warum denn nicht gebaut wird, warum nicht aufgestockt wird, warum nicht ein Dachgeschoss ausgebaut wird, warum nicht im Hinterhof etwas gebaut wird. Da besteht noch ganz viel Potenzial. Das können Sie auch in der Untersuchung von Professor Dr. Spars nachlesen, die wir unserem kleinen Änderungsantrag angehängt haben.

Zum Bauwagenplatz: Die Bezirksvertretung Innenstadt und die Verwaltung waren dort leider wesentlich fortschrittlicher als CDU, Grüne und FDP bei ihrem Antrag.

Liebe Kirsten, du hast gerade gesagt, wir müssten den Leuten vom Bauwagenplatz die Möglichkeit geben, andere Flächen zu akzeptieren. Das ist ja nett formuliert. Aber wir sehen den Bauwagenplatz als das Zuhause dieser Leute. Daher wollen wir die Reihenfolge umkehren. Wir möchten sagen: Zuerst brauchen wir eine einvernehmliche Lösung, und dann kümmern wir uns darum, wer dieses Gelände kauft und was dort errichtet wird.

Es geht hier um das Wörtchen „einvernehmlich“. So schlägt es die Bezirksvertretung Innenstadt vor. Dem ist die Verwaltung im Übrigen auch gefolgt. In eurem Antrag steht nun, dass man Ersatzflächen vorschlagen will. Das ist ein großer Unterschied.

Jetzt wird gesagt: Man kann diesen Leuten nicht vertrauen. Was ist denn, wenn wir ihnen etwas vorschlagen, und sie wollen das nicht? Wie sollen wir dann eine einvernehmliche Lösung finden?

Es gab in der Geschichte um 2004 herum einen vergleichbaren Fall. Damals stand der Bauwagenplatz schon einmal vor einer ähnlichen Situation. Ein Investor wollte dort bauen. Der Bauwagenplatz hat die Ersatzfläche akzeptiert. Leider ist das ganze Projekt dann geplatzt. Alleine deswegen ist der Bauwagenplatz heute noch da.

Ich bin sicher, dass die Bewohnerinnen und Bewohner auch eine andere Fläche akzeptieren werden, wenn sie gewissen Kriterien entspricht und auch dauerhaft zur Verfügung steht, also nicht nur für zwei oder drei Jahre.

Die Freiheit ist nicht nur die Freiheit der Andersdenkenden, sondern auch die Freiheit der Anderslebenden und Anderswohnenden. In diesem

Sinne muss in Köln auch weiterhin Platz für andere Wohnformen bleiben.

Dazu zählt für mich nicht nur der Bauwagenplatz. Wir brauchen - Kirsten hatte es auch erwähnt - Platz für Kommunen, Platz für Wohngenossenschaften, Platz für kleine, privat organisierte Wohngruppen etc. pp. Es geht eben nicht nur um den großen Wohnungsbau. - Ich komme gleich zum Schluss.

Den unter TOP 3.1.3 vorliegenden Antrag ziehe ich hiermit auch formal zurück, damit der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in seiner ganzen Schönheit weiterhin unangetastet bestehen bleibt und auch kein Änderungsantrag der SPD hier eine Mehrheit bekommen kann.

Wir freuen uns darüber, dass einzelne Flächen herausgenommen worden sind. Unter anderem den Schrebergartensiedlungen dort oben gratulieren wir und beglückwünschen sie. Es freut uns, dass die Fläche an der Pferderennbahn jetzt nicht angegangen wird.

Dennoch werden wir die Vorlage ablehnen, damit wir einfach die Chance haben, auch die anderen Flächen noch zu retten, und es später nicht heißt: Wieso - -

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das wird doch ohnehin im Bauplanverfahren noch geprüft!)

- Ja, natürlich. Aber es soll später nicht heißen: Ihr habt dem doch zugestimmt. Wieso seid ihr jetzt auf einmal dagegen?

Wir sind zum Beispiel nicht dafür, dass die Fläche 5.08 überhaupt beplant wird. Das ist ein schöner Park Am Bilderstöckchen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Dann seid ihr die Schlechten und nicht mehr die Guten!)

- Wir sind erst ganz frisch die Guten, und wir werden von Woche zu Woche besser. - Danke schön.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wird zu den gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkten 3.1.3 und 10.37 noch von jemandem das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Über die unter TOP 3.1.3 vorliegenden Anträge haben wir jetzt nicht mehr abzustimmen. Sie sind zurückgezogen worden.

Damit kommen wir zu den Abstimmungen zum Tagesordnungspunkt 10.37.

Zunächst lasse ich auf Antrag der LINKEN über den Punkt IV des Änderungsantrags der SPD abstimmen. Darüber lasse ich als Erstes abstimmen. Die LINKEN haben ja beantragt, separat über diesen einen Punkt des SPD-Antrags abstimmen. Wer wünscht diesem Änderungsantrag der LINKEN zuzustimmen?

(Zurufe)

- Nein, das ist der Antrag der LINKEN, über den Punkt IV des SPD-Antrags separat abzustimmen. Es ist eine komplizierte Abstimmung.

(Zurufe)

- Darum schlage ich ja vor, jetzt so darüber abzustimmen. - Herr Frenzel hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte.

<**Michael Frenzel** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich würde vorschlagen, dass wir zunächst einmal über die Punkte I bis III abstimmen, also eine Einzelabstimmung über diese Punkte durchführen, dann über die Punkte V ff. und danach über den Punkt IV.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Ich wollte über die Punkte I bis III danach gesammelt abstimmen lassen. Aber wenn Sie einzeln darüber abstimmen lassen möchten, können wir das tun.

(Zurufe)

- Zunächst wünschen Sie über die Punkte I bis III abzustimmen. - Ist DIE LINKE, weil ihr Antrag ja nur den Punkt IV betraf, damit einverstanden?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Dann können wir das auch so machen.

(Zurufe)

Ich habe es gerade noch einmal verglichen. Der Änderungsantrag der SPD beginnt ab Punkt IV. Das heißt, dass die Punkte I bis III Punkte der Verwaltung sind und damit schon im Stadtentwicklungsausschuss waren.

Daher bitte ich darum, meinen ersten Vorschlag aufzunehmen und mit mir in die Abstimmung über Punkt IV des Änderungsantrags der SPD einzutreten.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe jetzt noch einmal eine Frage!)

- Bitte.

<**Kirsten Jahn** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben ja eben gelernt, dass wir jetzt nur Flächen beschließen, die alle einen Bebauungsplan oder eine Flächennutzungsplanänderung mit sich bringen. Die wenigsten fallen unter § 34 BauGB.

Hier geht es nun um die Möglichkeit der Dach- und Fassadenbegrünung. Das ist ja erst einmal etwas Positives. Das muss man erst einmal festhalten. Das ist aber nicht eine Idee der SPD, sondern das haben wir schon seit Jahren in unserem Parteiprogramm stehen.

(Lachen bei der SPD)

Insofern ist das auch etwas, was wir begrüßen können.

Aber bevor jetzt bei einer so komplizierten Vorlage hier ein Riesenchaos entsteht, würde ich gerne einmal vom Dezernenten wissen, ob die Möglichkeit der Dach- und Fassadenbegrünung nicht ohnehin Teil eines Bebauungsplanverfahrens ist; denn wenn das ohnehin geschieht, bräuchten wir einen entsprechenden Beschluss heute möglicherweise nicht, sondern könnten einfach wie Stadtentwicklungsausschuss abstimmen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind in der Abstimmung. Ganz ausnahmsweise lasse ich das jetzt einmal zu, weil das für die Abstimmung für Sie offensichtlich wichtig ist. Herr Höing, bitte.

<**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Ganz kurz: Wir haben in den anstehenden Planverfahren zu diesen ganzen Flächen alle Freiheiten, alle gestalterischen Dinge und alle ökologischen Dinge in Planungsrecht zu gießen. Im Moment sind wir noch nicht bei der Begrünung von Fassaden, sondern noch ein paar Kilometer vorher.

Trotzdem kann das ein ökologisches Plädoyer für die Flächenentwicklung sein. Wenn man es so versteht, ist es auch kein Drama, das zu beschließen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte jetzt darum, wie ursprünglich von mir vorgeschlagen, zunächst über den Punkt IV des Änderungsantrags der SPD abzustimmen. Wer dem Punkt IV des Änderungsantrags der SPD zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Die Grünen, die CDU, die LINKEN, die FDP, pro Köln, die AfD, die Wählergruppe GUT, die Piraten und Herr Wortmann. Enthaltungen kann es eigentlich nicht mehr geben. - Nein, gibt es auch nicht. Dann ist dieser Punkt des Antrags abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über die übrigen Punkte des Änderungsantrags der SPD abstimmen. Wer wünscht diesen Punkten zuzustimmen? - Die SPD und die LINKEN. Gegenstimmen? - Die Grünen, die CDU, die FDP, Herr Wortmann, pro Köln, die AfD, die Wählergruppe GUT und die Piraten. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Wählergruppe GUT abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Wählergruppe GUT, die Piraten und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage - wie Stadtentwicklungsausschuss - abstimmen und frage nach Gegenstimmen. - Gegenstimmen der SPD, der Piraten, der Wählergruppe GUT und von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Ich habe eine gute Nachricht. Die Sperrung ist wieder aufgehoben. So schnell kann das manchmal auch gehen.

Tagesordnungspunkt

10.38 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
hier: Anpassung von Maßnahmen
3590/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.39 RheinCargo GmbH & Co. KG
Änderung des Gesellschaftsvertrages
4029/2016

Wie Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von SPD und Linken. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen wie Finanzausschuss.

Tagesordnungspunkt

10.40 Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln
hier: Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Köln
4015/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.42 Sporthalle Bocklemünd, Heinrich-Rohlmann-Str., Errichtung einer temporären Ersatzhalle
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilfinanzplan 0801 - Sportförderung - bei Finanzstelle 5201-0801-4-5145 SpoAnl. Bocklemünd Fertigteilhalle
3279/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.43 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
2765/2016

Wie Finanzausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der LINKEN und der SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.44 KölnTourismus GmbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
2778/2016

Wie Finanzausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.45 Jugendzentren Köln Gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH (JugZ)
Änderung des Gesellschaftsvertrages
3138/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von SPD und Linken. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.46 AVG Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
3446/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.47 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3594/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.49 Beschaffung von rettungsdienstlichen Leistungen der Notfallrettung nach Beschluss des Rettungsdienstbedarfsplans 2016 entsprechend den Regularien des § 13 RettG NRW
2768/2016

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das soll in den Hauptausschuss vertagt werden!)

- Herr Frank? - Hier gibt es eine Wortmeldung. Bitte sehr.

<**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In der Tat hat sich der AVR darauf verständigt, diese Vorlage in den nächsten Hauptausschuss am 9. Januar 2017 zu schieben.

Nach einigen Rücksprachen wird aber immer klarer, dass für eine solide, gute Lösung, die möglicherweise auch noch einmal von dem abweicht, was wir im Moment als Vorschlag auf dem Tisch haben, auch noch ein wenig Beratungszeit in den Fachausschüssen möglich sein

muss - und der 9. Januar 2017 ist der erste Tag nach den Ferien.

Insofern beantragen wir die Vertagung dieser Vorlage in den nächsten Rat unter Mitnahme aller Fachausschüsse, um diese für Köln extrem wichtige Vorlage, bei der es um die rettungsdienstliche Versorgung der nächsten Jahre geht, auf einen möglichst breiten Konsens zu stellen. - Vielen Dank.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster dazu.

<**Dr. Ralph Elster** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Klein hat uns im AVR anders beraten und deutlich gemacht, dass das aus zeitlichen Gründen eigentlich nicht geht, weil wir mit der Ausschreibung sonst nicht fertig werden.

Vielleicht sollten Sie diese Stellungnahme jetzt noch einmal wiederholen, Frau Dr. Klein.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Klein, bitte.

<**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe zu dieser Frage die Stellungnahme der Feuerwehr eingeholt, die mir sehr unmissverständlich deutlich gemacht hat, dass der Hauptausschuss am 9. Januar 2017 entscheiden muss - so hatten wir das auch im AVR gesagt - und eine Verschiebung um fünf Wochen nicht möglich ist.

Das hat damit zu tun, dass der Interimsvertrag im Oktober 2017 endet. Bis dahin müssen die künftigen Leistungserbringer ermittelt werden. Sie müssen natürlich auch noch in der Lage sein, die Leistungen zu erbringen.

Die Feuerwehr meldet, dass dann, wenn man das noch weiter in den Februar 2017 schieben würde, eine Beauftragung der Leistungserbringer im erforderlichen Umfang nicht mehr möglich wäre.

Sie hat auch noch einmal deutlich gemacht, dass eine erneute Verlängerung aus Rechtsgründen nicht erfolgen kann; denn man befürchtet vonseiten der Feuerwehr, dass es dann Klagemöglichkeiten gibt und man hinterher die Situation hat, dass die Leistung nicht entsprechend erbracht werden kann.

Deshalb ist die herzliche Bitte, am 9. Januar 2017 dann auch zu entscheiden.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Strahl.

<**Dr. Jürgen Strahl** (CDU): Frau Dezernentin, habe ich das richtig verstanden? Der Interimsvertrag endet am 15. Oktober 2015?

(Beigeordnete Dr. Agnes Klein: 2017!)

- 15. Oktober 2017. Ja, und?

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht! - Zuruf: Kann er nicht verlängert werden?)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das kann ja wohl aus Rechtsgründen nicht erfolgen. So habe ich es eben verstanden. - Würden Sie das bitte noch einmal darstellen, Frau Dr. Klein?

<**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Der Interimsvertrag endet im Oktober 2017. Nach Auffassung der Feuerwehr kann er nicht verlängert werden. Das hat sie mir noch einmal sehr deutlich gemacht und auf die Risiken aufmerksam gemacht.

Die Feuerwehr schreibt mir dazu, dass das bereits in der ersten Interimsvergabe verschiedentlich - auch vom Rechnungsprüfungsamt - beanstandet wurde, und weiter:

> Schon damals bestand das Risiko, dass dieser Vertrag beklagt wird. Wenn jetzt erneut eine Verlängerung ohne Ausschreibung erfolgt, droht eine gerichtliche Auseinandersetzung, da keine stichhaltige Begründung für eine Verlängerung geliefert werden kann. Außerdem führt jede weitere Verzögerung dazu, dass ein formgerechtes Verfahren nicht mehr darstellbar ist.

Ich muss Ihnen das hier einfach so deutlich sagen, wie die Feuerwehr mir das gesagt hat. Und ich habe keinerlei Anhaltspunkte dafür, die Stellungnahme der Feuerwehr jetzt irgendwie anzuzweifeln.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Dr. Klein. Das war unmissverständlich. - Herr Joisten, bitte.

<**Christian Joisten** (SPD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das sind die Fakten, die durchaus bekannt sind.

Zum einen will ich aber darauf hinweisen, dass der Vertrag in der Tat schon mehrfach verlängert worden ist. Der Vertrag ist auch so gestaltet, dass er auch nur um einige Wochen verlängert werden kann, wenn der Bedarf besteht. Insofern verschlagen aus unserer Sicht fünf, sechs oder auch acht Wochen am Ende des Tages nichts.

Zum anderen möchte ich an dieser Stelle deutlich auf Folgendes hinweisen: Wir haben diese Vorlage einen Arbeitstag vor der AVR-Sitzung bekommen - am 9. Dezember dieses Jahres, am vorvergangenen Freitag -, nachdem die Vorlage unserer Kenntnis nach monatelang in der Verwaltung, genau genommen im Amt der Oberbürgermeisterin, gelegen hatte. Insofern ist schwer nachvollziehbar, dass es jetzt hier zu diesen fünf Wochen Verzögerung nicht kommen darf, nachdem ein Vierteljahr ins Land gegangen ist, bevor wir diese Vorlage überhaupt beraten konnten.

Die Fachpartien brauchen die entsprechende Beratungszeit - diese Zeit ist auch richtig investiert, glaube ich -, um eine solide, gute Entscheidung im Interesse des Kölner Rettungsdienstes und der betroffenen Hilfsorganisationen - und um die geht es ja; ihnen sind viele Hundert, ja sogar Tausende von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeschlossen - treffen zu können.

Deswegen würden wir hier nur unter ausdrücklichem Protest zustimmen und auch gegen die Vertagung in den Hauptausschuss und für die Vertagung in den nächsten Rat stimmen; denn wir finden es nicht in Ordnung, dass eine Vorlage so lange in der Verwaltung liegen kann und dann die politischen Beratungsgremien hier übergangen werden sollen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

<**Niklas Kienitz** (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kollegen! Das fachliche Beratungsinteresse will ja keiner bestreiten. Das, was Herr Joisten gerade ausgeführt hat, will auch keiner bestreiten. Das, was Frau Dr. Klein gerade ausgeführt hat, kann jetzt aber auch niemand tiefer gehend hinterfragen. Insofern müssen wir doch gemeinsam überlegen, ob wir einen Kompromiss hinbekommen.

Beispielsweise könnten wir es in den Hauptausschuss übertragen, aber in eine Sondersitzung, der die Fachausschüsse vorgeschaltet sind, gegebenenfalls auch in Sondersitzungen. Vielleicht können wir uns auf eine solche Vorgehensweise verständigen und die Beratungszeit etwas verkürzen - also nicht bis zum 14. Februar 2016 -, um aus den dargestellten Gründen hier Zeit zu gewinnen, was die Ausschreibung betrifft. Könnten wir uns darauf einigen? Wenn das hilft, kann man ja auch noch einmal darüber nachdenken.

(Zuruf)

- Ja, in eine Sondersitzung des Hauptausschusses mit vorgeschalteter Beratung in den Fachausschüssen. So war das gemeint - falls ich mich falsch ausgedrückt habe.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön, Herr Kienitz. - Herr Börschel, bitte.

<**Martin Börschel** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Brücke, die Sie jetzt hier bauen wollen, erkennen wir sehr wohl an. Ich habe allerdings Frau Dr. Klein in ihrer Eigenschaft als Vertreterin des gerade abwesenden Stadtdirektors so verstanden, dass es über den 9. Januar 2017 hinaus keine Option gibt.

Das negieren wir. Ich sage das ausdrücklich. Eine Vorlage, die über Monate in der Verwaltung schmort, obwohl sie die notwendigen Schlusszeichnungen - bis zur allerletzten - hatte, muss in einer ordentlichen Beratung behandelt werden können.

Mein Vorschlag wäre jetzt, dass wir die Vorlage heute auf den letzten Punkt vor dem nichtöffentlichen Teil schieben - auch wenn das nicht mehr ewig ist -, damit wir uns gemeinsam mit der Verwaltung noch einmal kundig machen können, ob es die von Ihnen dargestellte Option gibt.

Allerdings habe ich Frau Dr. Klein so verstanden, dass sie mit Bezug auf die Feuerwehr - mehr kann sie ja nicht sagen; dafür habe ich volles Verständnis - sagt: 9. Januar 2017 und kein Tag später.

Das sollten wir schon möglich machen, meine ich. Aber um es im Ergebnis vorweg zu sagen: Für uns ist - das haben Sie dankenswerterweise aufgegriffen - die fachliche Vorberatung in den beiden Fachausschüssen Gesundheit und AVR absolut elementar. Dafür sind sie nämlich da.

Ganz abgesehen von der fachlichen Beratung haben wir als Sozialdemokratie eine gewisse Mutmaßung. Das ist sozusagen unsere Arbeitshypothese. Auch damit will ich nicht hinter dem Berg halten. Sie gilt bis zum Beweis des Gegenteils. Da muss man für Argumente immer offen sein. Aber bis zum Beweis des Gegenteils halten wir von einer europaweiten Ausschreibung nichts.

(Beifall bei der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich stelle diesen Vorschlag zur Abstimmung. Ist jemand dagegen, diesen Punkt ans Ende der Tagesordnung des öffentlichen Teils zu schieben? - Nein. Dann ist er angenommen.

Bis dahin kann die Verwaltung noch einmal klären, was da möglich ist und was nicht.

Man kann ja von Dingen nichts halten. Trotzdem sind sie rechtlich so vorgesehen, Herr Börschel. Das geht mir auch manchmal so.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist mir sehr vertraut! Aber das ist oft eine Interpretationsfrage!)

- So ist es. - Okay. Wir klären das.

Tagesordnungspunkt

10.50 Wohnungsbauoffensive
2698/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/2127/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/2158/2016

Herr Struwe.

<**Rafael Struwe** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir sind wieder beim Thema Wohnungsbau angekommen. Nachdem wir eben sehr intensiv die große Vorlage zu den Flächen diskutiert haben, geht es jetzt um eine Vorlage, die ein bisschen kleiner dimensioniert ist. Aber da bekanntlich auch Kleinvieh Mist macht, sollten wir uns dieser Vorlage ebenfalls mit der notwendigen Intensität widmen.

Worum geht es? Die Verwaltung hat sich eine Vielzahl von Grundstücken, die ursprünglich einmal für die Flüchtlingsunterbringung vorgesehen waren, was sich aber aus verschiedenen Gründen nicht realisieren ließ, noch einmal genau angeschaut und einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie man diese Grundstücke auch für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen kann. Dort sollen Flüchtlinge untergebracht werden, dort sollen geförderte Wohnungen entstehen, und dort sollen frei finanzierte Wohnungen gebaut werden. Dafür geht von unserer Seite noch einmal ein ganz dickes Lob an die Verwaltung. Das ist wirklich gute Arbeit, die dort gemacht wurde. Das Ganze ist mit einem Stellenplan versehen etc. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir als SPD wollen dem Vorschlag der Verwaltung auch im Grundsatz folgen. Wir schlagen nur ein paar kleinere Änderungen vor. Sie finden sie in unserem Änderungsantrag.

Wir formulieren in unserem Antrag folgende Ergänzung zum Verwaltungsvorschlag - da muss man auch genau auf den Wortlaut schauen -:

Die Vermarktung erfolgt

- grundsätzlich zum Verkehrswert an Bestandshalter im Rahmen einer Direktvergabe (GAG, Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH, Wohnungsbaugenossenschaften),

- sollte dies nicht gelingen, im Rahmen einer Konzeptausschreibung.

Ansonsten bekräftigen wir auch noch einmal den Vorschlag der Oberbürgermeisterin, dass - und das ist aus unserer Sicht wirklich elementar - etwa 40 Prozent der Wohnungen gefördert errichtet werden sollen, etwa 40 Prozent der Unterbringung von Flüchtlingen dienen sollen und etwa 20 Prozent dem frei finanzierten Wohnungsbau zugehören sollen.

Im Übrigen erfolgt noch der kleine Hinweis, dass die im Rahmen der Anhörungen in den Bezirken geäußerten Bedenken hinsichtlich der Verkehrsanbindung aufgegriffen werden sollen und dass - jetzt wird es sehr speziell - die Fläche 6.05 im

Zusammenhang mit den angrenzenden Privatflächen betrachtet werden muss.

Nachdem wir eben so viel über die wichtigen Herausforderungen der Stadt gesprochen haben und dabei insbesondere die Notwendigkeit des Wohnungsbaus betont haben, haben wir jetzt einen Änderungsantrag von Schwarz und Grün vorliegen. Als wir ihn gelesen haben, sind wir, ehrlich gesagt, ein bisschen vom Glauben abgefallen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ganz ehrlich: Da frage ich mich doch, welchen Anspruch dieses selbst ernannte Gestaltungsbündnis bei dieser Frage an den Tag legt.

Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage vorgeschlagen, circa 865 Wohneinheiten zu errichten. Nach dem Antrag von Schwarz-Grün bleiben davon gerade einmal 500 übrig.

Und es wird noch besser: Der Quotient von geförderten Wohnungen und Flüchtlingswohnungen soll geändert werden. Das hat im Endeffekt Folgendes zur Konsequenz - wir haben es einmal durchgerechnet; ich muss Sie jetzt ein bisschen mit Zahlen nerven -: Nach dem Vorschlag der Verwaltung sollen jeweils 346 Wohnungen für Flüchtlinge und im geförderten Wohnungsbau errichtet werden. Nach diesem Antrag bleiben noch jeweils 150 Wohnungen übrig. Hier sollen also mal eben 57 Prozent der geförderten Wohnungen und der Flüchtlingswohnungen weggenommen werden.

Wer dann noch ernsthaft davon spricht, dass er die Herausforderungen der Stadt verstanden hat und hier zukunftsgerichtet agieren will - - Ich weiß wirklich nicht, in welchem Film wir da sind.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Verwaltung hat ihre Vorlage mit gewissem Optimismus mit „Wohnungsbauoffensive“ überschrieben. Was Schwarz-Grün daraus machen will, ist eine Wohnungsbaudefensive oder, wenn man es freundlich formuliert, ein Wohnungsbauoffensivchen.

Dem können wir, wenn sich das hier so durchsetzen sollte, wirklich nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, man hat in der Tat das Gefühl, dass das selbst ernannte Gestaltungsbündnis an dieser Stelle eher ein Rückzugsgefecht führt, anstatt hier einmal mutig voranzugehen.

Ich will noch einmal betonen, dass wir hier über circa 50 Wohneinheiten pro Standort reden. Man muss also auch in keiner Weise eine Gettobildung oder so etwas befürchten. Es geht einfach darum, in diesem begrenzten Rahmen mit den Möglichkeiten, die wir hier haben, geförderten Wohnraum und Wohnraum für Flüchtlinge zu errichten, meine Damen und Herren.

Deshalb kann ich den Rat nur bitten: Stimmen Sie nicht diesem schwarz-grünen Verschlechterungsantrag zu, sondern stimmen Sie unserem Antrag oder wenigstens der Verwaltungsvorlage zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat das Wort.

<**Niklas Kienitz** (CDU): Ich mache das gerade vom Platz aus. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Struwe, wenn man unseren Änderungsantrag zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen aufmerksam gelesen hat und auch zur Kenntnis genommen hat, dass die Mehrheit des Rates eben diesem Antrag zugestimmt hat, ist es zwingend logisch, dass dann einige Flächen aus dieser Verwaltungsvorlage herausfallen. - Erstens.

Zweitens. Sie machen einen Fehler, wenn Sie hier ausführen, dass es sich nur um kleinere Einheiten handelt. Es sind durchaus auch Bauvorhaben mit zum Beispiel 100 Wohneinheiten darunter. Nehmen wir einmal die Fläche in Ehrenfeld.

Drittens. Sie machen hier auch den gleichen Fehler wie in der Vergangenheit, glaube ich. Jedenfalls habe ich Ihrem Vortrag jetzt nicht entnehmen können, dass es darum geht, Standorte zu schaffen, die integrationsfähig sind. Sie blenden völlig aus, dass man, wie wir in unserem Antrag geschrieben haben, am jeweiligen Standort schauen muss, ob sich das Bauvorhaben in seiner Art und Weise im Sinne des § 34 Baugesetzbuch in das soziale Gefüge des jeweiligen Umfeldes einpasst.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir das formuliert haben. Es geht immer darum, Standorte zu schaffen, die integrationsfähig sind - erstens ins Viertel hinein und zweitens in sich selbst. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

<**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Erstens. Durch die Debatte um neue Wohnungsbauflächen zieht sich doch - das wird jetzt im Rat sehr deutlich - ein grundlegender Dissens. Der grundlegende Dissens ist, dass die SPD-Fraktion - teilweise mithilfe der LINKEN, teilweise auch nicht; die Fraktion DIE LINKE differenziert ein wenig - auf soziale und ökologische Aspekte überhaupt keine Rücksicht nimmt. Das ist für Sie einfach uninteressant.

(Lachen bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Die ökologischen Aspekte habt ihr vorhin doch abgelehnt!)

In den 80er-Jahren hätte man das die Betonfraktion genannt.

So kommen bestimmte Dinge wieder zum Vorschein, bei denen selbst ich gedacht hätte, sie wären überwunden. Es ist aber nicht so.

Das ist der hilflose Versuch, sich oppositionell abzugrenzen und dabei irgendetwas zu finden, was plakativ ist. Das durchzieht die ganze Debatte.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Herr Detjen, das gilt für Sie gleich mit. Seien Sie froh, dass Sie Herrn Weisenstein haben, der damit ein bisschen vernünftiger umgeht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Der jetzt vorliegende Änderungsantrag - darauf hat Herr Kienitz zu Recht hingewiesen - steht natürlich in engem Zusammenhang mit dem Beschluss zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Das ist ja ganz logisch. Weil wir dort aus den bekannten Gründen bestimmte Flächen ausgeschlossen haben oder zumindest vorerst ausgeschlossen haben, muss das auch hier so sein.

(Martin Börschel [SPD]: Und warum die Reduktion der öffentlich geförderten Wohnungen und der Flüchtlingswohnungen? Warum habt ihr deren Anteil reduziert?)

Der Vorteil dieser Vorlage ist aber, dass wir hier unmittelbar einen Auftrag an die Verwaltung geben, diese Flächen zur Veräußerung vorzubereiten, während wir beim Stadtentwicklungskonzept Wohnen ja mehr oder weniger in die nächste Prüfphase gehen. Dass diese Vorlage so aufgebaut ist, ist deshalb sehr begrüßenswert. Man muss sich aber auch klar darüber sein, dass das, was man jetzt beschließt, auch in die Umsetzung geht.

Deshalb haben wir, gerade weil wir das Mittel der Konzeptvergabe immer gefordert haben, Wert darauf gelegt, jetzt genau zu differenzieren, welche Grundstücke sich für die Direktvergabe eignen - und zwar zum Beispiel an Wohnungsgenossenschaften oder an die GAG; das ist bei uns ja präzise benannt - und welche Grundstücke in die Konzeptvergabe gehen. Denn die Konzeptvergabe ist ein Instrument, das gerade auch soziale Aspekte, Aspekte des Umfeldes, Aspekte der Integration, aber auch ökologische Aspekte mit gewichten kann, weil nicht mehr alleine der Preis gilt. Das ist ja gerade der große Fortschritt; das macht ja gerade die Stärke aus.

Das drückt unser Änderungsantrag aus. Er macht deutlich - das ist das Entscheidende -, dass über die soziale Mischung immer konkret am Standort entschieden werden muss, und zwar orientiert an der sozialräumlichen Situation des Standortes. Diese Mühe muss man sich für jede Beschlussvorlage machen. Das ist dann die Aufgabe der Verwaltung.

In der Bilanzierung soll dabei ein vernünftiger Mix herauskommen, wie wir ihn hier dargestellt haben. In der Verwaltungsvorlage war das missverständlich ausgedrückt. Wenn man Akzeptanz schaffen will und auch eine Integrationskraft entwickeln will, dann muss jeder Standort passend sein.

Das ist der Inhalt unseres Änderungsantrags. Deshalb trifft der Vorwurf des Kollegen Struwe, hier werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen, ebenso wenig zu wie seine Darstellung, die Vorlage und der Änderungsantrag seien schlecht. Nein, die Vorlage wird durch unseren Antrag so konkretisiert, dass sie auch umsetzungsfähig ist. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Rückfrage von Herrn Struwe.

<**Rafael Struwe** (SPD): Ich habe eine Rückfrage zum Thema Verkehrswert. Ich habe mir das einmal genau durchgelesen. Bei der Konzeptvergabe ist ja vorgesehen, dass wir mindestens zum Verkehrswert veräußern. Ihr Antrag sagt aber,

dass auch im Rahmen des frei finanzierten Wohnungsbaus fix zum Verkehrswert veräußert werden soll.

Heißt das also, dass Sie den privaten Investoren, die die Flächen erwerben, möglicherweise noch einen guten Deal ermöglichen wollen? Oder wie soll ich das verstehen?>

<**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Die Formulierung „Die Vermarktung erfolgt zum Verkehrswert jeweils mit verbindlicher, im Grundbuch abgesicherter Bindung“ usw. entspricht exakt dem Text der Verwaltung. Nur aus redaktionellen Gründen haben wir das mit übernommen, damit die Ziffer, die wir ersetzen, konsistent ist. Daran ändert sich also überhaupt nichts. Man muss das nur nachlesen.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat das Wort.

<**Michael Weisenstein** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder zweite Kölner, jede zweite Kölnerin hat aufgrund seines Einkommens, ihres Einkommens ein Recht darauf, in einer geförderten Wohnung zu leben. Aber weniger als 7 Prozent unserer Wohnungen sind Sozialwohnungen - Tendenz fallend.

Jetzt hat die Verwaltung das Problem erkannt und reagiert mit einer richtigen Vorlage. Die Verwaltung möchte stadtnahe Unternehmen und Genossenschaften damit beauftragen, 40 Prozent Sozialwohnungen, 40 Prozent Flüchtlingswohnungen und 20 Prozent frei finanzierte Wohnungen auf 17 städtischen Grundstücken bauen zu lassen.

Insgesamt sind das circa 850 Wohnungen. Das sind keine Großsiedlungen. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, warum Schwarz-Grün glaubt, mit dieser Mischung 40/40/20 würden irgendwelche Riesengettos entstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Leute, die einen Anspruch darauf haben, in einer Sozialwohnung zu leben, sind Leute wie Sie und ich. Das sind keine Leute, die besonders problematisch wären, sondern einfach Leute, die nicht so viel Geld haben und bezahlbaren Wohnraum brauchen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Mit dem Antrag von Schwarz-Grün zeigen Sie, dass Sie das Problem noch überhaupt nicht erkannt haben. Sie sind immer noch der Auffassung, jemand, der irgendwie normal durchs Leben gehe usw. usf., brauche keine Sozialwohnung - oder was auch immer Sie da denken. Ansonsten käme ein solcher Antrag doch nicht zustande. Das müssen Sie mir wirklich einmal erklären. Ich kann das überhaupt nicht verstehen.

Etwas anderes wäre es vielleicht, wenn es jetzt um Siedlungen ginge, in denen 2 000 Einheiten entstehen. Aber die größte Einheit, die hier entsteht, umfasst insgesamt 100 oder 110 Wohneinheiten. Das ist so gut wie nichts. In einem großen Viertel fällt das überhaupt nicht auf. Warum Sie da die Quote senken wollen, kann ich wirklich nicht nachvollziehen.

Es ist auch nicht nachvollziehbar, dass jetzt argumentiert wird, die Vorlage, die wir vorhin besprochen haben, wirke sich hier entsprechend aus. Die vorhin besprochene große Vorlage enthält doch sowohl Vorhaben, die die GAG realisieren wird, als auch Vorhaben, die Genossenschaften realisieren werden, als auch Vorhaben, die Private realisieren werden. Insofern ist die Behauptung, das würde sich gegenseitig irgendwie behindern, überhaupt nicht wahr.

Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, dem Änderungsantrag von Schwarz-Grün hier zu folgen.

Der Antrag der SPD ist unserer Meinung nach richtig, weil er noch einmal den Blick nach Auweiler richtet und deutlich macht: In Auweiler-Süd können wir vielleicht etwas realisieren; dann müssen wir aber die benachbarten Privaten mit ins Boot nehmen, um zu schauen, was man da gemeinsam entwickeln kann, ohne etwas an dem kommunalen Wohnbau zu reduzieren.

Daher bitte Sie: Lehnen Sie den schwarz-grünen Antrag ab, und stimmen Sie dem SPD-Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 10.50, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich abstimmen lassen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag von CDU und Grünen abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gegen-

stimmen von SPD, Linken und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP, der Wählergruppe GUT und der Piraten. Dann ist der Antrag so beschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die LINKEN und Herr Wortmann. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Grünen, der CDU, der FDP und von pro Köln. Enthaltungen? - Enthaltungen der Wählergruppe GUT und der Piraten. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Bevor ich gleich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen lasse, habe ich Ihnen noch zu sagen, dass die offenen Fragen aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Anlage 12 beantwortet werden.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage, über die wir jetzt abstimmen, soll unter Punkt 2 noch wie folgt ergänzt werden:

> Hiervon ausdrücklich ausgenommen sind Flächen, die planungsrechtlich als Gewerbegebiete ausgewiesen sind bzw. in den Fällen des § 34 des Baugesetzbuches als Gewerbegebiet eingeordnet werden.

Weiß jetzt jeder, worüber wir abstimmen?

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja, klar!)

- Gut. - Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung. Wer ihr so zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und Herr Wortmann. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD-Fraktion stimmt dagegen. Enthaltungen? - Die FDP, pro Köln, die Wählergruppe GUT und die Piraten enthalten sich. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir hatten uns eben darauf verständigt, nach der Behandlung des Tagesordnungspunktes 10.50 den Tagesordnungspunkt 10.31 aufzurufen:

10.31 Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
0745/2016/1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe Piraten
AN/2036/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT
AN/5164/2016

Dazu liegt mittlerweile ein Änderungs- bzw. Zusatzantrag gemäß § 13 der Geschäftsordnung des Rates von fast allen Fraktionen und Wählergruppen vor.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe Piraten ist zurückgezogen worden.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie der Gruppen Piraten und GUT. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich - -

(Zuruf von der LINKEN)

- Ich hatte die Fraktion DIE LINKE auch genannt.

> (Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir hatten doch gesagt, dass wir auf Reden verzichten! - Gegenruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, bei den Mindeststandards nicht!)

- Meine Damen und Herren, wir sind jetzt in der Abstimmung. - Wer gegen diesen gemeinsamen Antrag zu stimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Der Vollständigkeit halber muss ich noch die Vorlage der Verwaltung in der geänderten Fassung zur Abstimmung stellen. Der große gemeinsame Antrag war ja ein Änderungsantrag. Wer wünscht der Vorlage in der geänderten Fassung nicht zuzustimmen? - pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch die Vorlage in der geänderten Fassung so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.51 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2017 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

3234/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

<**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Ich habe nur eine Verständnisfrage. Ist es richtig, dass die AfD nicht mehr anwesend ist?>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, das ist richtig.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.52 Grundsatzbeschluss zur Gründungsmitgliedschaft der Stadt Köln im Metropolregion Rheinland e. V.
4028/2016

Änderungsantrag der Gruppe GUT
AN/2150/2016

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion und der Gruppe GUT
AN/2162/2016

Meine Damen und Herren, dazu möchte ich Ihnen jetzt zur fortgeschrittenen Stunde nur noch drei Sätze sagen.

Ich glaube, es ist richtig für die Entwicklung von Köln, dass die regionale Kooperation im Rheinland auf eine deutlich breitere räumliche Basis gestellt wird. Köln wird so empfunden, als habe es in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr selbstbezogen agiert.

Das ist eine Haltung, mit der wir nicht mehr weiterkommen, wenn wir unsere wachsende Stadt gestalten wollen. Dazu gehört nicht nur, dass wir Wohnraum brauchen und Verkehrsinfrastruktur brauchen, sondern auch, dass wir uns gemeinsam sichtbar in Europa positionieren.

Die Idee der Metropolregion Rheinland ist die Bündelung der Kräfte und Energien aller Beteiligten zur effektiven Realisierung gemeinsam definierter Ziele.

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Vorlage? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Linken, FDP und Wählergruppe GUT abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag so beschlossen.

Der Änderungsantrag der Wählergruppe GUT ist von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Dann lasse ich über die Vorlage in der soeben durch den gemeinsamen Änderungsantrag geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.53 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes
hier: Medienband im Tunnel - technische Fertigstellung und Sicherung des dauerhaften Betriebes
0823/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Der LINKEN und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Bei den Piraten. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.54 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften - Baubeschluss
hier: Ergänzung um das städtische Grundstück Neusser Landstraße/Blumenbergsweg
4157/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte, Herr Paetzold.

<**Michael Paetzold** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur kurz zur Erläuterung: Wir werden gegen die Beschlussvorlage stimmen, genauso wie wir im Hauptausschuss dieser Beschlussvorlage und dem Änderungsantrag nicht zugestimmt haben.

Hier sollen jetzt 240 Plätze errichtet werden. Das führt dazu, dass wir an diesem Standort einen Anteil von 11,58 Prozent der in der Stadt untergebrachten Flüchtlinge haben. Wir halten das für die Integrationsfähigkeit dieses Standortes für zu viel. Deshalb müssen wir folgerichtig noch einmal ablehnen. - Vielen Dank.>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 10.54? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 204. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: Pastoratsstraße/Westerwaldstraße in Köln-Rondorf
hier: erneuter Feststellungsbeschluss
3673/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67500/06
Arbeitstitel: Nördlich Erlenhofstraße in Köln-Niehl
3526/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66509/09
Arbeitstitel: Neusser Straße 774 in Köln-Weidenpesch
3527/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - pro Köln und AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 59456/02
Arbeitstitel: Ludwig-Jahn-Straße in Köln-Junkersdorf
3571/2016

Hier wird abgestimmt wie Vorlage.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.4 Beschluss über Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 69454/02
Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk
3586/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Fünfzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
2196/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.2 256. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3151/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.3 257. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3639/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3958/2016

Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses
3959/2016

Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Antrag der Gruppe Piraten
hier: Umbesetzung von Ausschüssen
AN/2085/2016

Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Verkehrsausschuss der Stadt Köln“
AN/2124/2016

Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden der Stadt Köln“
AN/2128/2016

Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Personelle Umbesetzung in Ausschüssen“
AN/2130/2016

Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl Aufsichtsrat moderne stadt GmbH“
AN/2152/2016

Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

18.1 Silvesterprogramm in der Umgebung des Kölner Doms/Multimediaprojektion „Time drifts Cologne“, Bühnenprogramm
3961/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

18.2 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge
2395/2016/1

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Bei Enthaltungen von AfD und pro Köln so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

18.3 Austausch einer Kältemaschine im Museum Ludwig
3695/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wie eben gewünscht, rufe ich jetzt noch einmal die Vorlage zum Rettungsdienstbedarfsplan auf:

10.49 Beschaffung von rettungsdienstlichen Leistungen der Notfallrettung nach Beschluss des Rettungsdienstbedarfsplans 2016 entsprechend den Regularien des § 13 RettG NRW
2768/2016

Frau Dr. Klein kann jetzt noch einmal zur Klärung beitragen. Frau Dr. Klein hat das Wort.

<**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe mit dem Chef der Feuerwehr Kontakt aufgenommen. Er ist auch auf dem Weg hierher. Das scheint sich aber ein bisschen hinzuziehen.

Ich würde Ihnen folgenden Vorschlag für die Beratung machen: Am 10. Januar 2017 findet ein Informationsgespräch zu den Details statt. Dann könnte am 12. Januar 2017 - das ist ein Donnerstag - eine gemeinsame Sitzung von AVR und Gesundheitsausschuss stattfinden. Das hat den Vorteil, dass Sie am Mittwoch in den Fraktionen über die Ergebnisse des Informationsgesprächs beraten könnten. Und dann könnte eine Sondersitzung des Hauptausschusses am 19. Januar 2017 - das ist ein Donnerstag - stattfinden. Dann hätten Sie nach den Fachausschussberatungen erneut einen Mittwoch, um in den Fraktionen noch einmal darüber zu beraten.

Ich bin jetzt gerade dabei, die Feuerwehr auf diesen Zeitrahmen zu verhandeln.

(Martin Börschel [SPD]: Mit der Feuerwehr verhandelt man nicht, Frau Beigeordnete! - Heiterkeit - Zuruf: Die ruft man!)

- Ich habe sie ja gerufen. Sie ist mit Blaulicht unterwegs.

(Heiterkeit)>

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Dann stelle ich jetzt das von Frau Dr. Klein eben vorgeschlagene Verfahren und die Verweisung in den Hauptausschuss am 19. Januar 2017

(Martin Börschel [SPD]: Und andere Gremien!)

- das von Frau Dr. Klein vorgeschlagene Verfahren, das ich jetzt im Einzelnen nicht mehr wiederholen kann, und die Delegation des Entscheidungsrechts auf den Hauptausschuss - zur Abstimmung. Wer wünscht dagegenzustimmen? - Wer wünscht sich zu enthalten? - Herr Wortmann enthält sich. Gegenstimmen gibt es nicht. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Bevor ich jetzt die Nichtöffentlichkeit herstelle, möchte ich gerne darauf hinweisen, dass es nach der Ratssitzung in der Piazzetta die Möglichkeit einer Begegnung gibt - mit einem Getränk und auch einer kleinen Speise.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nur einem Getränk!)

- Auch zwei Getränken, wenn wir durstig sind. - Darauf wollte ich nur hinweisen, bevor die Öffentlichkeit dann ganz verschwunden ist. Sie sind auch herzlich eingeladen. - Okay.

(Schluss: 19.55 Uhr)